

Willy Klages

**Offene Fragen
der
Geschichte**

**Der
2. Geheimkrieg der Westalliierten
gegen die Deutschen
von
1949 bis 2022**

Sonderheft Nr. 36



**Der
2. Geheimkrieg der Westalliierten
gegen die Deutschen
von
1949 bis 2022**

Sonderheft Nr. 36

2. Geheimkrieg, Teil 3

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Vorbemerkungen	3
Gründung der Bundesrepublik Deutschland	3-6
Die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft (NATO)	7-9
Vorbereitung einer multikulturellen Gesellschaft	9-11
Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)	11-12
Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM)	12-13
Ausgrenzung und Diffamierung der deutschen Vertriebenen	13-14
Neue Ostpolitik	14-16
"Die Grünen"	16-19
Niedergang des Christentums	19-22
Zerstörung des deutschen Bildungssystems	22-24
Holocaust-Verfilmung	24-25
Tag der Befreiung	25-26
Kollektivschuld	26-27
Zusammenbruch der DDR	27-28
Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands	28-30
Ausbau der multikulturellen Gesellschaft	30-31
Schuld kult	31-34
Holocaust-Industrie	34-36
Genderismus	36-37
EURO-Einführung und Bildung eines EU-Einheitsstaates	37-39
NATO-Osterweiterung	39-43
Rettung des Weltklimas	43-48
Islamisierung	48-50
Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Kernkraftwerksindustrie	50-51
Einseitige Erinnerungskultur	51-54
Diffamierung der deutschen Wehrmacht	54-55
Rückabwicklung der Bundeswehr	55-56
Folgen der "Frankfurter Schule"	57-60
Rechtschreibreform	60-64
DDR 2.0	64-69
Die 4. Gewalt der Medien	69-74
Bevölkerungsaustausch durch Massenmigration	74-79

Corona-Plandemie	79-84
"Energiewende"	84-91
Geheimkrieg des globalen Terrorimperiums	91-95
Hinweise für den Leser	96-98
Quellen- und Literaturnachweis	

Chronik der Geschichte des 2. Geheimkrieges der Westalliierten gegen die Deutschen von 1949 bis 2022, Teil 3

Gott läßt uns wohl sinken, aber nicht ertrinken.
Sprichwort aus Deutschland

Vorbemerkungen

Der Untergang Deutschlands erfolgte nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Vernichtung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen einer neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert. Die seit dem 11. November 1918 politisch und wirtschaftlich entmündigten Deutschen wurden durch die Siegermächte des Ersten und Zweiten Weltkrieges jahrzehntelang konsequent ausgeplündert, umerzogen und schließlich völlig ruiniert. Ferner wurden die kulturellen, militärischen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands systematisch zerstört.

Gründung der Bundesrepublik Deutschland

23.05.1949

BRD: Der Parlamentarische Rat stellt am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten westdeutschen Länder (Ausnahme: Bayern) angenommen und damit die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.

Die Bundesrepublik Deutschland war kein souveräner Staat

Die Bundesrepublik Deutschland war seit ihrer Gründung bis zum Abschluß des Plus-Vier-Vertrages" am 12. September 1990 nie ein souveräner Staat, denn ihre Geschäftsfähigkeit wurde durch die Siegermächte infolge des Besatzungsstatutes und des Ruhrstatutes drastisch eingeschränkt.

Die Urfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 enthielt bereits wesentliche Beschränkungen deutscher Hoheitsrechte, um Wiedergutmachungen und die Einbindung in Europa zu garantieren.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die völkerrechtliche Bedeutung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/605):
 >>... Unbestritten ist heute, daß durch die militärische Kapitulation und durch die Besetzung des gesamten Staatsgebietes das Deutsche Reich als Staat, als Subjekt des Völkerrechts, nicht zu bestehen aufgehört hat. Es trat nur eine zeitweilige Handlungsunfähigkeit ein.

Diese Handlungsfähigkeit wurde wieder hergestellt, als am 8. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom Parlamentarischen Rat verabschiedet und am 23. Mai in Kraft gesetzt wurde. Es kann demnach das Wort von Gerhard Anschütz, verwandt für das Deutsche Reich von 1871 und 1919, ... erneut zitiert werden: "Das neue und das alte Reich stehen nicht im Verhältnis der Rechtsnachfolge, sondern dem der Identität."<<

Aufgrund der Potsdamer Vereinbarungen (völkerrechtswidrige Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen etc.) zählte die BRD völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähig-

keit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Es handelte sich lediglich um Besatzungsstruktur der alliierten Siegermächte, aber um keinen Staat im völkerrechtlichen Sinn, denn die Bundesrepublik Deutschland verfügte nicht über die klassischen Merkmale eines Staates: Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt. Die von den Siegermächten gegründete Bundesrepublik Deutschland war völkerrechtlich politisch und ökonomisch kein unabhängiger oder souveräner Staat.

Die gewählten Politiker der deutschen Regierungen der BRD führten gewöhnlich alle Vorgaben der jeweiligen Besatzungsmächte gewissenhaft und widerstandslos aus. Der aufrichtige und ehrenhafte SPD-Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher war leider eine Ausnahme.

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten die Interessen des deutschen Volkes nicht souverän vertreten. Aufgrund des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) sowie der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.

Insofern waren alle bisher durchgeführten Wahlen in der BRD (wie auch in der DDR) überflüssige Pseudowahlen.



Abb. 80 (x067/206): "Zwei Volk, zwei Reich, zwei Führer." Karikatur aus dem "Simpl", 1949. Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die fehlende Souveränität der BRD (x068/279): >>... Die Amerikaner befahlen, die

Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Enttäuschung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. ...<<

Die eigentliche Verfassung der Bundesrepublik Deutschland war zunächst das sogenannte Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Erst nachdem die Bundesrepublik Deutschland sämtliche deutschen Auslandsschulden (ohne Verrechnung der nach Kriegsende beschlagnahmten Vermögenswerte im Ausland und der beschlagnahmten deutschen Patente) anerkannt hatte, erhielt sie im März 1951 eine begrenzte außenpolitische Souveränität (x128/266).

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän die Interessen des deutschen Volkes vertreten. Infolge des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) und der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte. Seit 1949 mußte jeder deutsche Bundeskanzler die sogenannte "Kanzlerakte" unterschreiben.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schreibt später über den ersten deutschen Bundeskanzler Adenauer (x068/302): >>... Denn wie das ostdeutsche Marionettenensemble in Pankow Moskaus Direktiven erfüllte, so (erfüllte) im Westen, in Bonn, der katholische Kanzler (Adenauer) die Wünsche Washingtons, der USA ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>**Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP**

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. ...

Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. ... "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.

Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel, CDU, "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". ...<<

Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärt am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/-151): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, schreibt am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>**"Lebenslüge der Bundesrepublik"**

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung. ...

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 8. Dezember 2011: >>EU am Scheideweg

Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise

... Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.

Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags

Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlages auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?

Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."

Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: "**Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.**" ...<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" sendet am 4. August 2013 ein Gespräch mit dem deutschen Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN): >>"Das ist mir alles zu lahm"

... Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder

Gerhard Schröder: Herr Gysi, ... Tempora, X-Keyscore ... Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?

Gregor Gysi: Nein, noch nicht ...Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. ...<<

Die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft (NATO)

04.04.1949

USA: In Washington wird am 4. April 1949 die NATO gegründet.

10 europäische Staaten schließen mit den USA und Kanada den Nordatlantikpakt.



Abb. 77 (x296/168): Flagge der NATO

In der Präambel der NATO (North Atlantic Treaty Organization) heißt es (x243/220): >>Die vertragsschließenden Staaten ... sind entschlossen, die Freiheit, ... gegründet auf die Prinzipien der Demokratie, auf die Freiheit des einzelnen und die Grundsätze des Rechts, sicherzustellen, ... die Stabilität und Wohlfahrt im nordatlantischen Gebiet zu fördern, ... ihre Bemühungen um eine gemeinsame Verteidigung und um die Erhaltung von Frieden und Sicherheit zu vereinen. ...<<

In diesem Nordatlantikpakt vom 4. April 1949 heißt es z.B. (x301/154-155): >>Artikel 1: Die Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind. ...

Artikel 5: Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder der Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen oder zu erhalten. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Gründung der NATO (x068/272-275): >>... Das amerikanische Wesen ist das Geld: der Inbegriff des Yankee-Daseins. Natürlich erfaßt dies nicht alles, aber das Wichtigste. ...

Für ihre ungeheure Aufrüstung hatten die Amerikaner militärische, mehr jedoch wirtschaftliche Gründe. Deshalb traten auch viele jener, die das Geschwätz von der Gefahr aus dem

Osten keinen Augenblick glaubten, für Aufrüstung und Nato ein.

Derart konnte enorm verdient werden und wurde enorm verdient. Und gerade nach dem Verlust Chinas benötigte man Europa auch als Absatzmarkt. Der Verlust des chinesischen Reichs aber seit der Flucht Tschiang Kai-scheks samt seiner unfähig-korrupten Regierung 1949 nach Formosa (Taiwan), seit dem Sieg Mao Tse-tungs hatte die Öffentlichkeit in den USA nahezu unvorbereitet überrascht. Und er war um so größer, als nun nicht nur jeder amerikanische Einfluß in China ausschied, sondern auch im gesamten pazifischen Raum gefährdet schien.

In Europa aber begann jetzt nach dessen militärischer Eroberung die friedliche. Ein US-Konzern nach dem anderen investierte in den zuvor zerbombten und zerschossenen Städten. Und die Rechnung, daß eine im Krieg ruinierte Wirtschaft schneller wächst als eine, die den Krieg so glänzend überstand, erwies sich als richtig, zumal auch die US-Banken von Anfang an mitspielten, deren Politik in Europa war: alte Investitionen retten, neue vornehmen. Ja, das Bankhaus Dillon, Read, setzte so sehr auf die Rentabilität seiner Anlagen im Nachkriegsdeutschland, daß es deutschen Industriebossen noch vor Kriegsende eine Privatanleihe von einer Milliarde Dollar anbot.

Man gründete Filialen, baute Fabriken, erwarb Aktienmajoritäten. Man nahm Fusionen vor, kaufte ganze Betriebe, kaufte Bergwerke und Banken. Die Sache nahm einen ähnlichen Verlauf wie das frühere Vorgehen in Lateinamerika.

Die Beherrschung der Alten Welt durch die Neue begann. Man schuf hundertweise Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Man überzog Westeuropa mit einem Netz wirtschaftlicher Einfluß- und Machtsphären, und alles geschah mit einem Tempo ohnegleichen. Ganze Branchen, die Mineralöl-, die Büromaschinen-, Landmaschinen-, die Kosmetikindustrie u.a. wurden von US-Firmen beherrscht. Selbst im kleinen Holland gab es schon im März 1960 nicht weniger als 105 Filialen der größten amerikanischen Gesellschaften. Noch in der Schweiz, deren Binnenmarkt für die US-Haie gewöhnlich nicht sehr attraktiv ist, existierten 1960 immerhin 320 amerikanische Firmen, 1961 etwa 400, 1962 schon 520.

Die US-Investitionen in Europa erreichten bereits Ende der fünfziger Jahre eine so Schwindel erregende Höhe, daß die Amerikaner den Plan der EWG, dies durch einen Kongreß in Baden-Baden ans Licht zu bringen, erfolgreich in Bonn hintertrieben. Die New York Times bezifferte gleichwohl nach ihren mehrfach geprüften Angaben am 15. April 1963 die Gesamtanlagen der USA in Europa auf 44,8 Milliarden Dollar oder 179,2 Milliarden DM. Davon entfielen 64 Millionen DM auf militärische Investitionen.

Nicht nur die niedrigen Löhne lockten die Yankees. Auch die Regierungen hofierten die Sieger. In Holland durften amerikanische Firmen Grundstücke, Gebäude und Betriebseinrichtungen in den ersten zwei Jahren mit 70 % abschreiben, innerhalb von drei Jahren den Rest von 30 %. Sie konnten Grund und Boden zur Hälfte des Realwertes erwerben. Luxembourg gab den Grund für Betriebsbauten sogar umsonst. Nicht genug. Seine Regierung ließ Firmengebäude auf eigene Kosten errichten, um sie den Amerikanern erst günstig zu vermieten, schließlich günstig zu überlassen.

Ähnlich großzügig kam Italien den Siegern entgegen. Oder die deutsche Bundesrepublik, wo bereits 1963 nicht weniger als 700 deutsche Firmen von US-Firmen kontrolliert worden sind. Deutsche Neugründungen wurden mehr als riskant bis unmöglich. Im Vorstand, in der Verwaltung so mancher US-Tochtergesellschaft in Deutschland sprach man schon damals englisch. War Stalins Erklärung, daß zwischen Nazideutschland und den anderen kapitalistischen Staaten nur ein "vorübergehender politischer" Dissens bestand, so falsch?

Die US-Anlagen in Europa, besonders im EWG-Bereich, nahmen Ende der fünfziger Jahre schon einen solchen Umfang an, daß die klassischen US-Investitionsländer Kanada und Lateinamerika dagegen abfielen. Die amerikanischen Wirtschaftsführer empfanden Europa fast

als Kolonie oder, wie einer von ihnen 1958 auf einem Kongreß in Washington sagte, als "ganz speziellen Schluck für unsere Kehlen" (our particular cup of tea).

Einst war's eher umgekehrt.

Die USA sind bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein in vielen Ländern Europas weder sehr bekannt noch sehr angesehen gewesen. Man kannte sie kaum besser als China, Südafrika oder Australien. Und bis ins 20. Jahrhundert hinein dachte man über sie in Europa fast ausnahmslos negativ, dachte darüber wie der berühmte englische Romancier D.H. Lawrence, der lange in New Mexico gelebt hatte: "Die Neue Welt bedeutet mir nichts".

Es ist bezeichnend, daß es bis zum Zweiten Weltkrieg in ganz Europa nur drei Lehrstühle für Amerikakunde gab. Offenbar hatte man für US-Wertvorstellungen in der Alten Welt noch gar keinen Sinn entwickelt, kannte man die Höhe der Zivilisation in Übersee überhaupt nicht. Als dann aber die Massen der GIs über den großen Teich schwappten, "Camel" und "Lucky Strike" kamen, der Jazz und Rock und Pop, Giftgas und Atomsprenköpfe, kurz alles, was die Neue Welt der Alten an Kultur zu bieten hatte, da ließ sie sich rasch vom Sieger eines anderen und natürlich besseren belehren.

Da beurteilte man plötzlich die USA fast ausnahmslos positiv. Zumal in Deutschland war man servil, devot, fast wie in einem Bananenstaat. Und wie man eben noch Hitler in den Hintern kroch, so nun den Amis. Die Politiker voran. "Wir alle sind Amerikaner", rief ein sozialdemokratischer Bundeskanzler schließlich beim Empfang des Ehrendoktorhutes in Übersee.

Alles nahm man nach dem Zweiten Weltkrieg hier mit ausgestreckten Händen auf, alles von drüben, Soldaten, Bankiers, Fabrikanten, die Anleihen, Kredite, sogar ihre mildtätigen Spenden.<<

09.05.1955

BRD: Obwohl Stalin im Jahre 1952 die Rückgabe der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutralität und den Nichteintritt in die NATO angeboten hatte, wird die Bundesrepublik Deutschland am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft.

Die geplante deutsche Bundeswehr wird danach in die NATO-Strukturen integriert und die Bundesrepublik Deutschland erklärt sich damals bereit, auf die Entwicklung von ABC-Waffen zu verzichten.

Für die Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft entfällt im Jahre 1955 angeblich das Besatzungsstatut und die Bundesrepublik Deutschland erhält angeblich endlich die zugesagte Souveränität und fast alle Hoheitsrechte. Tatsächlich bleiben jedoch weiterhin wesentliche Befugnisse und Vorbehaltsrechte des Besatzungsstatutes der alliierten Siegermächte bestehen.

Vorbereitung einer multikulturellen Gesellschaft

03.05.1955

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 3. Mai 1955 über die Ankunft der ersten Gastarbeiter: >>>**Erste Gastarbeiter kommen**

Alois Tamanini und 25 italienische Kollegen treffen bei der "Bergisch-Märkischen Industriestein" als Steinbrecher ein. Die Gewerkschaft protestiert ... Die Steinbruchfirma hatte keine deutschen Arbeiter finden können.

Immer mehr Betriebe verschiedener Branchen fordern Arbeitskräfte aus Italien an.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Juni 2017) im COMPACT-Spezial Nr. 14 über die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften (x343/12-15):

>>>**Der Alte und der Pfälzer**

_ von *Jürgen Elsässer*

... Ausländer rein!

Die verhängnisvollste Entscheidung der Ära Adenauer war der Beginn des Gastarbeiter-Imports. Verantwortlich dafür war Ludwig Erhard, der als Wirtschaftsminister von 1949 bis 1963 für den Wiederaufbau verantwortlich war und deswegen großes Ansehen im Volk hatte, aber vor allem die Interessen der Großkonzerne vertrat. Diese kapitalistische Orientierung stand am Beginn der Öffnung des Arbeitsmarktes für Ausländer ab Mitte der 1950er Jahre, wie der spätere SPD-Kanzler Helmut Schmidt im Rückblick feststellte:

"Im Grunde genommen ging es ihm darum, durch Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte das Lohnniveau niedrig zu halten. Mir wäre statt dessen lieber gewesen, die deutschen Löhne wären gestiegen."

1955 kam es zu einer wichtigen Weichenstellung: "Daß sich die deutsche Bundesregierung damals zur Anwerbung von Türken entschied - in deren Folge die Zahl der Ausländer in Deutschland von 700.000 (1961) auf drei Millionen (1971) stieg - ergab sich vor allem auf Drängen der deutschen Industrie. ...<<

10.09.1964

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 10. September 1964: >>**Eine Million Gastarbeiter** ... Zimmermann Armando Rodrigues ... aus Portugal wird als einmillionster Gastarbeiter begrüßt. Geschenk: ein zweisitziges Moped. Ein Vertreter der Arbeitgeberverbände sagt: "Ohne die Mitarbeit der Ausländer, wäre unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht denkbar."

Hauptgruppen der Gastarbeiter in der Bundesrepublik: 29,5 % Italiener, 15,9 % Griechen, 15,5 % Spanier, 9,1 % Türken.<<

1967

BRD: Im Jahre 1967 sind die meisten angeworbenen ausländischen Gastarbeiter erwerbstätig und erhalten etwa 1,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (am 27. Oktober 2018) im COMPACT-Spezial 18 (x322/33-35): >>**Erdogans Fünfte Kolonne**

... Als die Bundesrepublik in den 1950er Jahren die ersten Arbeitskräfte aus dem Ausland anwarb, florierte die westdeutsche Wirtschaft, und es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. ... 1955 schloß die Bundesrepublik zunächst ein Gastarbeiterabkommen mit Italien ab, 1960 dann mit Spanien und Griechenland. Ein Jahr später folgte die Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens durch den christdemokratischen Außenminister Heinrich von Brentano. Das hatte nicht nur innenpolitische Gründe. Die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek schreibt dazu in ihrem Sammelband Chaos der Kulturen: "Eigentlich brauchte man in Deutschland die türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter so dringend nicht. Aber es gab geopolitische Gründe. Die Vereinigten Staaten drängten die Deutschen, die Türkei wirtschaftlich zu stützen."

USA und NATO machten Druck

Zuvor hatte das türkische Militär erfolgreich gegen Ministerpräsident Adnan Menderes geputscht, der den Laizismus zugunsten eines islamischen Staatssystems beseitigen wollte. Die NATO-treuen Generäle forderten für ihre Unterstützung der Eindämmungspolitik des Westens gegenüber Moskau und vor allem Fidel Castro auf Kuba eine Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung Europas. ...

Zwar gab es zunächst Widerstand vom Arbeitsministerium unter Theodor Blank (CDU) und den Gewerkschaften gegen den Zuzug weiterer Gastarbeiter, zumal aus einem ganz anderen Kulturkreis, doch wurden diese Einwände von Brentano beiseite gewischt. Dies geschah nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bundesrepublik massiv von den USA unter Druck gesetzt wurde. Immerhin konnte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zunächst erreichen, daß die Arbeitsverträge für türkische Gastarbeiter auf zwei Jahre begrenzt wurden. Man setzte auf das Rotationsprinzip:

Nach Ablauf der Zeit sollte ein Arbeiter aus der Türkei durch einen anderen ersetzt werden.

Auch sonst gab es - im Unterschied zu den Abkommen mit europäischen Ländern - spezielle Besonderheiten: Die Anwerbung war ausschließlich für Unverheiratete vorgesehen und ein Familiennachzug wurde explizit ausgeschlossen. Ende der 1960er Jahre - mittlerweile gab es weitere Abkommen mit Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien - wurden allerdings diese Hürden für eine dauerhafte Zuwanderung auf Druck der Arbeitgeber beseitigt.

Die Folge war ein rasanter Anstieg der türkischen Bevölkerung in Westdeutschland. Lebten im Jahr 1960 nur etwa 3.000 Türken in der Bundesrepublik, stieg deren Zahl 1961 auf knapp 7.000 und bis 1971 auf 652.000. Bis 1973 wurde der türkische Arbeitsmarkt um 857.000 Erwerbssuchende entlastet, die Gesamtzahl der Türken hatte sich hierzulande auf 910.000 erhöht. ...

Ende der 1970er Jahre betrug die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken und 1,2 Millionen. 1981 über 1,5 Millionen. Nach der Wiedervereinigung setzte sich diese Tendenz fort. Im Jahr 1993, also zwanzig Jahre nach dem Anwerbestopp, lebten - trotz der von der Regierung Kohl in den Achtzigern zögerlich in Gang gesetzten Rückkehrförderung - schon 1,8 Millionen Türken in Deutschland, im Jahr 2001 rund zwei Millionen. Derzeit leben in Deutschland etwa 1,5 Millionen Türken, mit den Eingebürgerten sind es rund drei Millionen.

...<<

1981

BRD: Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, deutscher Bundeskanzler von 1974-82, herausragender Politiker der deutschen Sozialdemokratie) warnt im Jahre 1981 während einer DGB-Versammlung in Hamburg (x268/180): >>... Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.<<

Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum des deutschen Bundestages gestürzt.

1989

BRD: Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schreibt im Jahre 1989 (x268/196): >>... Es gibt 2 Typen von Einwanderungsländern.

Die einen, wie die USA, legen pedantisch fest, welche Leute sie hereinlassen, ökonomisch und sozial integrieren können. Die anderen, für die es bis jetzt nur ein historisches Beispiel gibt, bevorzugen Zuwanderer, mit denen sie nichts anfangen können, aber die sie wenigstens unterstützen wollen. ...<<

Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

25.03.1957

Italien: In Rom wird am 25. März 1957 der zeitlich unbegrenzte Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") unterzeichnet.

Innerhalb von 12 Jahren sollen in den 6 Gründerstaaten der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle und Handelsschranken abgebaut und ein gemeinsamer Markt mit einheitlichen Außenzöllen entstehen, um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, eine Zollunion, eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft, Wachstum und Wohlstand sowie die Angleichung des Lebensstandards in den Mitgliedstaaten zu realisieren.

04.02.1965

Frankreich: Staatspräsident de Gaulle erklärt am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd. Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<

01.07.1967

Belgien: Am 1. Juli 1967 entsteht die Europäische Gemeinschaft (EG).

Es handelt sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG"), Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") und Montanunion (EGKS).

01.03.1971

Frankreich: Der französische Staatspräsident Georges Pompidou erläutert am 1. März 1971 während einer Pressekonferenz den Aufbau einer Konföderation von europäischen Staaten (x128/281-282): >>... Es kann nur darum gehen, auf dem, was schon vorhanden ist, eine Konföderation von Staaten aufzubauen, die entschlossen sind, ihre Politik zu harmonisieren und ihre Wirtschaft zu integrieren.

Wenn man das Problem so betrachtet, wird man feststellen, daß der Streit um die Supranationalität ein falscher Streit ist. Wenn die europäische Konföderation eines Tages eine Realität ist, wird es sicher auch eine Regierung geben müssen, deren Entscheidungen für alle dazugehörenden Staaten verbindlich sein werden. ...<<

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments wurden seit Juni 1979 alle fünf Jahre in allgemeinen und direkten Wahlen gewählt. In der Bundesrepublik Deutschland wurden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt. Von den 410 Abgeordneten aus 9 Ländern stellten die Deutschen 81. Das EU-Parlament konnte zwar noch keine Gesetze erlassen, sondern erfüllte nur beratende und kontrollierende Funktionen, beschloß aber bereits den ersten eigenen Haushalt.

Die zehn EG-Mitgliedstaaten beschloßen am 19. Juni 1983, eine Europäische Union zu gründen.

Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM)

25.03.1957

Italien: In Rom wird am 25. März 1957 der zeitlich unbegrenzte Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet.

Zu den Aufgaben der EURATOM zählen: Förderung, Koordinierung und Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich.

Nutzung der Kernenergie

Die Bundesrepublik Deutschland übernahm 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft (x182/220).

In Kahl am Main lieferte das erste deutsche Kernkraftwerk am 17. Juni 1961 erstmalig Strom. Der Betreiber des Kernkraftwerkes war das staatliche Stromerzeugungsunternehmen RWE.

Die "BILD-Zeitung" berichtet am 9. Mai 1966: >>Atomstrom in der DDR

... Das erste Atomkraftwerk der DDR geht in der bis dahin industriell unberührten Seenlandschaft im nördlichen Brandenburg bei Rheinsberg in Betrieb. ...<<

Meinungsumfragen zur "Nutzung der Kernenergie" im Jahre 1979 ergeben folgende Ergebnisse (x149/225): >>... 30 % "Wir müssen weitere Kernkraftwerke bauen."

37 % "Wir sollten keine neuen Kernkraftwerke mehr bauen, aber die bestehenden weiterbetreiben."

24 % "Wir sollten mit der Erzeugung von Kernenergie ganz aufhören und die bestehenden Kernkraftwerke stilllegen."

9 % (sind) unentschieden.<<

Die Bürgerinitiative für Umweltschutz im niedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg erklärt im Jahre 1979 (x149/226): >>... Der Bürgerinitiative wird oft vorgeworfen, sie informiere einseitig – Tatsache ist, daß sie die Informationen bringt, die Betreiber und Regierungen im eigenen Interesse wohlweislich verschweigen müssen.

Wir werden auch in Zukunft weiter auf die Gefahren der Atomenergie hinweisen,

(1) weil die Technik der Atomanlagen nicht sicher ist;

(2) weil die Anlagen das ökologische Gleichgewicht unwiederbringlich zerstören;

(3) weil uns die Nutzung der Atomenergie die totale Überwachung und Kontrolle der Bürger bringt, den Atomstaat. ...<<

Am 28. Februar 1981 protestieren etwa 100.000 Atomkraftgegner trotz des totalen Demonstrationsverbotes gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf an der Unterelbe. Bei der "Schlacht um Brokdorf" werden Hunderte von Polizisten und Demonstranten verletzt.

26.04.1986

UdSSR: In der Ukraine ereignet sich am 26. April 1986 der bisher schwerste Unfall in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Bei diesem Super-GAU (Größter Anzunehmender Unfall) im Kernkraftwerk Tschernobyl wird 40- bis 50mal soviel Radioaktivität freigesetzt, wie bei der Atombombenexplosion in Hiroshima (Japan) im Jahre 1945 (x175/790).

Schlußbemerkungen: Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag im Rahmen der sogenannten Energiewende den endgültigen Atomausstieg (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgemerkt damals sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

Die Bundesrepublik Deutschland blieb trotz Atomausstieg weiterhin Mitglied und großzügiger Beitragszahler der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM).

Ausgrenzung und Diffamierung der deutschen Vertriebenen

08.07.1963

BRD: Die BdV-Bundesversammlung kritisiert am 8. Juli 1963 die Voreingenommenheit sowie die einseitige Berichterstattung in den westdeutschen Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/99): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen wendet sich mit allem Ernst gegen Tendenzen in einem Teil der öffentlichen meinungsbildenden Organe, den deutschen Rechtsstandpunkt in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit, der Vertretung des Rechts auf die Heimat und des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen abzuwerten.

Solche Tendenzen verstoßen gegen das Grundgesetz, das jedem Bürger die Verpflichtung auferlegt, die deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden. Sie untergraben den Willen des deutschen Volkes zur Selbstbehauptung. Sie widersprechen der von allen staatstragenden Kräften der Bundesrepublik klar und einheitlich vertretenen Politik. ...<<

16.07.1966

Österreich: Die österreichische Zeitung "Salzburger Nachrichten" berichtet am 16. Juli 1966 über die einseitige Berichterstattung in den deutschen Medien (x024/291-292): >>... Es ist eine wahre Schande - sagen nicht wenige einsichtige Deutsche -, wie unter dem jetzigen System in Deutschland die Vertriebenen, die stellvertretend für das ganze deutsche Volk die Sünden und die Verbrechen des NS-Regimes gebüßt haben, noch weiter büßen und übel wie keine anderen Mitglieder des deutschen Volkes behandelt werden.

Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne sie, ihre Arbeit und ihren guten Willen niemals in ihrem Umfang, den es hatte, möglich gewesen. ...

Fernsehen, Rundfunk, große Presse und nicht zuletzt die Gleichgültigkeit Bonns haben es erreicht, daß die Vertriebenen von den anderen Deutschen als lästige Querulanten empfunden und nahezu als Verfemte und Vogelfreie gewertet werden.

Das ist bedrückend traurig und zeigt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit als Folge des Zusammenbruchs noch krank ist.<<

30.03.1968

BRD: Die BdV-Bundesvertretung kritisiert am 30. März 1968 den Nürnberger SPD-Beschluß und die Voreingenommenheit sowie einseitige Berichterstattung in Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/143-144): >>Der Bund der Vertriebenen wendet sich entschieden gegen Voreingenommenheit und Einseitigkeit weiter Bereiche von Rundfunk und Fernsehen bei der Berichterstattung und Kommentierung über die Vertriebenen und die Vertreibungsgebiete.

Die Vertriebenen als die Opfer eines Verbrechens der Unmenschlichkeit werden geschmäht, die Vertreiber hingegen entschuldigt und deren gewaltsame Annexion zum Recht erklärt.

Wenn Denkschriften und deren Verzichtsofferten wohlwollend und ausführlich geradegestellt und erläutert werden, dann muß auch der Standpunkt des Rechts, der historischen Kontinuität und der politischen Ziele der Vertriebenen der Öffentlichkeit vermittelt werden. Chancengleichheit für alle demokratischen Kräfte in unserem Volk ist ein Gebot, dem auch Rundfunk- und Fernsehanstalten verpflichtet sind. ...<<

28.01.1981

BRD: Rudolf Mühlfenzl, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, kritisiert am 28. Januar 1981 die systematische Verdrängung der Vertreibungsverbrechen in Ost-Mitteleuropa (x025/-193): >>Es ist unglaublich, daß über die Jahre voller menschlicher Schicksale so lange nicht gesprochen wurde. ...<<

1987

BRD: Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/15): >>Dieses Buch möchte dazu beitragen, die Grabkreuze wieder aufzurichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre zu erweisen.

Wenn es wahr ist, daß alle Menschen gleich sind, gleich an Wert und Würde, dann hat jede verfolgte Gruppe einen uneingeschränkten Anspruch auf Würdigung ihrer Opfer, auch und gerade in publizistischer Hinsicht. ...<<

Neue Ostpolitik

27.11.1964

BRD: Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärt in seiner Rede auf dem Karlsruher SPD-Parteitag vom 23. bis 27. November 1964 (x155/142): >>... Die Heimatvertriebenen können sich weiterhin darauf verlassen, daß wir zum Unterschied von anderen keine Politik hinter ihrem Rücken machen.<<

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland bemühten sich zunächst um die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes der polnisch-sowjetisch besetzten deutschen Ostgebiete, aber diese Bemühungen währten nur bis zum 7. Dezember 1970 (Warschauer Vertrag).

22.10.1969

BRD: Am 22. Oktober 1969 bildet Bundeskanzler Willy Brandt eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Nach dem Motto "Mehr Demokratie wagen", führte Brandt einen innen- und außenpolitischen Politikwechsel durch. In der Ostpolitik verfolgte er den umstrittenen "Wandel durch Annäherung". Diese Politik führte zur (wenn auch nicht völkerrechtlichen) Anerkennung der Oder-Neiße-Linie in den Verträgen von Moskau und Warschau und leitete schließlich langfristig die Osterweiterung der NATO und EU ein.

07.12.1970

Polen: Bundeskanzler Brandt unterzeichnet am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Linie wird anerkannt.

Brandts Kniefall vor dem Mahnmal im Warschauer Getto "geht damals um die Welt".



Abb. 84 (x101/81): Ein Bild, das um die Welt ging: Der Kniefall Bundeskanzler Brandts vor dem Mahnmal im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970.

Willy Brandt (1913-1992, eigentlicher Name: Herbert Ernst Karl Frahm, deutscher Journalist, emigrierte 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen, 1957-1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964-1987 SPD-Vorsitzender, 1966-1969 Vizekanzler und Außenminister, 1969-1974 Bundeskanzler, erhielt 1971 den Friedensnobelpreis, 1974 Rücktritt wegen einer Spionageaffäre, 1976-1992 Präsident der Sozialistischen Internationale).

Das US-Magazin "TIME" wählte Willy Brandt im Jahre 1970 zur "Person des Jahres". Brandt erhielt 1971 den Friedensnobelpreis.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schreibt später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.

Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.

Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann versprach am 29. Januar 1983 in München (x024/350): >>Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben.

Wir werden auch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die Vertreibung von Deutschen und die entschädigungslose Enteignung ihres Grundeigentums sowie anderer Entschä-

digungswerte völkerrechtswidrig ist. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 3. Juni 2000 über die Oder-Neiße-Linie (x887/...): >>**Die Karriere des Görlitzer Abkommens über die "Oder-Neiße-Friedensgrenze"**

Als "null und nichtig" bezeichnete am 9. Juni 1950 die Regierung der Bundesrepublik Deutschland das drei Tage zuvor in Warschau von Vertretern der DDR und Polens unterzeichnete Regierungsabkommen, das am 6. Juli 1950 in Görlitz, genauer in dessen rechts der Neiße gelegenem Teil, förmlich geschlossen werden sollte.

Unwirksam seien die dort getroffenen Vereinbarungen über die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zwischen Deutschland und Polen, niemals werde sich die Bundesregierung als Sprecherin des gesamten deutschen Volkes mit "der allen Grundsätzen des Rechts und der Menschlichkeit widersprechenden Wegnahme dieser rein deutschen Gebiete abfinden". ...

Tatsächlich konnten weder die DDR noch die Bundesrepublik mangels Souveränität über eine mit der Grenzfestlegung verbundene Abtretung deutschen Gebiets verfügen. Der durch die Potsdamer Vereinbarungen keineswegs eliminierte deutsche Gesamtstaat war aufgrund fehlender Organe hierzu ebenfalls nicht in der Lage.

Als völlig abwegig beurteilte man die Festschreibung einer "Staatsgrenze zwischen Polen und Deutschland" also ein Handeln der DDR im Namen ganz Deutschlands, als dessen reorganisierter Kernteil sie sich verstand.

Alle Bundesregierungen bis 1969 betonten in der Folge konsequent den allenfalls provisorischen Charakter der Oder-Neiße-Grenze. Immer wieder gab es entsprechende Bekundungen von Politikern der Regierungs- sowie der Oppositionsparteien.

So attestierte etwa Willy Brandt 1963 in der Stuttgarter Zeitung demjenigen, der "der diktierten Grenzlinie (an Oder und Neiße) zustimmt", daß er "es nicht gut mit den zukünftigen deutsch-polnischen Beziehungen" meine. Auf Regierungsebene sprach sich Brandt als Außenminister erstmals 1968 für eine "Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung" aus.

Bekanntlich spielte die Grenzfrage in den deutsch-polnischen Vereinbarungen der frühen 70er Jahre eine bedeutende, die bundesdeutsche Politik und Öffentlichkeit wie kaum ein anderes Thema polarisierende Rolle. Im Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 stellten die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz festgelegt worden sei, "die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet". Sie erklärten, "daß sie gegeneinander keine Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden".

Daß mit diesen von der sozial-liberalen Regierung ausgehandelten Formulierungen keinerlei Vorwegnahme einer friedensvertraglichen Regelung erfolgt sei, sie "keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen" bildeten, bekräftigte auf Drängen der CDU/CSU-Fraktion der Deutsche Bundestag am 10. Mai 1972 - eine Auffassung, die das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zu den Ostverträgen vom 7. Juli 1975 bestätigte.

Tatsächlich verfestigte sich jedoch die Grenze an Oder und Neiße im Bewußtsein vieler Politiker sowie großer Teile der Öffentlichkeit im Laufe der Zeit immer mehr. Selbst manche Vertreter der christlich-liberalen Regierungen nach 1982 stellten nur noch in Sonntagsreden für Vertriebene die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze in Frage. ...<<

"Die Grünen"

13.01.1980

BRD: Am 13. Januar 1980 schließen sich die bisher nur lokal und regional organisierten

"Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.

Die neue Bundespartei "Die Grünen" wird zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählen damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus."

Zöglinge der "Frankfurter Schule"

Im Jahre 1950 kehrten die deutschen Philosophen und Soziologen Max Horkheimer und Theodor W. Adorno aus dem US-Exil zurück und gründeten mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung, um die planmäßige Umerziehung der Deutschen fortzusetzen. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägte später vor allem die "68er Bewegung" und "Die Grünen".

Der deutsche Historiker Sebastian Haffner berichtet später über die linksradikale Studentebewegung der 60er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x268/126-127): >>Wenn ich mir die linken Studenten und jungen Literaten ansehe, die sich heute so massenhaft und bereitwillig über die Sünden ihrer Väter entrüsten (ohne eine Ahnung von den Konflikten und Versuchungen, in die auch anständige Leute damals geraten konnten), dann fühle ich mich unwillkürlich an meine eigenen Altersgenossen erinnert, die jungen Leute von vor 30 Jahren, die damals, voll ähnlich leicht erregter Entrüstung, scharenweise in die SA gingen.

Dieselben unkritischen jungen Gesichter, dieselbe naive Unbescheidenheit und Überheblichkeit, dieselbe Bereitschaft, sich als Weltenrichter aufzuspielen; vor allem dieselbe etwas subalterne Unfähigkeit, das Böse auch dann zu bemerken, wenn es sich auf der eigenen Seite in der eigenen Sache einschleicht. ...

Das schreckliche an dem Linksdrall der gegenwärtigen politischen Mode, genau wie an dem Rechtsdrall, der eine Generation zuvor beherrschte, ist, daß er mit gänzlich unbewußter Automatik funktioniert, ohne daß die Leute auch nur merken, daß sie eigentlich alles ungeprüft voraussetzen, wie inkonsequent sie oft sind und wie sehr sie gewohnheitsmäßig mit zweierlei Maß messen. ...<<

Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen" verdrängten die kampferprobten linksradikalen Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die weltfremde Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte danach in den folgenden Jahrzehnten konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte und Tugenden (Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt, lächerlich gemacht und letzten Endes zerstört. Die Vor- und Kriegsgeneration der Deutschen wurden pauschal als NS-Verbrecher eingestuft und ihre gigantische Wiederaufbauarbeit blendeten die "Grünen" kurzerhand aus.

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint später (am 26. Juni 2019) folgender Bericht über die Partei "Die Grünen" (x1.014/...): >>**Der**

Grüne Schwindel

Grüne Mehrheit, Grüner Kanzler, Grüne Fassade

Von *Uli Gellermann*

Die GRÜNEN können schwindelerregende Wahlergebnisse verzeichnen: Allein bei den EU-Wahlen erreichte die einstige Alternativpartei mit 20,5 Prozent etwa eine Verdoppelung ge-

genüber der Europawahl vor fünf Jahren und verwies die SPD auf Platz drei in der Gunst jener, die immer noch glauben, daß Wahlen was ändern könnten. Selbst von der CDU-CSU wanderten 1.240.000 ehemalige CDU- oder CSU-Wähler zur vorgeblichen Öko-Partei. Bei den unter 30-Jährigen, den Wählern der Zukunft, erzielten die GRÜNEN 33 Prozent. Da sehen alle andern Parteien alt aus.

Die wie üblich Mehrheiten erschnüffelnden Medien nahmen in der K-Frage Witterung auf: Der "Stern" brachte Robert Habeck, den Bundesvorsitzenden der Grünen, mit der Schlagzeile "Unser nächster Kanzler?" auf die Titelseite, und die Frau des grünen Spitzenduos bekam bei der "Welt" diesen Leitartikel:

"Die nächste Kanzlerin heißt Annalena Baerbock". Waren die GRÜNEN nicht einst die ungeliebten Schmutzkinder des Medien-Stroms? Doch, klar. Als sie konsequent für die Abrüstung der Republik ein- und noch konsequenter gegen Atomkraft auftraten. Geboren wurde die grüne Partei in der außerparlamentarischen Opposition, auf den großen Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluß und in den vielen Kämpfen gegen AKW's, vom Schleswig-Holsteinischen Brokdorf bis zum badischen Wyhl.

Spätestens seitdem der ehemalige Obergrüne Joschka Fischer, durch eine Menschenrechtslüge getarnt, an der Bombardierung Jugoslawiens führend beteiligt war, sollte der Friedenslack der grünen Partei eigentlich ab sein. Aber die vermeintliche Alternativpartei lernte die Regeln des üblichen Parlamentsbetriebs schnell: Bei Kriegseinsätzen wie dem in Afghanistan reichte häufig ein halbes Nein oder eine stumme Enthaltung zur Wahrung des Scheins. Man war zwar irgendwie dagegen, aber auch ein bißchen dafür, man wollte zwar Wähler und Parteibasis nicht verärgern, aber auch nicht die mächtige USA und deren Platzhalter in den deutschen Medien. Hat geklappt: Immer noch gelten die GRÜNEN als Friedenspartei, irgendwie.

Aber vor allem klappt das grüne Marketing in der Umweltfrage. Erst recht jetzt, wo die Bedrohung durch den Klimawandel jede Menge auch und gerade junge Menschen auf die Straßen treibt, ist das grüne Label bei Wahlen einfach Gold wert.

Geradezu vehement erinnert die "Fridays for Future-Bewegung" an die außerparlamentarische Herkunft der GRÜNEN, und während den üblichen Parteien, zu denen inzwischen auch die LINKEN zählen, der Ruf der Sitzungsakrobaten und Tagesordnungs-Jongleure vorausschallt, gelten die GRÜNEN immer noch als ziemlich unverbraucht. Und sogar als jung. Was angesichts solcher Jogging-Ruinen wie Joschka Fisher geradezu bizarr komisch wirkt. Nicht nur der aufgeschwemmte Fischer und der saturierte, grüne Ministerpräsident und Daimler-Fahrer Winfried Kretschmann strafen das Etikett des Alternativen, das den GRÜNEN anklebt wie altes Kaugummi, augenscheinlich Lügen.

Eine Art blinder Gläubigkeit an das Umweltbewußtsein grüner Mandatsträger prägt das Wahlverhalten ökologisch orientierter Wähler. Der Verrat der Grünen an ihrer pazifistischen Herkunft mag sich herumgesprochen haben, daß auch ihre ökologischen Wurzeln längst angefault sind, scheint weniger bekannt. Als wäre ihr einst in Hessen beschworener Widerstand gegen den Bau eines dritten Terminals am Frankfurter Flughafen nicht längst auf dem Altar der lukrativen Koalition mit der CDU geopfert. Es waren die GRÜNEN, die als Mitglied der NRW-Landesregierung keinen Finger gegen die Abholzung des Hambacher Forsts gekrümmt haben: Es fährt sich so schön in Dienstwagen. Es kopulierte sich gut im weichen Koalitionsbett mit der SPD.

Doch der wahre Prüfstein ist die Suche nach einem Atommüll-Endlager. Man kann zwar die einstigen Kämpfer gegen die Gefahren der Atomkraftwerke nicht für den Müll der Kernenergie-Industrie verantwortlich machen. Doch längst sitzen die GRÜNEN in einer Reihe von Landesregierungen an den Schalthebeln parlamentarischer Macht. Seit Jahr und Tag werden Endlagerstätten für die hochgiftigen Hinterlassenschaften der Atom-Industrie benötigt. Und seit Jahr und Tag zeigen die möglichen Lager-Regionen mit dem Finger auf andere Gegenden.

Zwar herrscht unter Geowissenschaftlern in Deutschland Konsens, daß die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle nur in Salz- oder Tongesteinen erfolgen sollte. Und die Tongesteine der Schwäbischen Alb und Oberschwabens kämen schon in Frage. Aber davon will die grün geführte Regierung Baden-Württembergs nichts wissen.

Seit dem Januar 2019 regiert in Hessen eine schwarz-grüne Landesregierung. Die einstigen Feinde Volker Bouffier (CDU) und Tarek Al-Wazir (GRÜNE) knutschen seitdem in Frankfurt bis zum Atem- und Politikstillstand. Zwar lagern im hessischen Biblis seit dem 18. 05. 2006 rund 1.400 Tonnen atomaren Mülls. Zwischenlager, kein Endlager. Aber die Koalitionsregierung schweigt: Keine Alternative, keine Initiative.

Der smarte Robert Habeck ist seit dem 28. Juni 2017 stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung in einem Kabinett der Jamaika-Koalition des Landes Schleswig-Holstein. In diesem Bundesland liegt der Atommüll-Standort Brokdorf. Doch weder von der CDU, der FDP noch den GRÜNEN erfährt man Produktives über die Endlagersuche.

Erbgutveränderungen, Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen: Alles Folgen, die im Atom-Müll lauern. Seit Beginn der Kernspaltung im ersten deutschen Atomreaktor FRM I im Jahr 1957 wurden bis Ende 2007 rund 12.500.000 Kilogramm tödlich strahlender Brennelementmüll erzeugt. Noch kein Kilo Kernbrennstoff wurde entsorgt. Manche radioaktiven Abfälle zerfallen innerhalb weniger Jahre, z.B. Krypton-85: Halbwertszeit 10,76 Jahre. Andere radioaktive Gifte hingegen weisen extrem lange Halbwertszeiten auf: zum Beispiel Jod-129: Halbwertszeit 17.000.000 Jahre.

Ins Endlager käme ein Cocktail aus vielen verschiedenen radioaktiven Abfallstoffen. Ein atomares Endlager muß also Sicherheit über viele Halbwertszeiten geben, über Zeiträume, die unser Vorstellungsvermögen sprengen. Es wäre dringend an der Zeit, aktiv gegen die gefährlichen Folgen der Atomindustrie zu werden. Doch wie schon bei der Sicherung des Friedens: Die GRÜNEN verraten ihre eigenen ursprünglichen Ziele durch Wegsehen, Nichtstun und Mitmachen.

Längst im Parlamentarismus angekommen und eingerichtet, wollen die GRÜNEN nicht an ihre außerparlamentarische Herkunft erinnert werden. So wie es von ihnen keine Initiative aus den Regierungen, in denen sie vertreten sind, für sichere Endlager gibt, so wenig gibt es Impulse für Kämpfe außerhalb der Parlamente. Die grüne Partei hat ihr bequemes Zwischenlager in den Parlamenten gefunden. Die GRÜNEN haben sich als Schwindel herausgestellt, als Fassaden-Ökologen, als Betrug am Wähler.<<

Niedergang des Christentums

01.09.1969

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 1. September 1969: >>Gotteslästerung nicht mehr strafbar ... Bei der ersten Etappe der Strafrechtsreform wird die Gotteslästerung gemäß § 166 abgeschafft. Bislang wurde dieses Delikt mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft.

Im neu gefaßten Paragraphen heißt es nur noch: Strafbar ist das Beschimpfen des Inhalts eines religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Art, die den öffentlichen Frieden stört. ...<<

26.01.2017

Schweiz: Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 26. Januar 2017 (x892/...): >> Die Universalität des Christentums - gleichbedeutend mit Globalismus?

... In der klassischen Gesellschaftslehre ist das Gemeinwesen und dann das Volk eine Erweiterung der Familie, gewissermaßen eine Familie der Familien. Sie beruht auf einer biologischen Grundlage einer auf einem bestimmten Gebiet lebenden Bevölkerung. Nomadische

Völker stehen erst am Anfang und sind noch nicht in der Lage, Staaten zu bilden. Das eklatanteste Beispiel ist der Staat Israel, der sich erst konstituieren konnte, als er über eine territoriale Grundlage verfügte. Das Christentum hat diesen Zusammenhang zwischen Staat und Staatsgebiet immer bestätigt. Staatsgebiet und Staatsvolk sind die Elemente, die eine Nation ausmachen. Sie sind aber nicht dessen Seele.

Die Seele eines Volkes ist das, was dieses Volk von anderen unterscheidet: ein unter anderem kulturelles, intellektuelles, moralisches, ästhetisches Erbe, das im Laufe der Zeit entstanden ist und das Gemeingut dieses Volkes ausmacht. ...

Wie jeder einzelne Mensch, so hat auch jedes Volk im Plan Gottes seine besondere Bestimmung.

Das heute so verpönte Wort "Vaterland" hat einen direkten Bezug auf die Vorfäter, auf die Vorfahren. Es zeigt auch, daß es hier um ein materielles und immaterielles Erbe geht, welches ein jeder von uns bekommen hat - ein Erbe, das im Inneren durch Veruntreuung und von außen durch Zerstörung bedroht ist, z.B. als Folge einer Invasion, einer militärischen Niederlage, einen Völkermord usw. Diese jeweilige Bedrohung wird von manchen Menschen anders gesehen als von anderen. Für die einen ist "Volk" oder "Nation" nichts anderes als eine vertraglich geregelte Beziehung zwischen Lebenden - eben einer "Bevölkerung" -, die sich um die Vergangenheit nicht schert.

Für die anderen ist sie so etwas wie eine ständige Volksabstimmung, die Erinnerung an eine gemeinsame, manchmal großartige und manchmal grauenhafte Geschichte und der Wille, weiterhin geschichtlich zu handeln. Somit ist "Volk" oder "Nation" vor allem ein Erbe, für das ein jeder sowohl vor den vergangenen Toten wie vor den zukünftig Lebenden verantwortlich ist.

...

Es ist eine Tatsache, daß sowohl die, welche ihrer Kultur treu sind als auch die, welche ihr eben nicht treu sind, immer Erben dieser Kultur sind. Die Anerkennung, die Annahme dieser Verpflichtung, die wir gegenüber unseren Vorfahren haben, trägt den schönen Namen "Pietät", und diese Pietät öffnet uns die Tür in die Zukunft, weil sie uns sagt, woher wir kommen. Dadurch sagt sie uns auch, wer wir sind und welches legitimerweise unser Weg ist. Alles andere ist nichts als Spreu, die vom Wind fortgeblasen wird, von einem Wind, der seiner Natur nach nämlich wechselhaft und - wie die Geschichte zeigt - flüchtig und nur allzu oft auch trügerisch ist. ...<<

18.10.2017

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>Wie die Amtskirche vor dem Islam zu Kreuze kriecht

... Es gibt Fotos, bei denen muß der Betrachter dreimal hinschauen, um die ihnen innewohnende Ungeheuerlichkeit zu erfassen. Und selbst dann noch will man die geradezu perverse Dimension des Gesehenen nicht glauben. So ein Foto entstand vor einem Jahr bei einer Pilgerreise evangelischer und katholischer Bischöfe durch das Heilige Land.

Es zeigt die obersten Repräsentanten der beiden deutschen Amtskirchen vor dem Felsendom in Jerusalem: den Münchner Erzbischof Reinhard Kardinal Marx, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz; den bayerischen Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland. Beide Bischöfe tragen Kleidung, die sie als Männer des Glaubens ausweisen. Das Bemerkenswerte an dem Foto ist allerdings das, was man nicht sieht:

Das Kreuz, das die höchsten deutschen Kirchenvertreter sonst um den Hals tragen, fehlt.

Sie haben es sich in einem Akt der Unterwerfung vom Leib gerissen. Denn in der Bildmitte gibt es einen dritten Herrn: Scheich Omar Kiswani. Die muslimischen Autoritäten hatten die deutschen Würdenträger gebeten, das Symbol ihres Glaubens abzulegen, um die religiösen

Gefühle des Scheichs nicht zu verletzen. Einer Aufforderung, der die beiden christlichen Würdenträger eilfertig und devot nachkamen. Wochenlang machten danach Gläubige ihrer Empörung, ihrem Entsetzen, im Internet Luft.

Ein Jahr später folgte ein weiterer tiefer Bückling vor dem Islam:

Beim ökumenischen Gottesdienst zum Tag der Deutschen Einheit im Mainzer Dom führte eine Muslima den Ein- und Auszug der Gläubigen beider christlichen Kirchen an. Während des Gottesdienstes im Angesicht des gekreuzigten Jesus Christus durfte sie "die Barmherzigkeit und die allumfassende Liebe Allahs zu uns Menschen" preisen. Kein Wort darüber, daß im Namen Allahs hunderttausende Christen in islamischen Ländern blutig verfolgt und ihre Gotteshäuser niedergebrannt werden; daß der Terror im Namen Allahs jedes Jahr in Europa die Menschen in Angst und Schrecken versetzt.

Es sind dies zwei Beispiele von vielen, die in erschreckender Weise davon Zeugnis ablegen, wie die deutschen Amtskirchen vor dem Islam im wahrsten Sinne des Wortes zu Kreuze kriechen. Lebte Peter Scholl-Latour noch, er würde sich auf tragische Weise bestätigt sehen: "Ich fürchte nicht die Stärke des Islam, sondern die Schwäche des Abendlandes. Das Christentum hat teilweise schon abgedankt."

Keiner wirft sich dabei so tief in den Staub wie die beiden Gutmenschen Marx und Bedford-Strohm. Statt sich zu fragen, warum ihre Gotteshäuser oft gähnend leer sind, scheint den beiden Kirchenfürsten offenbar mehr daran gelegen, die Moscheen in Deutschland zu füllen. So sprach sich Marx in kaum unterdrückter Vorfreude auf eine Jamaika-Koalition für einen weitreichenden Anspruch auf Familiennachzug aus. Eine "Obergrenze für Flüchtlinge" - so etwas kann sich ohnehin nur der Leibhaftige ausgedacht haben!

Ist der Leibhaftige womöglich in den Kölner Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki gefahren? Der mächtige Kölner Kirchenfürst, der einst dem konservativen Flügel der Amtskirche zugerechnet wurde, verstieg sich unlängst zu dem Satz:

"Wer 'Ja' zu Kirchtürmen sagt, der muß auch 'Ja' sagen zum Minarett."

Bedford-Strohm will, daß der Islam "flächendeckend" an öffentlichen Schulen gelehrt wird. Er ist voll der Freude, wenn islamische Funktionäre in evangelischen Gottesdiensten sprechen. Da wundert nicht, daß sich dieser protestantische Amtskirchenfunktionär in ein Gremium zum Bau eines islamischen Zentrums berufen ließ.

Nun ja, hielt doch auch schon dessen Amtsvorgängerin, Margot Käßmann, die Angst vor einer Islamisierung Deutschlands für "Unsinn". Als eine der ersten "Kirchenvertreterinnen" machte sich die evangelische Ex-Bischöfin für eine breite "Willkommenskultur" in Deutschland stark: "Die Kraft ist sicher endlich, aber das Engagement muß es nicht sein. ..."

Blicken wir nach Rom: Franz Josef Strauß hätte den politisierenden Papst-Darsteller Franziskus wohl einen "Herz-Jesu-Marxisten" genannt. Flüchtlingsunterkünfte vergleicht das Oberhaupt der Katholiken mit "Konzentrationslagern". Beim Besuch des deutschen Grüßaugust Frank-Walter Steinmeier vorvergangene Woche im Vatikan äußerte sich Franziskus "besorgt" über die hohe Akzeptanz der AfD in der deutschen Bevölkerung.

Dieser Papst, der Muslimen am Gründonnerstag die Füße wäscht, läßt die schleichende Islamisierung des Abendlandes widerspruchslos geschehen. Er verspielt die Autorität, mit der sich Benedikt XVI. Achtung und Respekt im Islam verschafft hatte.

2016 hielt die hohe Zahl der Kirchenaustritte weiter an. Mehr als 162.000 deutsche Katholiken kehrten ihrer Kirche den Rücken. Die EKD meldete 190.000 Austritte. Es gibt Zahlen, die kommentieren sich selbst. ...<<

Schlußbemerkungen: In dem erbitterten Kulturkampf, der spätestens seit Bildung der 68er Bewegung geführt wurde, sollte die bisherige Bindekraft der christlichen Religion durch kommunistisch-atheistische Gesellschaftsideologien ersetzt werden. Infolge der Streichung des Gotteslästerungsparagraphen 166 Strafgesetzbuch wurden z.B. ab September 1969 Gottes-

lästerung und blasphemische Angriffe auf das Christentum nicht mehr strafrechtlich geahndet, um die christlichen Konfessionen zu schützen und um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren.

Die evangelische und die katholische Kirche unterwarfen sich erstaunlicherweise fast widerstandslos der totalitären Gender-Ideologie und gehören gegenwärtig vielerorts sogar zu den fanatischsten Verteidigern der von den selbsternannten Gutmenschen eingeleiteten religiösen Destabilisierungsmaßnahmen.

Der unübersehbare Glaubensverfall unterstützt den dramatischen Niedergang der christlichen Werteordnungen, der "guten Sitten" sowie der jahrhundertealten "moralischen Werte" des Naturrechts und verherrlicht schließlich den Atheismus, gemeingefährliche Sekten und die Herrschaft von größenwahnsinnigen Öko-Hysterikern und falschen Klimapropheten (Öko-Inquisition).

Die Verleugnung des christlichen Erbes sowie Anfeindungen und die Zurückdrängung von christlichen Werten durch die linksliberale, atheistisch-materialistische Gender-Ideologie fördern in Deutschland zwangsläufig die Ausbreitung von radikalen Sekten und totalitären atheistischen Organisationen.

Zerstörung des deutschen Bildungssystems

27.11.1969

BRD: Die Kultusministerkonferenz vereinbart am 27. November 1969, wissenschaftlich begleitete Schulversuche mit Gesamtschulen durchzuführen.

Die Gesamtschule, die auf die Idee der "Einheitsschule" zurückging, wurde bereits seit 1948 gefordert. Während SPD und FDP für die Einführung der Integrierten Gesamtschule eintraten, waren CDU/CSU für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems: Hauptschule, Realschule und Gymnasium.

14.12.2017

BRD: Das politische Magazin "Cicero" berichtet am 14. Dezember 2017: >>>Bildungspolitik - Bildung, die schaffen wir ... ab!

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

Die Forderungen nach mehr sozialer Durchmischung der Schulen werden lauter. So sollen Kinder aus bildungsnahen Familien die Leistungsschwächeren mitziehen. Doch die Reformen führen nicht zu mehr Gerechtigkeit, sondern zu einer Absenkung der Bildungsstandards für alle Schüler

Immer lauter und immer öfter wird die Forderung nach einer stärkeren vom Gesetzgeber reglementierten sozialen Durchmischung der Schulen erhoben. Jüngst verstieg sich Morten Freidel angesichts der jüngsten Iglu-Studie zur Lesefähigkeit von Grundschulern zu dem sprachlich fragwürdigen, an den Stil der *taz* erinnernden Imperativ: Mischt Grundschüler!

Die Forderung der "Durchmischung" an den Gesetzgeber geht von folgender Vorstellung aus: Der mangelhafte Wortschatz von Grundschulern und ihre Handicaps im Erlernen des Lesens und Schreibens beruht darauf, daß immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund, bei denen zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird, in den Klassen auf Kinder treffen, die aus sogenannten bildungsfernen Schichten stammen. ...

Niedrigeres Niveau für alle

Nun wurde in der *FAZ* dieser Vorschlag nicht unterbreitet, dafür aber einer, der nicht weit davon entfernt liegt. Die Länder sollen nicht nur einen Schulbezirk bestimmen, sondern vor allem darüber wachen, daß Eltern sich dem nicht entziehen können. Stillschweigend wird in dem Artikel damit geliebäugelt, Privatschulen abzuschaffen. Denn wenn Eltern nur noch dadurch der Durchmischung entkommen, indem sie ihre Kinder auf eine Privatschule schicken, werden das alle tun, die es sich irgendwie noch leisten können. Auch wenn das für

sie zu großen Opfern führte. Steuern für eine verkorkste Bildungspolitik zahlten sie übrigens auch in diesem Fall weiter.

Würde man aber Privatschulen verbieten, führte der Vorschlag zu einer Einheitsschule. Aus dem Bestreben, es für alle gut machen zu wollen, aber es letztlich nicht zu können, würde es dann richtig schlecht und zwar für alle. ... Zum Vergleich: Ein schneller Hundertmeterläufer würde zwar einen langsameren ziehen können, aber nur um den Preis, daß er selbst seine Leistungsgrenzen niemals erreichen würde. Seine Leistungsmotivation würde dadurch auf Dauer zerstört werden, und bald würde er auf ein niedrigeres Niveau fallen.

... Man erklärt Kinder zur Verschiebungsmasse und macht sie zu Ausputzern einer verkorksten Einwanderungs- und Bildungspolitik, bringt die Senkung von Bildungsstandards politisch ernsthaft ins Gespräch und zwingt die Kinder in Einheitsschulen. Das alles zeugt von wenig Respekt den Kindern gegenüber, zeugt von einem Bildungsstalinismus, der die Kinder zu einem Rädchen im Getriebe erklärt und noch dazu entscheidende Fragen außer acht läßt, die bereits vor der großen Zuwanderung eine Rolle spielten.

Absurder neuer Lehrplan

Das beginnt bei der Einsparung von Lehrern, die dazu geführt hat, daß heute fast jeder ohne besondere Qualifikation unterrichten darf. Und es endet bei zweifelhaften, ideologiegetriebenen pädagogischen Experimenten wie Flexklassen, Erlernen des Schreibens nach Gehör, Verbot des Diktatschreibens, Abschaffung der Schreibschrift, Schaffung eines dem Wissenserwerb hinderlichen Zwangssystems von Gesellschafts- und Naturwissenschaften als große Unterrichtskomplexe. ...

Schädliche Bildungsreform

Es läßt sich natürlich schwer beurteilen, ob die Regierung meint, daß unseren Kindern Armutsspezialistentum im späteren Leben noch einmal nützlich sein wird. Wer Schüler nicht in die Systematik der Fächer, in ihre Logik, ihre Methodik und Methodologie einführt und schult, der verhindert jedoch, daß sie lernen, in Zusammenhängen zu denken. Schaut man sich die Vielzahl schädlicher "Bildungsreformen" an, kann man schwerlich dem Eindruck widerstehen, daß Bildungspolitik die Absenkung der Bildungsstandards zum Ziel hat.

Eine andere Studie besagt, daß Deutschland nur in einem Bereich sehr weit vorn liegt, und zwar in der Teamfähigkeit. Nach Bekanntwerden dieses Ergebnisses brach darüber Jubel aus, denn Wissen wäre nicht mehr wichtig, so hieß es, Wissen kann man sich schließlich auch ergoogeln. Menschen, die sich nur noch Wissen ergoogeln können, sind aber in allem abhängig von Google. Wir wissen zwar nichts, aber es ist doch toll, daß wir jetzt mal zusammen sind.

Den Leseschwächen der Grundschüler kann man also nicht mit der Schaffung der Einheitsschule, nicht mit "Durchmischung" begegnen, sondern nur mit einem besseren, inhaltlich zielführenden Unterricht und mit einem ausdifferenzierten Schulsystem. Hier muß angesetzt werden, denn hier liegt die Bildung im Argen.<<

Schlußbemerkungen: Das weltweit anerkannte, effektive deutsche Bildungssystem, in dem man nach Möglichkeit jeden nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten förderte, wurde in den letzten Jahrzehnten konsequent zerlegt.

Obwohl unsere deutschen Universitätsabschlüsse jahrzehntelang als vorbildlich galten, führte man das umstrittene US-Diplom (Bachelor/Master) ein.

Durch die jahrelang umstrittene Rechtschreibreform wurde zusätzlich die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung im In- und Ausland vorsätzlich erheblich beschädigt, um die deutsche Sprache endgültig als ehemals führende Wissenschafts- und Kultursprache auszuschalten.

Aufgrund der ständig geringeren Leistungsanforderungen, Einführung der Einheitsschule, Abschaffung der Förderschulen, Sonderschulen, Gymnasien und Realschulen sowie Ausset-

zung des Sitzenbleibens in Schulen und Inklusion im Bildungswesen wurde der Bildungsstandard für alle Schüler drastisch gesenkt.

Infolge der sogenannten "Inklusion" sollen z.B. geistig, körperlich, sozial oder sonst wie behinderte Kinder in "normale" Schulkassen integriert werden (alle Kinder sind gleich bzw. alle Kinder sind irgendwie behindert und sind deshalb gleich zu machen). Fast niemand kümmert sich darum, daß besonders die behinderten Kinder unter der Inklusion leiden und die Lehrer hoffnungslos überfordert werden.

Wegen des mangelhaften Schulunterrichtes besitzen heutzutage viele Schüler nicht mehr die erforderlichen Grundkenntnisse, die eine erfolgreiche Berufsausbildung oder ein Studium gewährleisten.

Holocaust-Verfilmung

22.01.1979

BRD: Das Dritte Programm des 1. Deutschen Fernsehens zeigt am 22. Januar 1979 die erste von 4 Folgen der US-Fernsehserie "Holocaust".

In dieser 428 Minuten langen Serie über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime wird besonders das persönliche Schicksal der jüdischen Familie Weiss geschildert. Diese 4 Fernsehsendungen werden von 15 bis 20 Millionen Deutschen gesehen und lösen fast 34 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges heftige Publikumsreaktionen und Diskussionen über die Ermordung der europäischen Juden aus.

Der aus der Bibel stammende Begriff "Holocaust" (griechisch, "Brandopfer") wird danach zum Begriff für den Völkermord an den europäischen Juden (x175/735).

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer schreibt später in ihrem Buch "Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" (x310/194-195): >>... Hollywood sollte den Holocaust erst 1959 entdecken, als Twentieth Century Fox ... "Das Tagebuch der Anne Frank" auf den Markt brachte. Das Schicksal von Anne Frank sollte von Hollywood gleich siebenmal verfilmt werden. Diesem Film folgte die Miniserie "Holocaust, die 1978 auf NBC lief.

Der eigentliche Durchbruch für den Holocaust in Hollywood kam erst 1993 mit Steven Spielbergs "Schindlers Liste", ... der 150 Millionen Dollar einspielte, Fernsehrechte und DVD-Verkäufe nicht eingeschlossen. ... Von nun an produzierte Hollywood einen Holocaust-Film nach dem anderen. ... Mindestens 20 Filme dieses Genres werden nun jedes Jahr hergestellt, inklusive Dokumentationen ... Zudem taucht der Holocaust in Dutzenden von populären TV-Serien auf – "Star Trek", "Akte X", "Eine himmlische Familie" usw. ...

Manche sehen die "Hollywoodisierung des Holocaust" mit Unbehagen. So kritisierte Spiegel-Autor Henryk M. Broder die von Steven Spielberg gegründete Shoah-Stiftung als "ein Unternehmen, das den Massenmord multimedial vermarktet". Das Projekt hat Zehntausende von Holocaust-Überlebenden befragt, die der Shoah GmbH sämtliche Verwertungsoptionen an den Videoaufnahmen einräumen mußten. Wer sich allerdings aus diesem Fundus bedienen will, muß happige Lizenzgebühren zahlen. "Eine Minute Holocaust-Horror aus erster Hand" kostet 2.700 Dollar – im Voraus.

"Damit hat die Shoah Foundation ... eine Lizenz zum Gelddrucken erfunden", schreibt Broder. ...<<

Die Welt berichtet am 22. August 1979 über das negative Deutschlandbild im US-Schulunterricht (x025/211): >>... Nimmt man dann noch die vielen Kriegsfilme in amerikanischen Kinos und Fernsehprogrammen, die Ausstrahlung des Films 'Holocaust' und die Deutschland-Berichterstattung, vor allem der Zeitungen im Mittelwesten, dann kann man nur Angst bekommen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über das negative Deutschlandbild (x025/211,227): >>... Daß die Besorgnis ... nicht ganz unbegründet war,

zeigt u.a. eine Emnid-Umfrage vom Oktober 1977. Danach beziehen immerhin 32 % der befragten Amerikaner ihr Deutschland-Bild aus dem Schulunterricht.

Die wichtigste Informationsquelle stellt mit 36 % das Fernsehen dar. In diesem Medium geht es nicht viel anders zu als in den Schulbüchern. 1978 mußte z.B. der 'Economist' im Hinblick auf amerikanische TV-Produktionen berichten: "Jede Woche wird Kindern ein frei erfundenes, wiedergekäutes Zeug über den Zweiten Weltkrieg angeboten, bei dem die Deutschen bestenfalls als dumm und schlimmstenfalls als fürchterlich brutal und tückisch dargestellt werden. Etwa jeden Monat wird Kindern und Erwachsenen ... eine Mischung aus Tatsachen und Erfindungen vorgeführt, in der die Deutschen im selben Licht gezeigt werden. Der mutige oder gar der gute Deutsche ist selten zu sehen. Der durchschnittliche Deutsche ist ein Verbrecher in brauner, grauer oder gar schwarzer Uniform". ...<<

>>... Im Ausland ist eine Renaissance des Deutschlandbildes der Roosevelt-Stalin-Ära zu beobachten. Vor allem in den Schulbüchern und Fernseh-Produktionen der englischsprachigen Länder werden Deutsche vielfach mit Nazis gleichgesetzt.

Nachdem Verbrechen gegen die Menschlichkeit fast nur anhand des Dritten Reiches demonstriert und östliche und andere Massenverbrechen kaum publiziert werden, entsteht der Eindruck, Völkermord sei ein "teutonisches Phänomen"; seine Ursachen seien nicht politisch bzw. soziologisch, sondern abstammungsmäßig zu erklären. Da die historischen Vertreibungsverbrechen im Sinne der Kollektivschuld-Theorie gerechtfertigt erscheinen, tritt eine Desensibilisierung gegenüber ähnlichen Massenverbrechen ein. ...<<

Tag der Befreiung

08.05.1985

BRD: Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1920-2015) erklärt am 8. Mai 1985 während einer Rede im Bundestag zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation (x877/...): >>Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. ...

Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtet damals über diese Rede Weizsäckers: >>**Weizsäckers große Rede zum 8. Mai**

Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.

Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."

Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."

... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die Rede Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes (x268/102-103): >>... Natürlich war das Kriegsende für die Insassen der Konzentrationslager, für die politischen Häftlinge in den Gefängnissen und

für die vielen Regimekritiker eine Erlösung.

Auf der anderen Seite der Bilanz standen die "ethnische Säuberung" in den Vertreibungsgebieten - rund 30 Prozent des deutschen Siedlungsgebiets, die Spaltung von Restdeutschland und die neue Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone. Dann waren da noch die Zwangsarbeit von Millionen deutscher Kriegsgefangener und Zivilisten, die Millionen Vergewaltigungen durch die Rote Armee, die neuen Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone und die Hungerpolitik der Westalliierten in ihren Zonen ...<<

Kollektivschuld

05.05.1985

BRD: US-Präsident Ronald Reagan erklärt am 5. Mai 1985 während einer Trauerfeier auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg (x268/17): >>... Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen und zu Unrecht auferlegt worden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die fehlende Selbstachtung der Deutschen (x268/234): >>... Im Fall der deutschen Nachkriegsneurose übernehmen im wesentlichen die elektronischen Massenmedien die Rolle der repressiven Mehrheit und die gleichsam sprachlose Bevölkerung die der Minderheit.

Durch hilfreiche Vermittlung dieser Massenkommunikationsmittel sehen sich die Deutschen zur Zeit nicht mit ihren eigenen Augen, sondern mit den Augen der ehemaligen Kriegsgegner mit allen ihren historischen Irrtümern und Vorurteilen, vor allem sehen sie sich aus der Perspektive des Antigermanismus der 40er Jahre. Erinnert sei hier nochmals an die vertrauliche Denkschrift des Legationsrats Adam von Trott, eines der Märtyrer des Widerstands, an die amerikanische Adresse: die angelsächsischen Länder seien erfüllt von Vorurteilen und pharisäischen Theorien und offenbar nicht in der Lage zu verstehen, daß die Deutschen selbst ein unterdrücktes Volk seien. ...<<

November 1987

BRD: Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/15,196-198): >>Dieses Buch möchte dazu beitragen, die Grabkreuze wieder aufzurichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre zu erweisen.

Wenn es wahr ist, daß alle Menschen gleich sind, gleich an Wert und Würde, dann hat jede verfolgte Gruppe einen uneingeschränkten Anspruch auf Würdigung ihrer Opfer, auch und gerade in publizistischer Hinsicht. ...<<

>>... Ähnlich wie die Justiz haben auch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten unseres Landes ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Epoche des Dritten Reiches geleistet. Über die Judenverfolgung allein wurden bis zum Jahr 1978 mindestens 100 Sendungen ausgestrahlt. Seit der Serie "Holocaust" - Anfang 1979 - hat sich die Zahl der einschlägigen Produktionen drastisch erhöht. Hinzu kommt eine Vielzahl von Sendungen über andere NS-Verbrechen in den besetzten Gebieten und in binnendeutschen Konzentrationslagern, über die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen usw.

Im Gegensatz zu dieser moralisch gebotenen und weltweit beispiellosen Aufklärungsarbeit kann die Bewältigung des Vertreibungsthemas im Fernsehen in keiner Weise befriedigen. Abgesehen von zwei kurzen Erwähnungen im Jahr 1979 war ... der Dokumentarbericht "Flucht und Vertreibung" aus dem Jahre 1981 der einzige erwähnenswerte Fernsehbeitrag zur intellektuellen Auseinandersetzung mit dem größten Verbrechen der Nachkriegsgeschichte.

Jeder großen und auch mancher kleineren Tragödie dieses Jahrhunderts ist bisher ein würdiges Denkmal gesetzt worden. Man denke z.B. an das imposante Mahnmal auf dem Hügel "Schwalbenburg" in Eriwan, der Hauptstadt der Sowjetrepublik Armenien. Es wurde 1965 zum 50. Jahrestag des türkischen Völkermords an 1,5-2 Millionen Armenier errichtet.

Trotz östlicher Kritik wurde am 6. März 1982 ... im Londoner Zentrum ... ein bemerkenswertes Denkmal enthüllt. Es soll an über 2 Millionen Russen und andere Osteuropäer erinnern, die nach dem Krieg gegen ihren Willen von den Westmächten ausgeliefert wurden und zu einem großen Teil im Osten umkamen. ...

Zu den Gedenkstätten von Hiroshima und Nagasaki pilgert die Welt, und im Ostblock existiert eine so große Zahl von historischen Gedächtnisstützen zum Thema NS-Besatzung, daß ihre Auflistung hier zu weit führen würde. ...

Die Erinnerung an beinahe drei Millionen Vertreibungsoffer dagegen wurde im kommunistischen Machtbereich mit großer Gründlichkeit ausgelöscht; für sie dürfte im Osten keine einzige Gedenkstätte existieren. ...

Die ehemaligen Konzentrationslager in Deutschland erinnern heute durchwegs als würdige Gedenkstätten und Museen an den Leidensweg der Antifaschisten, Juden, Zigeuner, Zeugen Jehovas, Homosexuellen und anderen Naziopfer.

Am vollkommensten ist die Aufarbeitung der Vergangenheit naturgemäß in Israel. Außer regelmäßigen staatlichen Gedenktagen mit öffentlicher Schweigeminute und Unterrichtsschwerpunkten in den Schulen ist vor allem an Yad Vashem zu erinnern, die gewaltige Forschungs- und Gedenkstätte auf dem Herzl-Berg in Jerusalem.

Während sogar Chruschtschow die Errichtung eines großen Denkmals für die Opfer des Stalinitismus plante, sucht man bei uns vergeblich nach einer adäquaten Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibungsverbrechen "als Warnung vor Gleichgültigkeit". ... Der Hundefriedhof von Cobham bei London, ein Produkt englischer Tierliebe und liebenswerten Spleens, ist ungleich größer und eindrucksvoller als das größte und eindrucksvollste Denkmal für die Millionen Vertreibungsoffer. ...<<

1989

BRD: Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schreibt im Jahre 1989 in seinem Buch "Phönix in Asche" (x268/229): >>... Wenn der Staat Flagge zeigt, tut er es halbmast, seine Feiertage sind Trauertage, die Bekundungen der Staatsmänner triefen von Betroffenheit. Seine Geschichte ist in Wahrheit die des NS-Regimes und der Gedenktage seiner Greuel.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtet später über die krankhaften Schuldkomplexe der Deutschen (x268/80): >>Wenn mich etwas im heutigen Deutschland stört und beunruhigt, ist es gerade diese Neigung zur übertriebenen Selbstkritik, die für mich bedeutet, daß viele Menschen den Sinn für Realität, für Geschichte, für Verhältnismäßigkeit verloren haben. Oder schlimmer, daß viele Deutsche anscheinend an einer Megalomanie (Größenwahn) leiden – sie wollen die größten Verbrecher der Geschichte sein und zugleich die größten Büsser. Dies halte ich für pathologisch. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt später über die vermeintliche Kollektivschuld der Deutschen (x025/189): >>... Die Theorie von der Kollektivschuld der Deutschen beruht, wie ihre Kritiker dargetan haben, auf der Unkenntnis fundamentaler historischer Tatsachen und der Widerstandsmöglichkeiten in einer totalitären Diktatur.

Sie wurde in der Praxis zur Rechtfertigung von millionenfachen Verbrechen gegen die Menschlichkeit benützt. Historisch gesehen ist diese Theorie eine der vielen Erscheinungsformen des Rassismus; sie entspricht weitgehend dem christlichen Antisemitismus vergangener Jahrhunderte.<<

Zusammenbruch der DDR

06.10.1989

DDR: Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow fordert die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten ("Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" ...).

Michail Gorbatschow (*1931-, sowjetischer Politiker, von 1985-1991 Generalsekretär der KPdSU, Oktober 1988 bis März 1990 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets, März 1990 bis Dezember 1991 1. Präsident der UdSSR; Friedensnobelpreis 1990, Hochgrad-freimaurer des 33. Grades. Leitete innen- und außenpolitische Reformen – Glasnost und Perestroika - ein, setzte den Verzicht auf den Führungsanspruch der KPdSU durch; mußte später wegen seiner zögerlichen Reformpolitik zurücktreten) wurde am 1. Oktober 1988 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt. Gorbatschow, der als Reformler galt, wußte damals längst, daß er die zunehmenden Versorgungsengpässe in der Sowjetunion ohne westliche Hilfe nicht lösen konnte.

In Leipzig duldete die SED-Regierung am 9. Oktober 1989 erstmals eine Demonstration von 50.000-70.000 Teilnehmern - "Wir sind das Volk - keine Gewalt ...".

Am 18. Oktober 1989 trat Staats- und Parteichef Erich Honecker zurück und wurde durch Egon Krenz abgelöst.

Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrierten am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820). Es war die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfand.

Am 22. Dezember 1989 wurde in Ostberlin das Brandenburger Tor geöffnet.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den Zusammenbruch der DDR und die friedliche deutsche Wiedervereinigung im Jahre 1990 (x283/246-248): >>... Als der wachsende Schuldenberg die Aussicht auf den Staatsbankrott für 1991 erkennen ließ, bot der Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski am 6. November 1989 der Bundesregierung an, für eine weitere Zusage von 12 bis 13 Milliarden D-Mark die Berliner Mauer zu öffnen. Dies wurde verweigert. Drei Tage später fiel die Mauer ohne einen weiteren Heller Bruderhilfe. ...

Die wachsende Verschuldung der DDR führt zu der Frage, ob das System ohne die wiederholten Kredite vom Klassenfeind nicht schon vorher zusammengebrochen wäre.

Umgekehrt wüßte man gern, was den Arbeiter- und Bauernstaat hätte retten können. Da ist guter Rat teuer. ... Jede Reform hätte das System weiter unterhöhlt. Je mehr Freiheiten gewährt worden wären, desto mehr wären gefordert worden. Was immer das Regime tat, war falsch, weil es selbst falsch war, so falsch wie die Wahlergebnisse, auf die es sich stützte. Als dann Gorbatschow Glasnost und Perestroika ausrief und der gesamte sozialistische Ostblock ins Wanken geriet, entfiel auch die Existenzgrundlage für den SED-Staat.

Unklar bis zuletzt blieb, ob das Regime kampfflos abtreten würde. ... Höhepunkt der Spannung war die Montagsdemonstration um die Leipziger Nikolaikirche am 9. Oktober 1989. 8.000 Soldaten der Nationalen Volksarmee hatten die Altstadt umstellt. Für die Krankenhäuser waren Sonderschichten angeordnet, die Blutkonserven aufgestockt, die Kühlräume der Schlachthäuser für die erwarteten Leichen freigeräumt. Das "Neue Deutschland" hatte das Vorgehen der chinesischen Ordnungskräfte gegen die Konterrevolutionäre auf dem Platz des Himmlischen Friedens mit seinen Aberhunderten von Toten beifällig kommentiert. War in Leipzig nicht ein Gleiches zu erwarten?

... Das Blutbad an der Nikolaikirche unterblieb. Was hätte es auch genützt? Den Bruch mit Bonn und eine Verzögerung des Endes mit sinnlosen Opfern! Deren gab es doch wahrlich schon genug. Moskau hatte den Herren vom Staatsrat die militärische Unterstützung entzogen. Tief enttäuscht waren sie nun klug genug, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen. Sie gaben zwar nicht freiwillig, aber kampfflos auf, was auch gewaltsam nicht auf Dauer zu halten gewesen wäre. Durch das, was damals nicht geschah, war Leipzig eine Sternstunde. ...<<

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands

18.03.1990

DDR: In der DDR finden am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt - "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA = 48,2 %, SPD = 21,8 %, PDS

= 16,3 % ... -. Die Wahlbeteiligung liegt bei 93,2 % (x101/173).

Die DDR-Volkskammer beschloß am 22. August 1990 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes. Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes wurde der 3. Oktober 1990.

Am 12. September 1990 wurde in Moskau das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz schreibt später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x151/56): >>... Die Vorgaben für die 2+4-Verhandlungen lauteten: "Kein Friedensvertrag, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Regelung über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Vereinigung". ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x283/249): >>... Mit dem Fall der Mauer war das Ende der Spaltung zum Greifen nahe, aber ohne die Bestätigung aus Moskau nicht erreichbar. Dort war man grundsätzlich zu einer Zustimmung bereit, allerdings unter der Bedingung, daß Gesamtdeutschland neutral sei. Eine Mitgliedschaft in der NATO wurde zunächst nicht akzeptiert.

Es bedurfte langer zäher Verhandlungen und erheblicher materieller Zuwendungen, deren Höhe – angeblich 8 Milliarden - sowohl Gorbatschow als auch Helmut Kohl in ihren Memoiren schamhaft verschweigen, bis endlich am 12. September 1990 der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet und die Westbindung der erweiterten Bundesrepublik anerkannt und dingfest war.<<

Am 3. Oktober 1990 trat die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Gemäß Einigungsvertrag vom 31.08.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland, obgleich man die neuen Länder der Deutschen Demokratischen Republik erst am 14. Oktober 1990 bildete!!! Der 3. Oktober ist seither ein gesetzlicher Feiertag: "Tag der deutschen Einheit".

Bei der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik handelte es sich lediglich um die Vereinigung von zwei ehemaligen Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bzw. von zwei unsouveränen, abhängigen Staatsgebilden. Die von den Siegermächten gegründeten Staatsgebilde BRD und DDR waren nie souveräne Staaten. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten.

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde ausdrücklich die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben. Die diskriminierenden Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und Artikel 107) der UN-Charta wurden ebenfalls ignoriert und nicht gestrichen.

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 wurde das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen kurzerhand komplett ausgeblendet. Der "Verzicht" auf Teile des fortbestehenden Deutschen Reiches - Ostdeutschland bzw. deutsche Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße - war gemäß Artikel 25 Grundgesetz völkerrechtswidrig und deshalb ungültig und nichtig.

Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutete letzten Endes den Verlust von 114.648 Quadratkilometern bzw. 24,4 % des deutschen Staatsgebietes in den Grenzen von 1937. Dieser Verzicht verstieß eindeutig gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts. Bei der Vertreibung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas, wobei mindestens 2 Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen

die Menschlichkeit, deshalb bedeutete die Anerkennung dieser gewaltsam festgesetzten Grenzen indirekt die Billigung von völkerrechtswidrigen Vertreibungen, legalisierte kollektive Schuldzuweisungen sowie kollektive Bestrafungen und befürwortete Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautet wie folgt (x890/...):
>>Artikel 25

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.<<

Am 2. Dezember 1990 gewann die vom "Kanzler der Einheit" geführte CDU/FDP-Koalition die gesamtdeutsche Wahl.

Ausbau der multikulturellen Gesellschaft

21.01.1991

BRD: Die Münchener "Abendzeitung" berichtet am 21. Januar 1991 über eine Rede des CDU-Politikers Heiner Geißler während einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing (x268/177): >>... Durch Asylbewerber und Ausländer hat kein einziger Deutscher auch nur eine Mark weniger verdient oder weniger Rente bekommen oder auch nur einen Quadratmeter Wohnraum verloren.<<

28.05.1993

BRD: Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärt am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massenmißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<

1994

Österreich: Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt warnt im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, "Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen" (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...

Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

Februar 1996

BRD: Der CDU-Politiker Christian Wulff (von 2010 bis 2012 deutscher Bundespräsident) schlug im Februar 1996 im Nachrichtenmagazin "Focus" (6/1996) vor, ausländische Straftäter zum Strafvollzug in ihre Heimatländer zu schicken (x268/196): >>Viele Kriminelle aus den ärmsten Ländern Europas empfinden unseren Vollzug als keineswegs unangenehme Unterbringung mit bester Verpflegung und Verdienstmöglichkeiten. Dabei leben sie teilweise bes-

ser als rechtstreu Bürger in ihrem Heimatland. ...

Auch bei einer Kostenerstattung an die Herkunftsländer würden wir angesichts der bei uns anfallenden Kosten von fast 200 Mark pro Hafttag Hunderte von Millionen einsparen. <<

Im Jahre 1998 betrug die Zahl der gemeldeten Ausländer 7 % der Gesamtbevölkerung. Sie erhielten etwa 23,3 % des bundesdeutschen Sozialhilfebudgets (x268/176).

Schuldskult

08.02.1993

BRD: Der deutsche Schriftsteller und Dramatiker Botho Strauß schreibt am 8. Februar 1993 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (x268/186-187): >>Zuweilen sollte man prüfen, was an der eigenen Toleranz echt und selbständig ist und was sich davon dem verklemmten deutschen Selbsthaß verdankt. ... Intellektuelle sind freundlich zu Fremden, nicht um des Fremden willen, sondern weil sie grimmig sind gegen das Unsere und alles begrüßen, was es zerstört. ...<<

03.10.1995

BRD: Lennart Meri (von 1992-2001 estnischer Staatspräsident) erklärte am 3. Oktober 1995, dem 5. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung, in Berlin (x268/100): >>... Für mich als Este ist es kaum nachvollziehbar, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht gegen die Deutschen zu publizieren oder zu diskutieren, ohne dabei schief angesehen zu werden – aber nicht etwa von Esten oder Finnen, sondern von Deutschen selbst.<<

22.03.1996

BRD: Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schreibt am 22. März 1996 im FAZ-Magazin über die Neurose der Deutschen (x268/237): >>... Als die ersten Menschen sich aufrichteten, um auf zwei Beinen zu gehen, ist gleich ein Deutscher herbeigeeilt, um dringlich zu warnen: das sei gefährlich, es drohe der Sturz, besonders den Kindern und Alten, vor allem sei es unsolidarisch gegen die übrigen Vierbeiner, auch theologisch bedenklich, denn es wende das Menschengesicht ab von der Erde, dem mütterlichen Grund.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die psychische Gleichgewichtsstörung der Deutschen (x268/237): >>... Im übertragenen Sinn ist der aufrechte Gang für die psychische Gesundheit des Einzelnen und für die Überlebensfähigkeit einer Gemeinschaft essentiell. Und im Wortsinn war er vermutlich der Grund, warum wir heute keine Menschenaffen mehr sind; einschlägige Fachbücher berichten: "Die entscheidende Phase der Menschwerdung spielte sich vor rund 4 Millionen Jahren mit der Entwicklung des aufrechten Ganges ab". ...

Der Therapeut der deutschen Neurose hat es nicht leicht. Zum einen muß er die verkorksten Denktraditionen des weltfremden deutschen Michel bewußtmachen zum anderen dem akuten Schuldkomplex auf den Grund gehen.

Im gegebenen Fall ist noch einmal daran zu erinnern, daß der neurotische Selbsthaß diskriminierter Minderheiten auf der Übernahme von Vorurteilen der feinseligen Mehrheit beruht.

Bei der deutschen Neurose fungieren ... die elektronischen Massenmedien als "Mehrheit", das Volk als Minderheit; das übernommene Vorurteil liegt in der rassistisch gefärbten Kollektivschuldtheorie. ...<<

06.09.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. September 1996 über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>**Woher nur die Lust an der Grausamkeit?**

... Dem jungen amerikanischen Harvardprofessor ist es gelungen, in Amerika und Deutschland eine Reihe renommierter Historiker gegen sich aufzubringen. Er hat sie mit seinem An-

spruch gereizt, eine wesentlich neue Erklärung für den millionenfachen Mord an den europäischen Juden zu geben.

Goldhagen behauptet: Beim Holocaust beteiligten sich mehr als hunderttausend "ganz gewöhnliche Deutsche" freiwillig, eifrig, zuweilen mit Lust. Ihre besondere Grausamkeit gegen die Juden erklärte er mit der Verinnerlichung einer über Jahrhunderte entwickelten und die deutsche Gesellschaft bis zum Zweiten Weltkrieg bestimmenden besonders aggressiven Form des Antisemitismus, den Goldhagen als "eliminatorisch" (also auf Beseitigung gerichtet) charakterisiert. ...

Jan Philipp Reemtsma, der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, kam Goldhagen entgegen. Die Quellen bestätigen, daß es für die Mehrheit ganz selbstverständlich gewesen sei, daß die Juden Feinde des deutschen Volkes seien. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/83): >>Der Lorbeer des Antigermanismus ... gebührt zweifellos dem US-Historiker Daniel Jonah Goldhagen und seinem Buch "Hitlers willige Vollstrecker".

Der Autor weiß zum Beispiel, daß die deutsche Neigung, Juden umzubringen, bei "Machtantritt der Nationalsozialisten längst vorhanden" gewesen sei, was er "eliminatorischen Antisemitismus" nennt. Hitler habe nichts anderes getan, als "den bestehenden Antisemitismus freizusetzen und zu aktivieren". 80 bis 90 Prozent der Deutschen hätten gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden.

Über Jahrhunderte hinweg sei das so gewesen. Die deutsche Grausamkeit sei einzigartig – oder könne man sich vorstellen, daß Dänen oder Italiener den Holocaust begangen hätten? ...<<

August 1999

BRD: Die russisch-jüdische Autorin Sonja Margolina kritisiert im August 1999 in der Zeitschrift "Mercur" (8/1999) die latenten Schuldkomplexe der Deutschen (x268/207): >>Auch in den internationalen Beziehungen leidet Deutschland unter dem Täterreflex.

Während die anderen europäischen Staaten die EU als die Fortsetzung ihrer nationalen Interessen in einer anderen Form verstehen, sieht Deutschland darin eine Aufhebung der nationalen zugunsten der angeblich europäischen Interessen. Die altruistische Einstellung hat zur Folge, daß Deutschland selbst seinen Partnern ideologische Argumente für die eigene Ausbeutung liefert. Zu bereitwillig werden in Frankreich und England antideutsche Klischees eingesetzt, wenn es darum geht, die "deutschen Interessen" in ihre Schranken zu verweisen.

Das läuft nach dem Motto: Wenn die Deutschen sich plötzlich um ihre nationalen Interessen kümmern, erwachen in ihnen die Nazis. ... Allerdings kann man nationale Interessen kaum überzeugend vertreten, wenn man die Nation ... als Tätergemeinschaft versteht und sich selbst der Zugehörigkeit zu ihr schämt.<<

21.06.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Juni 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer: >>Joschka Fischer: Deutsche mit sich im Reinen

Außenminister Joschka Fischer, Grüne, sieht die Deutschen heute im Reinen mit sich und ihrer Geschichte. Sie seien "nach einer 150-jährigen tragischen Geschichte, der Suche nach dem eigenen Nationalstaat, der Verführung zur Hegemonie und schließlich dem Absturz ins Verbrechen endlich bei sich selbst angekommen", sagte Fischer der Wochenzeitung "Die Zeit". "Heute sind die Deutschen genauso mit sich selbst im Reinen wie die Franzosen, ... auch mit ihrer Geschichte", zu der die Auseinandersetzung mit und die Verantwortung für Auschwitz gehöre. ...

Fischer wies mit diesen Aussagen im Streitgespräch mit dem französischen Innenminister Jean-Pierre Chevènement dessen Kritik an seinen europapolitischen Zielen zurück. Chevène-

ment sagte, die Deutschen flöhen vor ihrer Geschichte ins "Postnationale" und wollten daher eine europäische Föderation. Fischer meinte dagegen, die Deutschen seien keine "Fluchteuropäer", sein Vorschlag zu einer Föderation am Ende des europäischen Einigungsprozesses habe damit nichts zu tun. ...<<

2010

Italien: Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtet im Jahre 2010 in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" (x318/80-82): >>... 5. Selbstgeißelung und Gefahr der indirekten Förderung des Chauvinismus

Trotz der reichen demokratischen und revolutionären Tradition Deutschlands gibt es immer noch Leute, die den Mythos eines ewig unverbesserlichen deutschen Volkes verbreiten und damit Deutschland erpressen wollen, um ihm jede Unabhängigkeit im Vergleich zur Außenpolitik Amerikas und Israel unmöglich zu machen.

Nur so läßt sich die plumpe Agitation der Anti-Deutschen und der internationale Erfolg des Buches des amerikanischen Historiker Daniel J. Goldhagen erklären. Dieser bezeichnet darin den Antisemitismus und sogar den "Vernichtungs-Antisemitismus" als eine "allgemeine Charakteristik des deutschen Volkes".

Vollkommen verschwiegen werden die fürchterliche Repression und der grausame Bürgerkrieg, den die Nazibanden gegen die deutschen Antifaschisten entfesselten. Auf diese Weise wird Hitler zum Protagonisten "einer friedlichen Revolution, der das deutsche Volk bereitwillig zustimmt".

Paradoxerweise wird hier ein in der Propaganda des Dritten Reiches häufig wiederkehrendes Motiv aufgenommen. Goldhagens These baut auf kolossalen Verdrängungen auf. Im Personenregister seines Buches sind weder Hermann Cohen noch Henry Ford verzeichnet, noch kommen die Namen der exaltiertesten US-amerikanischen Antisemiten vor, die vor Hitler die "Vernichtung" (extermination) der Juden fordern, um die notwendige "Desinfizierung" (disinfection) der Gesellschaft zu realisieren.

Unaufhörlich unterstreicht der amerikanische Historiker den Massenkonsens in Deutschland für die Judenverfolgungen. Die auf die "Endlösung" hinausliefen. Man könnte sich aber auch fragen, auf welchem Konsens in den Vereinigten Staaten die Einsperrung der Staatsbürger japanischer Herkunft in Konzentrationslagern und die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beruhten?

Vor allem: Welchen Konsens fand der Rassismus, der in Amerika die Deportation, die Dezimierung oder die Vernichtung der Indianer und der Versklavung und die Unterdrückung der Schwarzen auch nach der formellen Abschaffung der Sklaverei noch mitten im 20. Jahrhundert rechtfertigte? Wollte man wie Goldhagen argumentieren, so könnte man sagen, daß der "Versklavungs-Rassismus", was die Schwarzen betrifft, und der "Vernichtungs-Rassismus", was die Indianer betrifft, eine "allgemeine Charakteristik des amerikanischen Volkes" sind.

Goldhagens Buch hat auch in Deutschland einen großen Erfolg erzielt. ...

Paradoxer Weise läuft die wahllose Selbstgeißelung des deutschen Volkes darauf hinaus, das gute Gewissen und den Chauvinismus nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch der reaktionärsten Kreise Deutschlands zu bestärken, die die Beteiligung an den von den USA geführten Kriegen mit dem Argument propagieren, man müsse ein für alle Mal mit dem verfluchten deutschen Sonderweg brechen! ...<<

Aufgrund der diffamierenden Geschichtsdarstellung der Sieger wurde jahrzehntelang unentwegt der Eindruck vermittelt, daß Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere Massenverbrechen nicht nur eine Spezialität des NS-Terrors wären, sondern ein abstammungsbedingtes "teutonisches Phänomen" sei.

Der Schuldskult entwickelte sich zu einem bedeutenden Herrschafts- und Machtinstrument,

denn mit der NS-Kollektivschuld konnte jede noch so sachliche Kritik und jeglicher Widerstand vom Tisch gefegt und niedergebügelt werden, so daß kontroverse, sachliche Auseinandersetzungen nicht mehr stattfanden. Die mehr als 1.000jährige deutsche Geschichte wurde praktisch auf die Jahre des NS-Regimes von 1933-1945 (Kriegslüsterheit, Vernichtungslager, Endlösung, deutsche Kriegsverbrechen, deutsche Kollektivschuld) reduziert. In unserem Land der Geschichtslosigkeit werden heute z.B. etwa 19 Millionen Angehörige der deutschen Wehrmacht pauschal als Instrumente des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges bzw. als Kriegsverbrecher diffamiert.

Das negative NS-Deutschlandbild von den böartigen, kriegslüsternden Deutschen wurde international besonders durch die US-Filmindustrie weltweit verbreitet. In der einseitigen Geschichtsdarstellung Hollywoods stellt man den durchschnittlichen Deutschen gewöhnlich als brutalen, heimtückischen Verbrecher in brauner NS-Uniform sowie in schwarzer SS-Uniform oder bestenfalls als dummen, verblödeten Nazi-Mitläufer dar.

Holocaust-Industrie

08.10.1994

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Oktober 1994: >>Das Grauen läßt sich schwer in Bronze gießen

... In einer Zeit, in der die Überlebenden des Massenmordes sterben, scheint ein Holocaust-Erinnerungsboom auszubrechen. Öffentliche Gedenkorte überall sollen dem kollektiven Gedächtnis bewahren, was sonst unwiderruflich verloren wäre.

Aber ist so etwas überhaupt möglich? Sind Kunstwerke beim Thema Holocaust überhaupt erlaubt? Lassen Denkmäler die Vergangenheit nicht erstarren, "entsorgen" sie das Grauen nicht? ...

Welches ist also die angemessene Form des Gedenkens? ... Elie Wiesel sagte bei der Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington im vergangenen Jahr, daß nur Fragen möglich seien. Und wenn es doch eine Antwort gebe, dann heiße sie Verantwortung eines jeden für die Gegenwart.<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington (x169/79-80): >>... Holocaust-Gedenktage sind ein nationales Ereignis. Alle 50 Bundesstaaten veranstalten Gedenkfeiern, häufig in Räumen der jeweiligen Parlamente.

Die Vereinigung der Holocaust-Organisationen führt mehr als 100 Holocaust-Institutionen in den Vereinigten Staaten auf. Sieben große Holocaust-Museen sind über ganz Amerika verteilt. Kernstück dieses Angedenkens ist das ... Holocaust Memorial Museum in Washington.

Die erste Frage ist, weshalb es überhaupt ein von der amerikanischen Bundesregierung finanziertes Holocaust-Museum in der Hauptstadt des Landes gibt. Diese Einrichtung an der Washington Mall verträgt sich insbesondere nicht mit der Tatsache, daß hier kein Museum existiert, welches der Verbrechen im Laufe der amerikanischen Geschichte gedenkt. Man stelle sich das Klagegeschrei in den USA gegen die Heuchelei der Deutschen vor, wenn diese in Berlin ein Nationalmuseum zum Gedenken nicht des Nazi-Völkermords, sondern der Sklaverei in Amerika oder der Auslöschung der amerikanischen Ureinwohner errichten würden. ...<<

03.12.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Dezember 1998 über die Holocaust-Konferenz in Washington: >>Es geht auch um viel Geld

Noch ist längst nicht alles getan, um den Raub von Vermögenswerten durch die Nazis auszugleichen - soweit das überhaupt noch möglich ist. Mit dieser Frage beschäftigt sich die Holocaust-Konferenz in Washington. ...

Wer den Reden in Washingtons Holocaust-Museum lauscht, mag glauben, erst jetzt falle auf, daß der größte Völkermord der Geschichte auch der größte Raubzug der Geschichte war. Nicht mit einem Wort erwähnt Eizenstat, Staatssekretär im US-Außenministerium, oder einer der US-Organisatoren der Konferenz, daß die Bundesrepublik Deutschland 1953 das erste Wiedergutmachungsgesetz verabschiedet und seither mehr als 100 Milliarden Mark dafür aufgewendet hat, um überlebenden Opfern des Nazi-Terrors wenigstens finanziell unter die Arme zu greifen.

Unerwähnt bleibt auch, daß seinerzeit die junge Bundesrepublik beim Aufbau des jungen Staates Israel half, daß Zehntausende gestohlene Kunstwerke schon von den US-Besatzungstruppen in Deutschland eingesammelt und - wo möglich - den rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben wurden. ...

Doch dann sind da die Anwälte wie Ed Fagan, die Prozesse gegen Schweizer Banken, gegen deutsche ... Großunternehmen angezettelt haben - im Interesse sagen sie, von Überlebenden des Holocausts.

Sie verlangen Schadenersatzsummen in Milliardenhöhe. Um ihr Ziel zu erreichen, setzen sie den Beklagten energisch zu, indem sie die "Öffentlichkeit mobilisieren".

Das heißt, sie bemühen sich darum, die Medien in Aufregung zu setzen. Beklagte an den Pranger zu stellen, Politiker zu veranlassen, zum Boykott deutscher oder eidgenössischer Unternehmen aufzurufen. Und gewissermaßen ganz nebenbei kassieren sie 20, 30 oder mehr Prozent sofern die Beklagten, um einen langen Prozeß und entsprechend vielen Presseberichten zu entgehen, bereit sind, eine Abfindung zu zahlen: eine legalisierte Form der Erpressung. Fagan und seine Kollegen sind zu der Konferenz in Washington nicht geladen, und kaum jemand ist hier gut auf sie zu sprechen. ...

Vor dem Museum demonstrieren orthodoxe Juden, schwarzgewandet, die Haare an den Schläfen zu Zöpfen geflochten. "Wir wahren Juden", erklären sie, "verurteilen jede Form von Forderung, Fahndung, Boykott oder Klage gegen irgendeine Nation, Regierung, Bank oder sonstige Institution. Wir nehmen kein Geld."

Elie Wiesel mußte seine Kinderbücher zurücklassen, als ihn Nazi-Schergen ins Konzentrationslager schleppten. Seine Mutter und Schwester wurden in Auschwitz ermordet, sein Vater starb in Buchenwald. ...

Wiesel stellte fest: "Antisemiten unterstellten, wir Juden sprächen gern über hehre Dinge und dächten doch nur an Geld."

Vielleicht sei die Konferenz ja eine Chance, die Dinge umzudrehen: "Laßt uns über Geld reden, aber an hehre Dinge denken."

Doch wie tut man das? Wie vertragen sich ehrliche Gewissenserforschung und das Pochen auf Verträge, wie vertragen sich Nächstenliebe und Buchhalterei. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schreibt später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Errichtung eines Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern der Nazi-Zeit (x169/126-127): >>... Materielle Entschädigung für den Holocaust "ist die größte moralische Prüfung, der sich Europa am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts gegenüber sieht", behauptet Itamar Levin. "Dies wird der wirkliche Prüfstein für den Umgang des Kontinents mit dem jüdischen Volk."

In der Tat machte sich die Holocaust-Industrie, ermutigt durch ihren Erfolg beim Abkassieren der Schweizer, schnell daran, auch das übrige Europa zu "prüfen". Als nächstes kam Deutschland an die Reihe.

Nachdem die Holocaust-Industrie im August 1998 eine Einigung mit der Schweiz erreicht hatte, setzte sie im September die gleiche siegreiche Strategie gegen Deutschland ein. Dieselben drei juristischen Teams, Hausfeld-Weiss, Fagan-Swift und der Weltrat der orthodoxen jüdischen Gemeinden, brachten Sammelklagen gegen die deutsche Privatindustrie ein; sie for-

dernten nicht weniger als 20 Milliarden Dollar Entschädigung.

Der New Yorker Finanzchef Hevesi winkte mit der Drohung eines wirtschaftlichen Boykotts und begann, die Verhandlungen im April 1999 zu "beobachten". ...<<

06.02.2001

BRD: "SPIEGEL ONLINE" berichtet am 6. Februar 2001: >>"Die Holocaust-Industrie": Debatten um das "böse" Buch

Selten hat ein historisches Buch in Deutschland eine solche Kontroverse ausgelöst, ehe es überhaupt erhältlich war: Trotz zahlreicher Proteste wird Norman Finkelsteins "Holocaust-Industrie" am Mittwoch auch hier zu Lande veröffentlicht.

Mit seiner Polemik gegen eine vermeintliche "Holocaust-Industrie", die im vergangenen Jahr in England und den USA veröffentlicht wurde, hat der amerikanische Politikwissenschaftler Norman Finkelstein die Erinnerung an den Völkermord einer wütenden Kritik unterzogen. In Deutschland setzte seine Schrift eine Debatte in Gang, die mit ihrer Heftigkeit an den Streit um Daniel Goldhagen vier Jahre zuvor erinnerte. Ab Mittwoch ist nun auch die deutsche Übersetzung auf dem Markt.

Finkelsteins Thesen sind provozierend: "Jüdische Eliten", so behauptet er, beuten im Einvernehmen mit der amerikanischen Regierung das entsetzliche Leid der Millionen von Juden aus, die während des Zweiten Weltkriegs ermordet wurden. Diese "Holocaust-Industrie" erpresse immer neue Entschädigungszahlungen, von denen die Opfer tatsächlich kaum Nutzen hätten. Vielmehr werde das Geld für vermeintliche "Holocaust-Erziehungsprojekte" verwendet, mit deren Hilfe das zentrale Dogma von der historischen Einzigartigkeit des Holocaust zementiert werden solle.

Diese Doktrin der "Einzigartigkeit" wirke intellektuell lähmend - vor allem auf die historische Forschung - und moralisch diskreditierend, weil demnach das Leiden nichtjüdischer Opfer mit dem der Juden "unvergleichbar" erscheine, werde aber nach Ansicht Finkelsteins politisch ausgenutzt: Denn zusätzlich zum "Abkassieren" durch die "Holocaust-Industrie" werde eine vermeintliche Instrumentalisierung der Erinnerung an den Holocaust durch Israel möglich. Jüdische Eliten wollten sich so gegen Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern immunisieren.

Einhellige Ablehnung

In Deutschland stieß Finkelstein mit seinem wütenden Buch auf einhellige Ablehnung. Besondere Irritation rief sowohl die Radikalität hervor, mit der der Amerikaner die kritischen Ansätze bündelte, aber auch die offensichtliche moralische Empörung, die Finkelstein dabei an den Tag legt. ...<<

Genderismus

12.01.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 12. Januar 2013 über "Gender-Mainstreaming" (x887/...): >>Ein Sozialexperiment

Kritik an "Gender-Mainstreaming" und den Zielen

Seit Mitte der 50er Jahre gibt es den Begriff des "Gender", mit dem das sogenannte soziale Geschlecht - im Gegensatz zum biologischen - dingfest gemacht werden soll. Mitte der 90er Jahre (im September 1995) wurde "Gender-Mainstreaming" auf der Weltfrauenkonferenz in Peking eingeführt. Vordergründig geht es dabei um die Gleichberechtigung der Geschlechter und "die Beseitigung patriarchaler Rückstände", faktisch jedoch um eine Umerziehung zur Angleichung der Geschlechter - an der biologischen Disposition vorbei. ...<<

Beim sogenannten Genderismus geht es vor allem um ideologische Umerziehungsmaßnahmen, die darauf abzielen, unsere christlich-bürgerliche Gesellschaft sowie wesentliche demokratische Grundrechte abzuschaffen.

Es handelt sich um ein gemeingefährliches "Sozialexperiment" (Schaffung einer multiethnischen, multikulturellen, multireligiösen und letzten Endes antidemokratischen Gesellschaft mit entwurzelten, rücksichtslosen, stupiden Einheitsmenschen). Diese "multikulturellen Einheitsmenschen" sollen mit "speziellen Erziehungsprogrammen" (nach dem Vorbild der ehemaligen totalitären kommunistischen Staaten) ohne Geschlecht (Genderismus), ohne Herkunft und Heimat, ohne Geschichte und Kultur (Multi-Kulti), ohne eigene Identität und schließlich ohne familiäre Bindungen formatiert werden.

Die atheistische Gender-Ideologie ist nachweislich eine gottes- und menschenfeindliche Weltanschauung, die vor allem durch die "Umwertung aller Werte" die Moral, die bürgerliche Familie, die christliche Kultur und den demokratischen Rechtsstaat zerstören will. Diese undemokratische Einmischung in alle Lebensbereiche der Bürger und Familien wurde besonders von den Vereinten Nationen und der EU maßgeblich unterstützt, um den angestrebten totalitären NWO-Einheitsstaat bzw. Weltstaat durchzusetzen.

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das Ziel, ein perfides totalitäres System der planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren. Dieses gemeingefährliche "Sozialexperiment", monoethnische und monokulturelle Nationalstaaten in multiethnische Staatsfragmente zu verwandeln, ähnelt zweifelsfrei den Vorgängen in den kommunistischen Ländern, als man im 20. Jahrhundert neue "sozialistische Einheitsstaaten" ("Paradiese auf Erden") mit beliebig manipulierbaren Einheitsmenschen schaffen wollte.

Die verhängnisvollen kommunistischen Sozialexperimente kosteten schließlich nachweislich Millionen von Menschenleben. Die französische Zeitschrift "Figaro" berichtet z.B. im November 1978 von 142.133.700 Blutopfern, mit denen die Kommunisten ihr "Sozialexperiment" (sog. "Sozialistische Weltrevolution") bezahlten.

EURO-Einführung und Bildung eines EU-Einheitsstaates

15./16.12.1995

Spanien: Der Europäische Rat bestätigt am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999.

Am 31.12.1998 wurde festgelegt, welchen Wert ein Euro in der jeweiligen Landeswährung hatte (ein Euro = 1,95583 DM). Der Euro konnte bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr benutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen blieben bis 2002 im Umlauf.

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtet später (im Juni 2011) über die Folgen der sog. Wiedervereinigung (x878/...): >>>Europa und das deutsche "nationale Interesse"

... Der Euro und die Wiedervereinigung

Die Wiedervereinigung stellte die Nachkriegsordnung und damit die bisher bestehenden Grundlagen der europäischen Einigung in Frage. Der Präsident Frankreichs, Mitterrand, machte seine Zustimmung zur deutschen Einheit von der Aufgabe deutscher Souveränität in Gestalt der D-Mark und der Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund abhängig. Die USA bestanden auf einem Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO, was auch eine fortbestehende signifikante US-Truppenpräsenz in Deutschland bedeutete.

Zwar wird der Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Aufgabe der D-Mark zugunsten des Euro immer wieder bestritten, aber er ist so offenkundig, daß sich eine Diskussion nicht lohnt. Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit seinem außerordentlichen historischen Verständnis diese Zusammenhänge in den entscheidenden Jahren 1989/1990 gesehen und entsprechend gehandelt. Er tat dies im deutschen nationalen Interesse, denn ohne diese Konzessi-

on wäre die Wiedervereinigung nicht zu haben gewesen. ...<<

Bildung eines EU-Einheitsstaates

Helmut Kohl förderte während seiner Kanzlerschaft (ab 1982) frühzeitig die Bildung eines EU-Einheitsstaates und damit die Abschaffung des deutschen Nationalstaates. Am 19. Juni 1983 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der zehn EG-Mitgliedstaaten, eine Europäische Union zu gründen. In Maastricht schloß man am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union mit einer einheitlichen stabilen Währung. Für Bundeskanzler Helmut Kohl war der Maastricht-Vertrag angeblich eine Entscheidung über Krieg oder Frieden im nächsten Jahrhundert.

Der Maastrichter Vertrag trat am 1. November 1993 in Kraft. Dieses völkerrechtlich bindende Abkommen leitete die bisher weitreichendste Reform der Europäischen Union ein. Danach begann allmählich die Übertragung von deutschen Souveränitätsrechten an die Europäische Union (EU) nach Brüssel. Die staatlichen Kompetenzen der Nationalstaaten wurden systematisch reduziert, um die Nationalstaaten abzuschaffen und die Europäische Union in einen zentralistischen Bundesstaat nach dem Vorbild der ehemaligen UdSSR umzuwandeln. Großbritannien widersetzte sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.

"Zwei-plus-Vier-Verhandlungen"

Bundeskanzler Kohl lehnte während der sogenannten "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" im Jahre 1990 eigenmächtig die angebotene Rückgabe Ostdeutschlands ab. Da der französische Ministerpräsident Mitterrand für seine Zustimmung zur Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands die Einführung des Euros und die Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund verlangte, opferte Bundeskanzler Helmut Kohl angeblich zur Wahrung nationaler Interessen im Jahre 1990 wesentliche Teile der mühsam erreichten deutschen Teil-Souveränität.

Bundeskanzler Kohl und der französische Ministerpräsident Mitterrand bildeten später den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU und setzten die Einführung einer gemeinsamen Währung durch, die schließlich 1991 im Maastricht-Vertrag beschlossen wurde. Der Europäische Rat bestätigte am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999. Der Euro konnte bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr genutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen blieben bis 2002 im Umlauf.

Im Verlauf der Privatisierung von mitteldeutschen Staatsunternehmen verdichteten sich seit 1999 die Hinweise, daß Bundeskanzler Kohl u.a. dem Investorenkonsortium von Elf-Aquitaine und Thyssen unzulässig hohe Subventionen gewährt hätte. "Die Zeit" erklärte damals zum Beispiel, es seien über die Liechtensteiner Firma Noblepac beim Verkauf der mitteldeutschen Leuna-Raffinerie an den französischen Ölkonzern "Elf-Aquitaine" rund 75 Millionen Mark an "deutsche Parteien" geflossen. Der französische Ministerpräsident Mitterrand soll demnach persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede war von 30 Millionen Mark CDU-Wahlkampfhilfe "für Europa".

Bundeskanzler Kohl, der damals auch CDU-Parteichef war, verfügte jahrelang über diverse "Schwarze Kassen", um in allen CDU-Landesverbänden "unbürokratisch" zu helfen.

19.02.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. Februar 1998 über die höchst seltene Verleihung der Londoner Ehrenbürgerwürde an Bundeskanzler Helmut Kohl:

>>Mit viel Glanz und Glorie

... In Großbritanniens europakritischen Kreisen muß es schon erhebliche Aufregung ausgelöst haben, daß ausgerechnet der entschiedenste Vorkämpfer Europas, Bundeskanzler Helmut

Kohl, am Mittwoch abend mit der höchst seltenen Auszeichnung einer Ehrenbürgerwürde der Wirtschaftsbosse der "City of London" geehrt wurde. ...

... Die "Sun" hatte mit ihrer Viermillionenaufgabe die Ehrung als ungeheuerlich abqualifiziert und behauptet, Kohls Europaliebe werde in der Londoner City "größeren Schaden anrichten als es die deutsche Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg getan hat". Und in der "Daily Mail" hieß es, der "miserable Wirtschaftspolitiker" Kohl strebe einen europäischen Superstaat an, der Großbritannien seiner Rolle als internationales Finanzzentrum beraube. ...

Kohl machte in seiner Dankesrede deutlich, daß er die wirtschaftliche und politische Union Europas für unabdingbar hält, aber er schilderte sie zugleich so, daß sich auch skeptische britische Beobachter eigentlich damit anfreunden können sollten. Deutschland so rühmte er, habe seine "Einheit und Freiheit nach englischem Muster" erreicht.

Der Kanzler meinte, Europa brauche die einzigartige britische Mischung von Wirklichkeits-sinn und Traditionsbewußtsein, von Pragmatismus und Idealismus".

Er habe "den Eindruck, daß man sich in der City auf die große Veränderung durch den Euro" längst eingestellt habe. "Sicherlich werden sich bald auch jene überzeugen lassen, die heute noch zögern." ...<<

NATO-Osterweiterung

06.04.1995

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. April 1995: >>**Polen warnt vor Verzögerung bei NATO-Aufnahme**

... Warschau erwartet 1996 von der NATO eine Entscheidung über die Aufnahme Polens in das Bündnis. Sein Land sei gegen eine Verzögerung des Beitritts, sagte Ministerpräsident Jozef Oleksy am Mittwoch in Brüssel. Je länger sich die Osterweiterung hinziehe, desto größer werde die Gefahr, daß die Unterstützung in der polnischen Bevölkerung für einen NATO-Beitritt abnehme. Die Einwände Rußlands wies Ministerpräsident Oleksy zurück. ...

Oleksy sprach Rußland jede Mitsprache bei der Osterweiterung ab. Die Haltung Rußlands sei für Polen ohne Bedeutung.

Am Montag hatte Rußlands Verteidigungsminister Pawel Gratschow die NATO vor einer baldigen Aufnahme osteuropäischer Länder gewarnt und für den Fall der Erweiterung der Allianz nach Osten mit Gegenmaßnahmen gedroht. ...

Auch NATO-Generalsekretär Willy Claes hob hervor, daß Rußland keinerlei Recht habe, darüber zu befinden, ob und wie das westliche Bündnis erweitert werden solle. ...

Claes bekräftigte, daß nach einer Ost-Erweiterung des Bündnisses die Aufstellung von Truppen und eventuell von Atomwaffen einzig und allein Sache der Allianz sei. Damit reagierte auch er auf die jüngsten russischen Warnungen vor einer Ausweitung der NATO.

Claes hob hervor, daß Rußland keinesfalls isoliert werden dürfe. Polen und andere neue NATO-Mitglieder dürften nicht in die Rolle von Frontstaaten geraten. Die NATO müsse dem guten Beispiel der Europäischen Union folgen.<<

13.04.1995

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. April 1995: >>**Russischer General warnt vor Weltkrieg**

Eine Erweiterung der NATO nach Osten würde nach Überzeugung des russischen Generals Alexander Lebed zum Dritten Weltkrieg führen.

Lebed sagte am Mittwoch in einem Gespräch mit der tschechischen Zeitung "Lidove noviny", die westliche Militärallianz sei eine große Gefahr für Rußland. Ihre Erweiterung auf Reformstaaten wie Polen und Tschechien würde den Beginn des Dritten Weltkrieges bedeuten. Nach seiner Ansicht würde "selbstverständlich" die NATO diesen Krieg auslösen. "Das beginnt bereits damit, wenn sich ihre Streitkräfte unseren Grenzen nähern", sagte der in Rußland zu den

populärsten Militärs zählende General. ...

Er verstehe die Länder nicht, die eine Mitgliedschaft in der Allianz anstrebten. Früher hätten sich der Warschauer Pakt und die NATO als zwei feindliche Blöcke gegenübergestanden. Der Westen habe den kalten Krieg gewonnen. "Gegen wen wollt ihr euch jetzt militärisch verbünden", fragte der General. ...<<

21.03.1996

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. März 1996: >>NATO hält an Osterweiterung fest

... Rußland kann die Osterweiterung der NATO nach Auffassung ihres Generalsekretärs Javier Solana nicht verhindern.

"Die Frage eines Kompromisses zwischen der NATO und Rußland im Hinblick auf die geplante Erweiterung der Allianz steht überhaupt nicht zur Debatte", sagte Solana ... zu Beginn seines zweitägigen Rußlandbesuchs in einem Interview. ...

Die russische Führung hat wiederholt ihre Besorgnis über die geplante Ausweitung der westlichen Militärallianz geäußert. Westliche Regierungen haben die Befürchtungen vor der Osterweiterung der NATO meist als irrational zurückgewiesen. ...

US-Außenminister Christopher versicherte am Mittwoch in Prag vor Vertretern von 12 östlichen Reformstaaten in einem Vortrag: "Wir lassen Sie nicht auf unbestimmte Zeit im Wartesaal der NATO sitzen."

Die USA seien entschlossen, den Weg der Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zu beschreiten.

Mit Rußland werde es keine Verhandlungen über das Thema Nato-Osterweiterung geben. Allerdings müsse auf Moskau Rücksicht genommen werden.<<

22.05.1997

Ukraine: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 22. Mai 1997: >>Versöhnung zwischen Ukraine und Polen

Die Präsidenten Polens und der Ukraine, Aleksander Kwasniewski und Leonid Kutschma, haben am Mittwoch in Kiew eine Versöhnungserklärung unterzeichnet, die einen Schlußstrich unter die schwierige polnisch-ukrainische Vergangenheit ziehen soll.

In dem Dokument bekennen sich beide Länder zu ihrer Verantwortung für Unrecht, das ihr Verhältnis bis heute belastet. Dabei geht es um blutige Ereignisse aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges und den ersten Nachkriegsjahren. Experten aus beiden Ländern hatten über ein Jahr an dem Dokument gearbeitet.

Kwasniewski würdigte vor dem ukrainischen Parlament die NATO-Osterweiterung als Stabilitätsfaktor für Osteuropa. Die Erweiterung der NATO müsse als "Vorrücken von Stabilität und Sicherheit nach Osten" begriffen werden.<<

08.07.1997

Spanien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Juli 1997 über die NATO-Erweiterung: >>Teures Vergnügen

Auf ihrer heute beginnenden Gipfelkonferenz werden die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten die Ausdehnung des westlichen Bündnisses nach Osten als großen Erfolg feiern. Aus der Sicht des Kalten Krieges ist die Erweiterung der NATO um Polen, Tschechien und Ungarn tatsächlich ein triumphales Ereignis. Aber auf weitere Sicht sind damit für die Allianz erheblich Probleme verbunden, über die im Vorfeld der Entscheidung viel zu wenig gesprochen worden ist. Vor hochtrabenden Worten wie dem Ausspruch, hier entstehe eine neue "europäische Sicherheitsarchitektur", sollte man sich hüten. ...

Im amerikanischen Senat sind die Kosten der NATO-Osterweiterung ausgiebig diskutiert worden, in Deutschland sind sie merkwürdigerweise praktisch unbeachtet geblieben. Dabei handelt es sich um einen Brocken. In einer Ausarbeitung der amerikanischen Regierung sind

sie auf 35 bis 60 Milliarden DM geschätzt worden.

Bei der augenblicklichen Finanzklemme in sämtlichen Mitgliedsländern ist das ein gewaltiger Betrag. Bei aller Freude, die der bevorstehende Beschluß von Madrid bei den neuen Mitgliedern auslösen wird – es ist ein teures Vergnügen.

Daß diese Ausgaben notwendig sind, wenn die NATO-Erweiterung Sinn haben soll, läßt sich nicht bestreiten: Militärischer Schutz setzt entsprechende Vorkehrungen für den Ernstfall voraus. Rund ein Drittel der Summe soll der Modernisierung der Streitkräfte in den drei östlichen Staaten dienen. ...

Die Notwendigkeit dieser Geldausgaben scheint niemand zu bestreiten. Aber schon jetzt ist abzusehen, daß dem feierlichen Beschluß alsbald ein unfeierliches Gerangel folgen wird, wer denn dies alles bezahlen soll. Polen, Tschechien und Ungarn werden dazu am allerwenigsten imstande sein. Die drei hoffen auf Hilfe der Amerikaner und Westeuropäer. Es gibt aber kein Land, in dem in den letzten Jahren der Wehretat nicht kräftig angezapft worden ist, um anderswo Löcher zu stopfen.

Soweit bekannt ist, hat nur Amerika kluge Vorsorge getroffen. Die Amerikaner haben im Bündnis verkündet, sie fühlten sich bloß verpflichtet, sich an der Verbesserung der Kommunikationsmittel zu beteiligen. Das bedeutet für sie, daß sie nur sehr geringe Kosten zu tragen haben – ein willkommenes Geschenk für den Senat, dem auch dadurch die Zustimmung erleichtert wird. Um so mehr aber müssen die europäischen Mitglieder mit neuen Belastungen rechnen.

Bisher verschließen davor alle die Augen, nach dem Motto: Kommt Zeit, kommt Rat. ...<<

09.07.1997

Spanien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Juli 1997: >>NATO macht Ungarn, Polen und Tschechien zu neuen Mitgliedern

Ungarn, Polen und Tschechien werden als erste Staaten des ehemaligen Ostblocks in die NATO aufgenommen. Darauf einigten sich die Vertreter des Bündnisses am Dienstag in Madrid. US-Präsident Clinton verteidigte die Entscheidung der Allianz als "riesigen Schritt für eine friedliches Europa".<<

11.07.1997

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. Juli 1997 über Clintons Besuch in Warschau: >>Clinton in Warschau begeistert gefeiert

Herzlicher kann eine Begrüßung kaum ausfallen: Vor mehreren tausend jubelnden Menschen umarmen sich US-Präsident Bill Clinton und Aleksander Kwasniewski auf dem Schloßplatz in Warschau. ...

Clinton sagte, Polen nehme jetzt seinen festen Platz in der Gemeinschaft der demokratischen Staaten ein.<<

27.09.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. September 1997: >>Deutsche zahlen halbe Milliarde

... Wenn Polen, Ungarn und die Tschechische Republik in die NATO eintreten, kommen auf Deutschland in den nächsten 10 Jahren mindestens eine halbe Milliarde Mark an Kosten zu. Diesen Betrag, berechnet vom NATO-Stab in Brüssel, hat das Bundesfinanzministerium in einem vertrauten Schreiben an den Haushaltsausschuß des Bundestages genannt.

In amerikanischen Studien werden Summen genannt, die um das 10fache höher sind. ... Sind diese Berechnungen korrekt, dann müßte Deutschland jedes Jahr die halbe Milliarde aufbringen, die der NATO-Stab jetzt für 10 Jahre angesetzt hat. ...<<

27.03.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. März 1998: >>>**Ja-Wort aus Bonn: Polen, Tschechen und Ungarn in die NATO**

Der Bundestag hat am Donnerstag dem Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns zur NATO zugestimmt. Die osteuropäischen Nachbarstaaten sprachen von einer "historischen Weichenstellung". Die NATO-Osterweiterung stützte sich im Bonner Parlament auf eine breite Mehrheit: Neben CDU/CSU und FDP votierten auch die Sozialdemokraten dafür. Die Fraktion der Grünen jedoch war einmal mehr zerrissen: Es gab Ja-Stimmen, Nein-Stimmen und viele Enthaltungen. ...

Im Bonner Kanzleramt trudelten bereits in der Nacht zum Freitag die Danksagungen ein. Polens Präsident Aleksander Kwasniewski nannte die Zustimmung des Bonner Parlaments in einem Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl "historisch". Das tschechische Außenministerium erklärt, die deutsche Entscheidung sei "ein weiterer Schritt auf dem Weg zu gutnachbarschaftlichen Beziehungen im Geiste europäischer Partnerschaft".

... Nach der heutigen Billigung durch den Bundesrat ist Deutschland nach Kanada, Norwegen und Dänemark der vierte der 16 NATO-Staaten, der die Erweiterung ratifiziert hat.

Viele Redner sprachen von einer der wichtigsten außenpolitischen Entscheidungen, die der Bundestag jemals getroffen habe.

"Jetzt wächst in ganz Europa zusammen, was zusammengehört", sagte Außenminister Klaus Kinkel. "Dies ist ein Tag, an dem wir dankbar sein sollten." Ohne den Freiheitswillen dieser Staaten hätte Deutschland seine Einheit nicht erreicht. ...<<

13.03.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. März 1999: >>>**Scharping: Gewinn für Deutschland**

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping sieht im NATO-Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn einen Gewinn für Deutschland.

Die Bundesrepublik stehe damit vor einer "historisch einmaligen Situation, nämlich zum ersten Mal nur von Freunden und Partnern umgeben zu sein", sagte er der in Berlin erscheinenden Tageszeitung "Die Welt".

Zugleich wies Scharping Bedenken Rußlands zurück: "Die NATO-Erweiterung richtet sich gegen niemand. Sie ist Export von Sicherheit und Stabilität."

Die Erweiterung werde verknüpft mit einer sehr engen Kooperation mit Rußland: "Insgesamt wird die Lage in Europa sicherer."<<

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. März 1999: >>>NATO nimmt drei neue Mitglieder auf ...

Rußland bekräftigte seine ablehnende Einschätzung. Außen- und Verteidigungsministerium in Moskau bezeichneten die Erweiterung am Freitag erneut als schweren historischen Fehler. Das Außenministerium warnte, ... (die) Osterweiterung könne zum Aufbrechen neuer Trennungslinien führen. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (3/2015) berichtet später über mögliche Folgen der NATO-Osterweiterung: >>>**Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa und erhebt schwere Vorwürfe gegen Putin, Deutschland und Amerika**

Michail Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa wegen der Ukraine.

"Ein solcher Krieg würde heute wohl unweigerlich in einen Atomkrieg münden. Wenn angesichts dieser angeheizten Stimmung einer die Nerven verliert, werden wir die nächsten Jahre nicht überleben", erklärte der Friedensnobelpreisträger gegenüber dem SPIEGEL. "Ich sage so etwas nicht leichtfertig. Ich mache mir wirklich allergrößte Sorgen."

Angesichts eines "katastrophalen Vertrauensverlustes" zwischen Rußland und dem Westen forderte er dazu auf, die Beziehungen zu "enteisen", und wandte sich gegen Versuche, Ruß-

land zu isolieren, und gegen westliche Wirtschaftssanktionen.

"Es war auch falsch, Rußland aus der G8 auszuschließen. Das erinnert an Blutrache und führt ins Nichts", sagte Gorbatschow.

In scharfen Worten kritisierte er die deutsche Ukraine-Politik. "Das neue Deutschland will sich überall einmischen. In Deutschland möchten anscheinend viele bei der neuen Teilung Europas mitmachen", sagte er.

"Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg schon einmal versucht, seinen Machtbereich nach Osten zu erweitern. Welche Lektion braucht es noch?"

Als "saudumm und höchst gefährlich" bezeichnete der letzte Staatschef der Sowjetunion Gedankenspiele im Westen, Putin zu stürzen.

Amerika und der Nato warf Gorbatschow vor, die europäische Sicherheitsstruktur durch die Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zerstört zu haben.

"Kein Kremelchef kann so etwas ignorieren", sagte er, Amerika habe leider angefangen, ein Mega-Imperium zu errichten.

Gorbatschow verteidigte Putins Annexion der Krim, kritisierte aber Putins autoritären Führungsstil. "Wir brauchen freie Wahlen und die Teilnahme der Menschen am politischen Prozeß", sagte er.

"Es ist schlicht nicht in Ordnung, wenn jemand wie der Anti-Korruptions-Blogger und Politiker Alexej Nawalny unter Hausarrest gestellt wird, nur weil er den Mund aufgemacht hat."<<

Rettung des Weltklimas

11.12.1997

Japan: Während der UN-Klimakonferenz in Kyoto wird am 11. Dezember 1997 das sog. Kyoto-Protokoll unterzeichnet. Diese völkerrechtliche Vereinbarung enthält erstmals rechtsverbindliche Begrenzungs- und Verringerungsverpflichtungen für die Industrieländer. Das Kyoto-Protokoll soll in Kraft treten, wenn mindestens 55 Staaten, die zusammengerechnet mehr als 55 % der CO₂-Emissionen des Jahres 1990 verursachten, das Abkommen ratifiziert haben.

Das Kyoto-Protokoll tritt letzten Endes erst nach der Ratifizierung durch die russische Duma am 16.2.2005 in Kraft.

Der deutsche Professor für Informatik und Physik, Horst-Joachim Lüdecke, berichtet später über den deutschen Klimaschutz und die Energiewende (x862/...): >>**Klimaschutz und**

Energiewende: Aktuelle Gebote oder nachhaltige Irrwege?

... Der Schutz des "globalen Klimas" sei der globalen Erwärmung wegen unabdingbar. Schon in lokalen Stadtblättern finden sich Artikel wie "Online mit dem CO₂-Spiegel die eigene Bilanz berechnen". Dabei gibt es überhaupt kein "globales Klima", sondern nur Klimazonen von tropisch bis polar. Jedes Klima war und ist immer in Veränderung begriffen. Konstantes Klima ist unmöglich und der Begriff "Klimaschutz" daher sinnlos. Der aktuelle Klimawandel hierzulande ist moderat. In früheren Zeiten hat es ungleich heftigere Veränderungen gegeben, so etwa in der "Kleinen Eiszeit" gegen Ende des 17. Jahrhunderts. Wir fürchten uns heute vor wenigen Zehntel Grad C in 100 Jahren und übersehen, daß unsere Vorfahren in der Weichsel-Kaltzeit Klimasprünge von mehreren Grad Celsius während ihrer Lebenszeit erleiden mußten

...

Gletscherforscher bezeugen höhere Temperaturen als heute über zwei Drittel der letzten 10.000 Jahre. Die Alpengletscher waren in längeren Warmperioden stets fast verschwunden. Nur deswegen konnte Hannibal mit Elefanten über die Alpen ziehen. In heißen mittelalterlichen Sommern trockneten Flüsse aus. Die Fundamente der berühmten Regensburger Steinbrücke wurden in der trockenen Donau gebaut, und die Kölner überquerten damals den Rhein zu Fuß. Man stelle sich Medienmeldungen über eine "Klimakatastrophe" vor, wenn sich sol-

che natürlichen Ereignisse heute wiederholten!

Bis 250 Jahre lange Thermometer-Reihen und insbesondere 2.000 Jahre lange Temperaturreihen, rekonstruiert aus Baumringen und Stalagmiten, zeigen Extreme, die die Variationen des 20. Jahrhunderts übertreffen. Es gibt keine Korrelation zwischen den irregulären Temperaturverläufen und dem vom Menschen verursachten ansteigenden CO₂-Gehalt der Atmosphäre. Ohne CO₂ als lebenswichtigen Bestandteil der Photosynthese gäbe es weder Pflanze noch Mensch. Mehr CO₂ verbessert die Ernteerträge. Wir sollten daher CO₂-Zunahme begrüßen und den kostspielig-unsinnigen Zertifikatehandel beenden. Die USA haben letzteres bereits getan. ...

Wir leben übrigens immer noch in der Zwischenwarmzeit eines Eiszeitalters. Die Wissenschaft definiert als Eiszeitalter, wenn beide Erdpole gleichzeitig vereist sind. Unsere Warmzeit wird vielleicht schneller enden, als es uns lieb ist.

Die Klimaforscher seien sich einig sagen Politik und Medien. Das Gegenteil trifft zu! Die Gegenstimmen von unzähligen hochrangigen Klimaforschern in Petitionen und Manifesten ... werden der Öffentlichkeit vorenthalten, ebenso wie wissenschaftliche Auseinandersetzungen zwischen Alarmisten und Skeptikern. ...

Photovoltaik- und Windräder sollen in Deutschland langfristig 80 % des Bruttostromverbrauchs abdecken, eine technisch/wirtschaftliche Unmöglichkeit! Wind- und Sonnenstrom ist für Nischenanwendungen, meist von Entwicklungsländern, jedoch keineswegs in größerem Umfang für ein modernes Industrieland geeignet, denn sie haben zwei unabdingbare Nachteile: Die Unstetigkeit der Energielieferung und die zu geringe Energiedichte von Wind und Sonne. So kann man sich zwar gefahrlos der Sonne aussetzen und auch noch in einem stärkeren Wind stehen, steckt aber seine Hand nicht in einen Brennkessel und steigt nicht in einen reißenden Gebirgsfluß.

Zu kleine Energiedichte bedingt einen unwirtschaftlich hohen Aufwand bei Erzeugung von elektrischer Energie, daher der Zwang zu überdimensionalen Propellern, um dem Wind noch brauchbare Energiemengen zu entziehen. Wirtschaftlich noch ungünstiger ist die Photovoltaik. Rechnerisch sind viele 100 km Windräder hintereinander für ein einziges KKW zu installieren. Es ist wie mit den Kirschen: Wind-, Sonnenenergie und Kirschen sind teuer, weil sie nur mit großem Aufwand "gepflückt" werden können.

Der Unterschied zwischen Photovoltaik und Solarpanelen zur Warmwasserbereitung ist allerdings zu beachten. Letztere sind für sommerliche Anwendungen sinnvoll, denn hier sind hohe Energiedichten nicht nötig.

Der entscheidende Nachteil ist aber die Unstetigkeit von Wind und Sonne, Windräder liefern beispielsweise hierzulande nur ca. 25 % der Zeit nennenswert Strom. ...

Elektrische Energie kann man in großem Umfang nur mit einem extremen, kostspieligen Aufwand speichern. Daher muß - der Öffentlichkeit kaum bekannt - zu jedem Windrad und jeder Solaranlage ein schnell reagierendes Gaskraftwerk bereitstehen, das bei Wind- oder Sonnenflaute einspringt. Trotz der inzwischen hohen installierten Nennleistung von Windturbinen und Photozellen können somit keine klassischen Kraftwerke eingespart werden. Für die extrem teuren Speicherpumpwerke als einzigen realistischen Maßnahmen zur Abpufferung des un stetigen Energieangebots der Natur fehlen in Deutschland die topographischen Voraussetzungen. ...

Profiteure des Klima-Alarmismus und der Energiewende haben Konjunktur, nur nicht der Verbraucher, der die Zeche zahlt. Windrad-, Solarplattenhersteller und der allgemeine Maschinenbau bis hin zum Handwerker, der Solarplatten aufs Dach schraubt, vertreten nachvollziehbare Interessen. Das nur vordergründig korrekte Argument neuer Arbeitsplätze übersieht den weit höheren Arbeitsplätzeverlust durch Kaufkraftschwund infolge steigender Energiepreise. Noch nie hat eine moderne Industrienation unwirtschaftliche Verfahren günstigeren zur

Verfügung stehenden Methoden vorgezogen und daraus gar Vorteile erlangt.

Starken Lobbydruck zeigen die kostspieligen Beilagen vieler Zeitungen, die unablässig um Investoren in erneuerbare Energien werben. Rückversicherungen und Investment-Banken, die sogar eigene Klimaabteilungen betreiben, sind Hauptprofiteure. ...

Weitere Profiteure sind Klimatologen, Bürokraten des Klimawandels, NGO's und Weltverbesserungsideologen. Der Physiker Dr. Link vermerkt zutreffend auf seiner skeptischen Webseite "So ist festzustellen, daß es nicht mehr um die Wahrheit zum Klima und zur Energie geht, sondern daß die Finanzkräfte im Gleichschritt mit den Klimatologen, der Politik, den Medien und, erstaunlich genug, mit den Umweltparteien und Verbänden hier das Ruder übernommen haben. Insbesondere die Wissenschaft der Klimatologie hat sich korrumpiert und ist zum Alibi der Finanzwirtschaft geworden."

Klimaschutz und erneuerbare Energien sind Umverteilung von unten nach oben. Den wirtschaftlich Schwachen aufgezwungenen Energiepreise wandern in die Taschen der Profiteure, dies auch noch gesetzlich verankert. Der volkswirtschaftlich und sozial verheerende Spuk von Subventionen für erneuerbare Energien ist daher zu beenden. Es müssen wieder freie Marktgesetze einkehren, denen sich alle Stromerzeugungssysteme zu stellen haben.

Allerdings ist eine geradezu panische Angst aller politischen Parteien unübersehbar - vor Wählern nämlich, die auf Grund jahrzehntelanger grüner Propaganda, geschürt von allen deutschen Medien, ihrer rationalen Urteilsfähigkeit verlustig gegangen sind. ...<<

Prof. Sigurd Schulien (deutscher Physiker, Hochschullehrer i.R.) berichtet später über die Erneuerbare Energie und Kernenergie (x864/...): >>**Erneuerbare Energien gegen Kernenergie?**

Solarenergie und Windenergie fallen immer in geringer Konzentration und ungleichmäßig an. Der Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland muß allerdings stetig und zuverlässig gedeckt werden, auch wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Das bedeutet, daß bei der Nutzung von erneuerbaren Energien ein leistungsfähiger Energiespeicher erforderlich ist, der die benötigte Energie liefert, wenn keine erneuerbaren Energien vorhanden sind.

Dieser Energiespeicher ist bekannt, nämlich Wasserstoff, der durch Zersetzung von Wasser in seine Grundbestandteile Wasserstoff und Sauerstoff mit Hilfe von Strom aus Solarzellen oder Windrädern erzeugt werden kann. Denn die in Solarzellen oder mit Windrädern erzeugte elektrische Energie ist in der Lage, Wasser in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff zu zerlegen. Konkret heißt das: mit ca. 4,5 kWh elektrischer Energie kann man mit Hilfe von Elektrolyseuren aus etwa einem Liter flüssigem Wasser ca. einen Kubikmeter gasförmigen Wasserstoff und 0,5 Kubikmeter Sauerstoff erzeugen.

Diese Gase kann man speichern und bei Energiebedarf wieder rekombinieren lassen (Knallgasreaktion). Dabei wird die bei der Wasserzersetzung aufgewandte Energie zum großen Teil wieder gewonnen als thermische oder auch als elektrische Energie (letzteres in Brennstoffzellen). Es macht also keinen Sinn, Windräder oder Solarzellen zu entwickeln, wenn man sich nicht auch um die dazu passende Speichertechnik kümmert. Dies hat man in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten nicht in der notwendigen Weise getan, obwohl die Wissenschaft immer die Politiker darauf hingewiesen hat.

Das führt nun zu der absurden Tatsache, daß für 1.000 Megawatt installiert Windkraftleistung fast die gleiche konventionelle Kraftwerkleistung vorgehalten werden muß für den Fall eventueller Windflauten. Denn wenn die Windräder keine oder zu geringe Leistung abgeben, muß diese aus anderen zusätzlichen Kraftwerken kommen. Wenn diese nicht vorhanden sind, werden die konventionellen Kraftwerke überlastet, die dann nach ca. 30 Minuten wegen Überhitzung der Generatoren abschalten. Die Stromlieferung ist somit zu Ende und nicht einfach wieder in Betrieb zu setzen.

Umgekehrt weiß man bei Starkwind in Schleswig-Holstein nicht, wohin mit der erzeugten elektrischen Leistung. Denn wenn man den Strom direkt ins Netz einspeist, steigt dessen Spannung. Das führt schließlich dazu, daß die angeschlossenen Glühlampen und Geräte den Geist aufgeben. Natürlich könnte man mit dem erzeugten Strom sofort Wasser zersetzen und Wasserstoff erzeugen, den man speichern oder dem Erdgas zumischen kann.

Aber man tut es nicht! Vielmehr tut man etwas ganz Absurdes: man reduziert bei Starkwind die Leistung der konventionellen Kraftwerke (Kohle, Kernkraftwerke), die billigen Strom erzeugen, damit die Windräder ihren teuren Strom nach dem EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) ins Netz speisen können.

Seit ca. 1960 wurden von Wissenschaft und Technik in Deutschland Vorschläge gemacht, die Wasserstofftechnik für die Energieversorgung zu entwickeln. Dies ist hartnäckig von den politischen Entscheidungsträgern nicht zur Kenntnis genommen worden. Neben der Solar- und Windenergie-technik hätte die Wasserstofftechnik zügig entwickelt werden müssen, um zu einem nachhaltigen und realistischen sowie wirtschaftlichen Energiesystem auf der Basis erneuerbarer Energien zu kommen. Wie schon erwähnt, ist dies nicht geschehen.

Die in Deutschland seit den 1980er Jahre laufenden experimentellen Wasserstoffprojekte zur Speicherung erneuerbarer Energien wurden seit den 1990er Jahren nicht mehr gefördert, obwohl sie erfolgversprechende Ergebnisse geliefert hatten. Beispiele sind die eingestellten Projekte an der Universität Stuttgart (Hysolar), das Solar-Wasserstoff-Bayern-Projekt in Neuburg vorm Wald, das Projekt bei der Fraunhofer-Gesellschaft in Freiburg, an der Fachhochschule Wiesbaden, bei verschiedenen Firmen. Es ist kaum etwas übrig geblieben von diesen vielfältigen zukunftsweisenden Entwicklungsaktivitäten.

Der Vorschlag, die Wasserstofftechnik zur Methanoltechnik weiterzuentwickeln, wurde von der Politik erst gar nicht angenommen. Da die Speicherung von gasförmigem Wasserstoff aufwendig und teuer ist, wurde vorgeschlagen, den mit erneuerbaren Energien erzeugten Wasserstoff mit Kohlendioxid reagieren zu lassen. Dabei entsteht Methanol, ein flüssiger Energieträger und Chemierohstoff, der leicht speicherbar ist und für den auch schon eine Speicherinfrastruktur besteht (z.B. Tankstellen).

Die Entwicklung breitbandiger Solarzellen hohen Wirkungsgrades wurde nicht vorangebracht. Ein ingenieurmäßiger realistischer Entwurf großer Wasserstoffsysteme zur Energieversorgung abgelegener Regionen mit Hilfe von erneuerbaren Energien und Wasserstoff fand nicht statt. Die Entwicklung zur Serienreife dieser für die landesweite Anwendung der erneuerbaren Energien unabdingbaren Techniken dauert Jahrzehnte. Welches die Gründe sind für die Ablehnung der Wasserstofftechnik durch die Politik, ist nicht nachvollziehbar, denn die erneuerbaren Energien ohne Speicherung sind in einem Industrieland wie Deutschland Unfug.

Vermutlich steckt dahinter die Absicht unserer Freunde aus der Londoner City, die deutsche Industrie zu vernichten bzw. ins Ausland zu treiben. Wegen der in den letzten Jahren begangenen Fehler der Energiepolitik wird darum kein Weg an der Nutzung der Kernenergie in den nächsten 30-40 Jahren vorbei führen. Nur so kann der Zusammenbruch unseres Sozialsystems verhindert werden.

Die erneuerbaren Energien können beim jetzigen Stand der Technik den Energiebedarf eines Industrielandes wie Deutschland nicht decken. Wenn das Speicherproblem gelöst ist, können sie einen größeren Anteil der Energieversorgung Deutschlands gewährleisten, aber nie 100 %.<<

Zur Senkung der deutschen CO₂-Emissionen, die im Jahre 2015 etwa **2,2 Prozent** der weltweiten CO₂-Emissionen betragen, sind nach Angaben des BDI bis 2050 **zusätzliche Investitionen von mindestens 1.500 Milliarden Euro** erforderlich.

Klimarelevanter Umweltschutz kann global nur erfolgreich sein, wenn sich vor allem die großen Umweltsünder entsprechend verhalten. Chinas Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß im

Jahre 2015 betrug z.B. 28,1 %, USA = 16,0 %, Indien = 6,2 %, Rußland = 4,5 %, Japan = 3,7 %. Die Regierungen dieser Länder denken jedoch überhaupt nicht daran, dem ideologischen Energiewende-Wahn der Deutschen zu folgen, so daß die angestrebten Klimaziele und die Rettung des Weltklimas schon deshalb kläglich scheitern müssen.

Der nationale Alleingang bzw. die wahnwitzige Idee, zur Energietechnik des Mittelalters zurückzukehren, führt statt der angekündigten Rettung des Weltklimas lediglich zu einer enormen Steigerung der Stromkosten für alle deutschen Verbraucher und zur Vernichtung der ehemals effektiven, hochmodernen, umweltbewußten deutschen Energiewirtschaft.

Aufgrund der hohen Strompreise werden schon bald nicht wenige private Verbraucher ihre Stromrechnungen nicht mehr zahlen können und viele Unternehmer werden ihre Betriebe wegen der hohen Stromkosten in ausländische Standorte verlagern, so daß diese destabilisierende politische Maßnahme der deutschen Regierung schließlich den angestrebten unaufhaltsamen wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Zusammenbruch Deutschlands einleiten wird.

Da Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine nennenswerten fossilen Energiequellen besitzt sowie nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird sich dank des "Flatterstroms" aus Windmühlen und Solaranlagen der Industriestandort Deutschland zwangsläufig in ein Agrar- bzw. Entwicklungsland zurückentwickeln: **"In Deutschland werden die Lichter ausgehen!"**

Das Klima wandelt sich, seit die Erde existiert. Der Klimawandel wird seit jeher hauptsächlich durch die Sonnenaktivitäten und durch die zyklischen Schwankungen der Erdumlaufbahn um die Sonne geprägt.

Das global freigesetzte CO₂ auf der Erde stammt zu 97 % aus der Natur (Ozeane = ca. 44 %, Bodenorganismen = ca. 29 %, Atmung der Landorganismen = ca. 24 %).

Nur 3 % des global freigesetzten CO₂ auf der Erde stammt aus menschlicher Tätigkeit (Industrie, Landwirtschaft etc.).

Ungeachtet der Tatsache, daß zum Beispiel der "Treibhauseffekt" nicht existiert und der menschliche Anteil nur höchstens 3 % des global freigesetzten CO₂ auf der Erde beträgt, setzte die allgegenwärtige Umweltpropaganda diese Ursachen der vermeintlichen globalen "Klimakatastrophe" weltweit als einzige "Wahrheit" durch.

Die aktuelle Klimaschutzpolitik der Ökoideologen beruht seit Jahrzehnten auf bisher unbewiesenen fiktiven Klimamodellen. Nach Auffassung des selbsternannten "Weltklimarates" wird sich die Erde durch die menschengemachte Erhöhung des CO₂-Gehaltes in den nächsten Jahrzehnten zwischen 7 Grad und 14 Grad Celsius erwärmen. Nach Meinung der fanatischen Klimaschützer kann die Erde nur durch die Menschen gerettet werden, wenn man den CO₂ Verbrauch drastisch reduziert.

Der angeblich menschengemachte Klimawandel entwickelte sich schon bald zu einem vorzüglichen Herrschaftsinstrument, denn die systematische Erzeugung von Angst war seit jeher ein wichtiges Machtmittel, um die Bevölkerung zu unterdrücken und zu drangsalieren.

Da "glücklicherweise" niemand den menschengemachten "Treibhauseffekt" und andere neue "Umweltgefahren" nachweisen kann, erweisen sich diese fiktiven "Umweltgefahren" als erfolgreiche Manipulationsinstrumente, um Industrienationen zu destabilisieren und um den Bevölkerungen bisherige Freiheitsrechte zu entziehen.

Die selbsternannten Klimaschützer zeichneten sich in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren durch rücksichtslose und zerstörerische Maßnahmen aus, ohne an die enormen Gefahren, Schäden und Kosten für die nachfolgenden Generationen zu denken. Jeder Kritiker der Klima-Ideologie wurde als reaktionär, faschistisch oder vergangenheitsorientiert verleumdet.

Obleich seriöse Wissenschaftler den menschengemachten Klimawandel als den größten Schwindel der Menschheitsgeschichte bezeichnen, belügt, betrügt, manipuliert und täuscht die verbrecherische Klimasekte weiterhin das leichtgläubige Volk, um ihre frei erfundenen Be-

hauptungen und physikalische Unmöglichkeiten vor der Demaskierung zu schützen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland als wirksames Machtinstrument genutzt, um planwirtschaftliche Maßnahmen zu realisieren sowie um eine gigantische Umverteilung von Vermögen an einige Gewinner des elegant inszenierten Klimaschwindels zu verwirklichen. Ferner wurde der weltweite Klimaschwindel genutzt, um unbequeme Konkurrenten, wie zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland, zu destabilisieren und um vermeintliche "klimageschädigte" Entwicklungsländer zu entschädigen.

Die Energiewende zur angeblichen Klimarettung entpuppte sich sehr schnell als Riesenschwindel und entwickelte sich vor allem in der Bundesrepublik Deutschland zu einer totalitären Öko-Diktatur, die in erster Linie die Zerstörung der Energieversorgung, die Deindustrialisierung, die Auflösung des Nationalstaates sowie die "Befreiung" der Menschen von Eigentum, Freiheit, Selbstbestimmung, Sicherheit und Identität anstrebt.

Islamisierung

September 1998

BRD: Der türkischstämmige Abgeordnete Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) berichtet im September 1998 im Nachrichtenmagazin "Focus" (x268/187): >>Was unsere Urväter (1683 mit Feuer und Schwert) vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen. ...<<

01.04.2016

Schweiz: Die schweizerische Informationsplattform "humanrights.ch" berichtet am 1. April 2014 (x898/...): >>**Islamische Menschenrechtserklärungen**

... Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam vom 5. August 1990

Die Organisation der Islamischen Konferenz, ein Zusammenschluß von 57 muslimisch geprägten Staaten, verabschiedete 1990 diese zwischenstaatliche Menschenrechtserklärung. Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte ist allerdings völkerrechtlich nicht bindend und sie wird von der UNO auch nicht als regionales Menschenrechtsinstrument anerkannt.

In der Kairoer Erklärung werden die Rechte und Freiheiten der Scharia unterstellt, welche als "einzig zuständige Quelle für die Auslegung oder Erklärung jedes einzelnen Artikels" dient (Art. 25). ...<<

16.04.2016

Schweiz: Die Züricher Tageszeitung "Tages-Anzeiger" berichtet am 16. April 2016: >>**Ausgerechnet ein Gedicht wurde Erdogan zum Verhängnis**

Der heutige türkische Präsident wurde 1999 ins Gefängnis gesteckt, weil er ein religiöses Gedicht vorgetragen hatte.

Der Fall sorgt für Wirbel: Recep Tayyip Erdogan verklagt den Satiriker Jan Böhmermann wegen dessen "Schmähgedicht" im deutschen Fernsehen. Der heutige türkische Präsident saß einst selbst wegen eines Gedichts vier Monate im Gefängnis, wie der "Telegraph" in einem Porträt über Erdogan schreibt.

"Moscheen sind unsere Kasernen"

Im Jahr 1997 - damals als Bürgermeister von Istanbul - hatte Erdogan an einer Demonstration vier Zeilen des islamischen Dichters Ziya Gökalp vorgetragen. Darin heißt es:

"Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Kuppeln unsere Helme, die Minarette unsere Bajonette und die Gläubigen unsere Soldaten."

Das Staatssicherheitsgericht verurteilte ihn daraufhin zu zehn Monaten Gefängnis wegen "religiöser Volksverhetzung". Demnach hatte Erdogan gegen die säkulare Staatsordnung, also die Trennung von Staat und Religion, verstoßen. Die Richter sahen in Erdogan die Speerspitze einer radikalen, islamischen Bewegung in der türkischen Politik. Er saß die Strafe von März

bis Juli 1999 ab und mußte als Bürgermeister von Istanbul zurücktreten. ...<<

11.10.2016

BRD: Die deutsche AfD-Politikerin Alice Weidel schreibt am 11. Oktober 2016 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" über den Islam: >>Kein Zurückweichen

Der Islam verändert Deutschland. Er wird als Parallelgesellschaft und bewußte Gegenöffentlichkeit als Bestandteil des Dschihad in unser Leben hineingetragen und beeinflußt das Bild des öffentlichen Raumes nachhaltig - so wie wir es von keiner anderen Religionsgemeinschaft kennen.

... Der Islam ist nicht nur Glaube, sondern für die Gläubigen auch Gesetz. Das höchste Gesetz ist die Scharia, die von Allah herabgesandt und von keinem Gläubigen angezweifelt und mißachtet werden darf. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Ausgestaltung der Politik: Denn jede weltliche Politik muß mit diesem Gesetz Allahs übereinstimmen.

Islam bedeutet Unterwerfung

Darüber wachen alle Muslime der Umma, vor allem aber die muslimischen Theologen und Rechtsgelehrten. Das muslimische Gemeinwesen ist einzig und allein auf die Errichtung eines Gottesstaates ausgerichtet.

Ob es nun Minarette, Moscheen, Muezzinrufe, die Kleidungsordnung von Muslimen, die Einforderung von Geschlechtertrennung, das Einklagen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst sind, ob Friedensrichter, Schariagerichtsbarkeit, Parallelgesellschaften, Ehrenmorde, Zwangsverheiratungen und die Akzeptanz von Kinderehen - all dies zielt nur auf eines: auf die Islamisierung unserer Gesellschaft.

Unsere Leitkultur basiert auf dem Grundgesetz und nicht auf der Scharia oder einem Clan- oder Stammesgesetz, das durch sogenannte Friedensrichter im Namen der Religionsfreiheit auf deutschem Boden durchgesetzt wird.

Immer öfter wird die sogenannte "Religionsfreiheit" als trojanisches Pferd genutzt, um die Segregation von Muslimen und Nicht-Muslimen sowie von Mann und Frau, also eine flächendeckende Religions- und Geschlechterapartheit, einzuführen.

Der Islam kennt keine prinzipielle Gleichheit der Menschen über die Religion und das Geschlecht hinaus, weshalb auch die allgemeinen Menschenrechte der Vereinten Nationen nicht anerkannt werden und eine eigene Erklärung herangezogen wird - die Kairoer Erklärung der Menschenrechte. Hier gelten die "Menschenrechte" nämlich nur unter dem Vorbehalt der Scharia.

Keine prinzipielle Religionsfreiheit für den Islam

Der Islam ist nicht nur eine Religion, sondern eine politische und gesellschaftliche Weltanschauung. Der Islam ist ein vollständiger Lebens- und Gesellschaftsentwurf und reguliert die gesamtgesellschaftlichen Beziehungen und das politische Gemeinwesen auf Basis des Korans und der Hadithe.

Der Islam kennt keine Säkularisierung, keine Reformation, keine Trennung von Religion und Staat. Die Moschee ist der Ort der Niederwerfung. Sie ist ein Gebetshaus, aber auch ein Ort der Versammlungen und der Politik. Allein schon deshalb ist die Moschee mit einer Kirche nicht zu vergleichen.

Der Islam bezieht sich auf ein heiliges Buch, in dem es insgesamt 206 Passagen gibt, die Gewalt und Krieg verherrlichen und 25 direkte Tötungsbefehle beinhaltet, die Allah an die Gläubigen ausspricht, "Enthauptet sie!", "Tötet sie!". Für solch eine Religion darf es keine prinzipielle Religionsfreiheit in unserer Gesellschafts- und Rechtsordnung geben. Denn der Heilige Krieg in Form von Gewalt und Subversion bezieht sich auf den Koran selbst. Da mutet die Unterscheidung von Islam und Islamismus nur noch wie eine Scheindebatte an.

Die Ausübung dieser Ideologie gehört unter strenge Kontrolle, was auch bedeuten muß, daß alle Moscheen in Deutschland, die Salafisten und Fundamentalisten eine Bühne geben, ge-

geschlossen werden müssen. Das bedeutet in der Praxis, daß alle Moscheen auf Extremismus durchleuchtet und dahingehend auf den Prüfstand gestellt werden müssen. ...

Muslime sind in der Bringschuld

Nicht wir sind in der Bringschuld, sondern die Muslime. Der Islam muß sich grundlegend von innen heraus reformieren. Es ist die Aufgabe der Muslime, in ihrem eigenen Haus zuerst aufzuräumen und den Islam politisch zu entmachten. ...

Solange sich der Islam nicht von innen heraus reformiert hat, sich glaubhaft von Gewalt gegen Andersgläubige distanziert, und Gleichheit von Nicht-Muslimen und Frauen einräumt, solange darf islamischen Organisationen auch nicht der Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zuerkannt und der Islam in unserer Mitte nicht gleichrangig mit anderen Religionen behandelt werden. ...<<

Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Kernkraftwerksindustrie

19.02.1997

BRD: Am 19. Februar 1997 tritt die EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" in Kraft.

Liberalisierung des EU-Strommarktes

Im Verlauf einer "eleganten Privatisierung" der deutschen Energieversorgungsunternehmen, die aufgrund von EU-Vorgaben seit Mitte der 1990er Jahre abgewickelt wurde, erzielte der deutsche Staat nicht nur hohe Verkaufspreise für die Kernkraftwerke, sondern gleichzeitig gelang es auch, die enormen Entsorgungs- und Stilllegungsverpflichtungen an die privatisierten Energieversorgungsunternehmen zu "übertragen" bzw. sich vorübergehend aus der "staatlichen Verantwortung" zu stehlen.

Aufgrund der Tatsache, daß alle deutschen Kernkraftwerke ursprünglich von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben wurden, blieb die deutsche Bundesregierung ungeachtet der arglistigen Privatisierung der Energieversorgungsunternehmen weiterhin für die Entsorgung und Stilllegung dieser Kernkraftwerke verantwortlich.

Die vom damaligen FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt durchgesetzte Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" sollte spätestens bis zum 19. Februar 1999 in den jeweiligen EU-Ländern umgesetzt werden. Die EU-Länder Großbritannien, Schweden, Finnland und Deutschland öffneten bzw. liberalisierten ihre Märkte fristgemäß für den Wettbewerb. Da Frankreich seinen Strommarkt jedoch weiterhin gegen ausländische Konkurrenten abschottete, aber gleichzeitig massiv Strom exportierte, bahnten sich bereits im Jahre 1999 schwere Handelskonflikte innerhalb der EU an.

Nach der sog. Liberalisierung des EU-Strommarktes begann in der Bundesrepublik überraschend schnell ein heftiger Preiskampf ("Energiekrieg"), denn die deutschen Versorgungsunternehmen mußten ihre Leitungen aufgrund der EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" für den Billigstrom der in- und ausländischen Konkurrenz öffnen.

Die deutsche Bundesregierung (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) verständigte sich am 13. Januar 1999 auf Eckpunkte eines Atomgesetzentwurfs. Die Nutzung der Atomenergie sollte danach "geordnet und sicher" beendet werden. Die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen wurde ab 2000 verboten.

Der deutsche Physiker und Hochschullehrer Sigurd Schulien berichtet später über "die 68er Bewegung und das Ende der deutschen Nuklearindustrie" (x858/...):

>>... **1. Die 68er**

Die 68er und in ihrer Nachfolge die Grünen haben bei ihrem Marsch durch die Institutionen und in den schließlich erreichten Positionen unermeßlichen Schaden in Deutschland angerichtet. Diese bunte zusammengewürfelte Schar von Bekloppten, Spinnern, Fantasten, Opportunisten, Revoluzzern, Psychopathen und vielen irregeleiteten Idealisten wurde von unseren an-

glo-amerikanischen Freunden auf die Deutschen losgelassen, mit tätiger Unterstützung deutscher Medien, Hochschulen, Ministerien. Sie sollten Deutschland von innen heraus zerstören. Praktisch bestand ihre Aufgabe zunächst darin, medienwirksam Randalen zu machen oder Lichterketten zu organisieren nach den Regieanweisungen aus New York. Mit diesen Aktionen gaben sie den Medien geeignete Aufhänger z.B. gegen die Kernenergie.

Auf dem Marsch durch die Institutionen sollten sie die alten Eliten verdrängen, denen der Muff von Jahrhunderten angedichtet wurde. Diese alten Eliten hatten Deutschland wohlhabend und groß gemacht und nach 1945 aus der von den Anglo-Amerikanern provozierten Katastrophe herausgeführt. Im Jahre 2006 deutet sich an, daß die zur Macht gekommene neue "Elite" Deutschland in eine noch schlimmere Katastrophe geführt hat.

Es soll hier nicht von den moralischen Verwüstungen gesprochen werden, welche die neuen Machthaber im Auftrag ihrer New Yorker Auftraggeber angerichtet haben, sondern von den energiepolitischen Todsünden, die sie zu verantworten haben, besonders von der Vernichtung der blühenden deutschen Nuklearindustrie.

Die Mafia der geistig Zukurzgekommenen, die seit den 80er Jahren insgeheim die Fäden der Politik zu ziehen begann, ist technik- und industriefeindlich. Denn Technik und Industrie ist arbeitsintensiv und anstrengend, was den 68ern nicht liegt. Technik und Industrie hatten Deutschland groß gemacht, das Leuten ihres Schlages darum kaum Möglichkeiten bot. Deswegen hassen sie Deutschland und sind die richtigen Handlanger zur Zerstörung der deutschen Industrie.

Industrie ist ohne ausreichende Energiebasis nicht möglich – das wenigstens hatten sie verstanden. Es ist seit Jahrzehnten bekannt, daß die Energieversorgung Deutschlands ohne Kernkraft und heimische Kohle nicht gesichert ist. Anton Zischka hat in seinen Büchern die negativen Folgen der Anti-Kernkraft- und CO₂-Hysterie beschrieben, ohne das daraus folgende Unheil verhindern zu können. Die von den 68ern als Ersatz für die Kernenergie vorgeschlagenen erneuerbaren Energien sind ohne Speicherung und Konzentrierung durch Wasserstoff in einem industrialisierten Land wie Deutschland reiner Unfug.

Deutschland hatte in den Jahren von 1960 bis 1990 eine sehr leistungsfähige Nuklearindustrie aufgebaut. Das Glanzstück dieser Industrie war der Hochtemperaturreaktor, in dem Temperaturen bis 1.000° C erzeugt werden können. Bei dieser Temperatur kann Kohle aus dem Ruhrgebiet zu Synthesegas vergast werden, aus dem dann Benzin, Methanol, Methan, Wasserstoff oder Kunststoffe usw. hergestellt werden kann. Gleichzeitig produziert dieser Reaktor elektrischen Strom. Die Energieversorgung Deutschlands wäre damit für Generationen gesichert gewesen. Das mußte verhindert werden. Die Stichworte zur Zerstörung der deutschen Energiebasis und damit der produktiven Industrie kamen aus dem gelobten Land jenseits des Atlantiks. ...<<

Einseitige Erinnerungskultur

26.06.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Juni 1999: >>Große Mehrheit unterstützt großes Mahnmal in Berlin

... Der Bundestag hat am Freitag beschlossen, in Berlin ein zentrales Mahnmal für die ermordeten Juden Europas errichten zu lassen. ...

Danach wird im kommenden Jahr auf der Fläche von der Größe zweier Fußballfelder neben dem Brandenburger Tor ein begehbare Labyrinth aus 2.700 Betonstelen entstehen. ... Die Kosten werden auf 15 Millionen Mark geschätzt. ...

Kulturstaatsminister Michael Naumann, SPD, warb vor der Abstimmung für den US-Architekten Eisenman und sprach von einem "Zeichen gegen das Vergessen". In beiden großen Parteien gab es jedoch eine Minderheit, der ein kleineres Denkmal lieber gewesen wäre.

...

Die Vorsitzende des privaten Mahnmal-Förderkreises, Lea Rosh, sieht den Beschluß als großen Erfolg. Der regierende Bürgermeister Berlins, Diepgen, soll jetzt seine Kritik fallenlassen, das Denkmal sei zu groß: "Auch die Verbrechen, um die es hier geht, sind gigantisch." <<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die "einseitige Erinnerungskultur der Deutschen" (x309/132): >>... In Deutschland existieren nach einer älteren Schätzung weit über 1.000 Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Nach einer neuen umfassenden Recherche gibt es sogar 8.000 antifaschistische Gedenkstätten, von denen die Mehrzahl in den neuen Bundesländern zu finden ist. Die Linksozialistin Lea Rosh – eine der Initiatorinnen der gigantischen Holocaustgedenkstätte in Berlin – plädiert sogar für ein Mahnmal "auf dem deutschen Marktplatz". ...

Bei so viel Toleranz und Sensibilität möchte man meinen, daß der größten Verfolgtengruppe der Bundesrepublik, der Vertriebenen aus Ostdeutschland und Osteuropa, in ähnlicher Weise gedacht wird; schließlich trägt Göttin Justitia eine Binde vor den Augen, um zu zeigen, daß die Gerechtigkeit nicht nach Rasse, Religion oder Nation fragt.

Doch weit gefehlt. Außer peripheren Gedenkorten wie das Mahnmal der Heimkehrer und Kriegsgefangenen in Friedland und die Flamme der Vertreibung in Berlin, Theodor-Heuss-Platz, die im Lauf der Jahre mehrfach entzündet und wieder gelöscht wurde, existiert nichts, was der größten Vertreibung der Weltgeschichte und den damit verbundenen Völkermordverbrechen auch nur im entferntesten gerecht würde. Bis heute ist die Vertreibungsproblematik die Leiche im Keller der Bundesrepublik geblieben. ...<<

05.06.2019

BRD: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 5. Juni 2019 (x1.000/...): >>>**70 Jahre Kriegsende: Opferzahlen und vertuschte Kriegsverbrechen**

Zum Gedenken an den D-Day vor 75 Jahren fand am 05.06.2019 ein großer Festakt im britischen Portsmouth statt. Kla.TV nimmt dies zum Anlaß, die Opferzahlen sowie vertuschte Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkrieges noch einmal näher zu beleuchten.

Anläßlich des heutigen Festaktes im britischen Portsmouth zum Gedenken an den D-Day vor 75 Jahren, strahlen wir heute die folgende Archivsendung aus: "70 Jahre Kriegsende: Opferzahlen und vertuschte Kriegsverbrechen".

"Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang gefunden hat in die Geschichtsbücher der Besiegten und von der nachfolgenden Generation auch geglaubt wird, kann die Umerzierung als wirklich gelungen angesehen werden."

Ob sich dieses Zitat des amerikanischen Publizisten Walter Lippmann (1889-1974) in den letzten 70 Jahren bewahrheitet hat, möge jeder kritische Zuschauer selbst beurteilen. Und damit begrüße ich Sie verehrte Damen und Herren zu unserer neuen Sendereihe: "70 Jahre Kriegsende". Tatsache ist, daß mit dem Kriegsende nach der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 der Krieg für Millionen von Menschen noch nicht zu Ende war. Dies betraf weite Teile der Zivilbevölkerung, von denen sich unzählige auf der Flucht befanden, aber auch Millionen von Soldaten in Kriegsgefangenschaft.

Diese Sendereihe in den folgenden Tagen ruft in Erinnerung, daß jeder in Gang gebrachte Krieg seine Opfer im einfachen Volk fordert: Menschen die tagtäglich ihren Pflichten nachgehen und um ein harmonisches Leben bemüht sind, werden durch gezielte Kriegspropaganda zu Ausführenden gemacht und sind letztendlich auch die Leidtragenden. Hinterher schreiben dann die Siegermächte ihre Version der Geschichte und lassen sich als Befreier feiern. Ob wir aus unserer Geschichte gelernt haben? Vielleicht lassen unsere "Befreier" von damals und NATO-Partner von heute schon morgen einen Marschbefehl gegen Rußland erschallen ...

Doch nun werfen wir einen Blick in die Vergangenheit! Und zwar auf die Kriegs-Opferzahlen, im Wandel der Zeit. Anfang 1945 befanden sich offiziell 630.000 Einwohner und

hunderttausende Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten in Dresden. Nach den Bombenangriffen zwischen dem 13. Februar und dem 17. April 1945 vermeldete die reichsdeutsche Verwaltung 253.000 Tote. Danach seien noch zehntausende Leichen geborgen worden. Zwischen 1992 und 1994 gab die Dresdener Stadtverwaltung bekannt, daß eine Opferzahl von 250.000 bis 300.000 Toten realistisch sei.

Die Ausstellung "Verbrannt bis zur Unkenntlichkeit" im Jahr 1995 beziffert die Verluste aufgrund aller Luftangriffe auf Dresden zwischen Februar und April 1945 hingegen nur noch auf etwa 25.000 Menschen. Auch eine Historiker-Kommission, die von der Dresdener Stadtverwaltung beauftragt wurde, hatte sich 2010 in ihrer Abschlusserklärung endgültig auf 25.000 Luftkriegstote "geeinigt". Die Online-Enzyklopädie Wikipedia übernahm schließlich die Nennung dieser Kommission und reduzierte sie nochmals etwas nach unten auf 22.700 bis 25.000 Opfer.

Der letzte DDR-Oberbürgermeister von Dresden, Wolfgang Berghofer, hatte noch bestätigt, daß lediglich 35.000 Bombenopfer eindeutig identifiziert werden konnten, während die Anzahl der nicht identifizierten Toten unbekannt sei. Tatsache ist also: Wir kennen die genaue Zahl der Opfer nicht. Als sicher erscheint nur, daß die Verursacher des angloamerikanischen Bombenmassakers an einer historischen Dokumentation hoher Opferzahlen nicht interessiert waren. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Entwicklung der Opferzahlen nach dem Atombombenabwurf auf Hiroshima.

Auch hier ist das "Phänomen" der sich rückläufig entwickelnden Opferzahlen im Vergleich von verschiedenen Lexikon-Ausgaben erkennbar: Das dtv-Lexikon von 1967 beziffert insgesamt 423.000 Tote. Das moderne Lexikon/Verlag Bertelsmann von 1984 erwähnt 280.000 Bombenopfer samt Spätfolgen - und laut Wikipedia (Stand 2000) starben bei dem Abwurf, samt Spätfolgen, bis 1946 schließlich nur noch 90.000 bis 166.000 Menschen.

Die Kriegsverbrechen, die Deutschland im Zweiten Weltkrieg vor allem an den Juden beging, sind weithin bekannt und gelten als unentschuldig. Viele Kriegsverbrechen jedoch, welche an der deutschen Bevölkerung durchgeführt wurden und Zahlen über Deutsche, die infolge des 2. Weltkrieges ihr Leben lassen mußten, werden bis heute verschwiegen. Hier einige Beispiele:

Wenig bekannt, ist die Tatsache, daß allein durch gezielte Luftangriffe der Alliierten auf deutsche Wohngebiete 800.000 deutsche Zivilisten getötet wurden. Außerdem wird bis heute in der Geschichtsschreibung die gewaltsame Vertreibung von 17 Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat weitgehend vertuscht. Zu diesen Vertreibungen sagte Winston Churchill im englischen Parlament am 15.12.1944 folgendes:

"Die nach unserem Ermessen befriedigendste und dauerhafteste Methode ist die Vertreibung. Sie wird die Vermischung von Bevölkerungen abschaffen, die zu endlosen Schwierigkeiten führt ... Man wird reinen Tisch machen. Mich beunruhigen diese großen Umsiedlungen nicht, die unter modernen Verhältnissen besser als je zuvor durchgeführt werden können."

Was Churchill wohl mit modernen Verhältnissen meinte ...

Schauen wir aber weiter, welche Kriegsverbrechen noch in unseren Geschichtsbüchern vertuscht werden. Nach Kriegsende mußten infolge der alliierten Nachkriegspolitik mindestens 9,3 Millionen Deutsche unnötigerweise ihr Leben lassen, davon zwei Millionen deutsche Kriegsgefangene in sowjetischen Lagern und über eine Million in den Rheinwiesenlagern der amerikanischen "Befreier".

Der amerikanisch besetzte Teil Deutschlands glich nach Ende des 2. Weltkrieges einem riesigen Gefangenenlager. Millionen Männer wurden auf dem freien Feld in selbst gegrabenen Höhlen hinter Stacheldrahtzäunen gefangen gehalten.

Bereits einen Tag nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, am 9. Mai 1945, gab der verantwortliche General und spätere US-Präsident Dwight D. Eisenhower den Befehl, daß

die Gefangenen kein Essen von der Bevölkerung erhalten durften. Und dies, obwohl sie am Verhungern waren. Auch drei Zugladungen Nahrungsmittel des Roten Kreuzes aus Frankreich und Belgien mußten wieder umkehren. Auf diese Weise wurden ca. eine Million deutsche Kriegsgefangene systematisch vernichtet.

Dies alles blieb 44 Jahre lang verborgen, bis 1989 das Buch eines Kanadiers "Other losses" (Die anderen Verluste) die Greuelthaten öffentlich machte.

Allerdings verschwand dieses Buch durch starke Negativkritik in der New York Times und anderen Zeitungen schnell in der Versenkung. Auch ins Internet gestellte Filmdokumentationen zu den sogenannten Rheinwiesenlagern werden bis heute immer wieder gelöscht, meist aus "urheberrechtlichen Gründen".

Es stellt dich darum die Frage: Warum wird versucht, diese Greuelthaten zu vertuschen? Wieso informiert uns niemand darüber, was nach 1945 geschehen ist?

Eine mögliche Antwort ist folgende: Einer der größten Medienkonzerne der Welt, die amerikanische NBC Universal Inc. ist Marktführer in Sachen meinungsbildende Geschichtsliteratur im deutschsprachigen Raum und zudem Besitzer des Historik-Fernsehsenders History. Auch ZDF-History unterhält eine Kooperation mit dem amerikanischen Sender. Mit anderen Worten könnte man sagen: Die Befreier bzw. die Besatzer Deutschlands diktieren den Deutschen, was sie über ihre Geschichte wissen und nicht wissen dürfen.

Meine Damen und Herren, nach diesen Fakten können Sie sich nun selbst ein Bild machen, ob sich das anfangs gehörte Zitat des amerikanischen Publizisten Walter Lippmann in den letzten 70 Jahren bewahrheitet hat oder nicht. ...<<

Diffamierung der deutschen Wehrmacht

21.10.1999

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 21. Oktober 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>... Die zweifelhafte Macht der Bilder

Seit rund viereinhalb Jahren debattieren und streiten die Deutschen über die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Neue Studien belegen nun, daß die Veranstalter bei der Auswahl einzelner Fotos falsch lagen. ...

Sie ist umstritten wie kaum eine andere Ausstellung vor ihr. Bundesweit hat die Wanderschau mit dem Titel: "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" für heftige Kontroversen gesorgt. Seit ihrer Eröffnung im März 1995 haben rund 860.000 Besucher in 32 Städten die Ausstellung gesehen. Bei fast jeder Station kam es zu Demonstrationen und gewaltsamen Protesten gegen die Fotoschau, in der die Wehrmacht für die systematische Ermordung von Millionen Menschen verantwortlich gemacht wird. ...<<

05.11.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 5. November 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944":

>>Wehrmachtskritiker stoppen ihre strittige Ausstellung

Einige Fotos zeigen Opfer der Sowjets / Termine in Braunschweig und New York gestrichen
Die umstrittene Wehrmachtsausstellung wird nach massiver Kritik von Historikern zurückgezogen und grundlegend überprüft. ... Auch die Auslandsversion der Bilder-Schau über die Verbrechen der Wehrmacht wird nicht wie geplant in den USA gezeigt, wo sie am 2. Dezember in New York eröffnet werden sollte, sagte der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp Reemtsma, am Donnerstag. ...

Das Institut für Sozialforschung reagierte damit auf Kritik von Wissenschaftlern, vor allem auf die des polnischen Historikers Bogdan Musial. Musial hatte in den "Vierjahresheften für Zeitgeschichte" (Ausgabe IV/99) im Oktober geschrieben, daß ein in der Ausstellung gezeig-

tes Bild, auf dem viele Leichen zu sehen sind, nicht eine Massenerschießung der Wehrmacht in Kraljewe (Serbien) dokumentiert, sondern die Ermordung von Gefängnisinsassen Ende 1941 durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD im galizischen Lemberg.

Musial versuchte in seinem Zeitschriftenbeitrag zu beweisen, daß wenigstens neun der Fotos der Ausstellung sowjetische Verbrechen zeigen und daß das auch bei weiteren zwei Dutzend vermutet werden kann. Der Historiker sah vor diesem Hintergrund die Glaubwürdigkeit der korrekten Zuordnung auch der übrigen Bilder der Ausstellung erschüttert. ...

Die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung wird seit mehr als 4 Jahren in Deutschland und Österreich gezeigt und hat mehr Aufsehen, Zustimmung und Widerspruch erregt als jede historische Ausstellung zuvor.<<

18.03.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 18. März 2000 (x887/...):

>>Mord an den Vätern - Die angebliche? Traditionsunwürdigkeit der Wehrmacht.

Bemerkungen zur geistigen Lage der Bundesrepublik ...

Bei der geschilderten Umwertung der deutschen Geschichte ins Negative und alles Westlichen ins Positive spielt die Wehrmachtsausstellung eine wichtige Rolle. Viele Beispiele belegen das hohe, sehr hohe Ansehen der Wehrmacht und ihrer Vorgänger.

Beispiele: 1950 bat das israelische Verteidigungsministerium mehr als eintausend Militärs und Militärhistoriker, die Streitkräfte der beiden Weltkriege zu bewerten. Wie zu erwarten war das Ergebnis eindeutig: Die deutschen Truppen wurden mit großem Abstand als die besten bewertet.

Als persönliche Reminiszenz: Im Fest- und Vortragssaal des Verteidigungsministeriums eines südostasiatischen Staates stehen als Mahnung für die jungen Offiziere drei Sentenzen. Eine von einem Chinesen. Sun Tsu, eine von Clausewitz und eine von Rommel.

Als Letztes: 1993 veröffentlichte einer der großen amerikanischen Verlage unter Mitarbeit von Wissenschaftlern aus sechzehn Nationen eine sechsbändige Enzyklopädie der Militärwissenschaften. Der Artikel "Kampfkraft" wurde von dem vielleicht bekanntesten amerikanischen Militärhistoriker, T. N. Dupuy, verfaßt. Er urteilte, die Kampfkraft der deutschen Heere sei mehr als hundert Jahre lang der Neid der Welt ... gewesen.

Diese Achtung vor dem deutschen Soldaten ist für das neubundesrepublikanische Gefühl ebenso unerträglich wie die Achtung vor den Bachpassionen, wie Belle Alliance oder Friedrich dem Großen. Also ist die Wehrmachtsausstellung willkommen. Viele Politiker und viele Intellektuelle haben auf diese Ausstellung wohl gewartet wie die Wüste auf den Regen: nur so ist die Resonanz auf die Ausstellung zu erklären, daß kaum gefragt wird, ob ein mehrfach vorbestrafter kommunistischer Funktionär und ein Reemtsma wenigstens gewillt sein könnten, uns ein zutreffendes Bild von der Wehrmacht zu vermitteln.

Helmut Schmidt hat die Ausstellung als "Masochismus" gewertet: sachlich ist sie bedeutungslos. Um so wichtiger ist sie als Indikator des geistigen Zustandes der Bundesrepublik. ...<<

Rückabwicklung der Bundeswehr

14.04.2000

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. April 2000: >>Per Losentscheid zur Bundeswehr?

Armee soll drastisch schrumpfen

Viele junge Männer werden künftig nicht mehr zum Wehrdienst einrücken müssen. Die Zukunftskommission der Bundeswehr will der Bundesregierung vorschlagen, den Umfang der Streitkräfte von jetzt 330.000 auf 240.000 Mann zu verringern. ...

Der SPD-Verteidigungsexperte Volker Kröning hat einen Friedensumfang der Streitkräfte von 250.000 Soldaten vorgeschlagen. Die Grünen wollen eine Freiwilligenarmee mit einer Frie-

denstärke von 150.000 bis 180.000 Soldaten und die Wehrpflicht abschaffen.<<

30.06.2011

BRD: Die Zeitschrift "Stern" berichtete am 30. Juni 2011: >>... Ende der Wehrpflicht "Wir dienen Deutschland" ab jetzt freiwillig

Die Wehrpflicht ist 55 Jahre alt geworden. Mehr sollen es nicht werden. Wehr- und Zivildienst werden ersetzt. Von Freitag an sollen es Freiwillige richten.

Nach 55 Jahren ist die Wehrpflicht in Deutschland Geschichte. Von Freitag an werden Wehr- und Zivildienst durch neue Freiwilligendienste ersetzt, die Männern und Frauen offen stehen. Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) will künftig mit dem Slogan "Wir. Dienen. Deutschland" die Nachwuchswerbung verstärken. Der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus (FDP) will die Bundeswehr durch verschiedene Maßnahmen attraktiver machen, um die angestrebte Personalstärke von 175.000 Soldaten zu sichern.

Die Wehrpflicht war in der Bundesrepublik im Juli 1956 per Gesetz eingeführt worden. Die ersten 10.000 Wehrpflichtigen wurden zum 1. April 1957 eingezogen. Seitdem haben insgesamt 8,3 Millionen junge Männer ihren Pflichtdienst geleistet. Die letzten 12.000 Wehrpflichtigen wurden zum 3. Januar dieses Jahres einberufen. Ihre sechsmonatige Dienstzeit endete am Donnerstag. Die Wehrpflicht bleibt allerdings im Grundgesetz verankert und kann bei Bedarf mit einfacher Mehrheit in Bundestag und Bundesrat wieder eingeführt werden. ...

Wehrbeauftragter Königshaus sagte, die Aussetzung der Wehrpflicht bedeute eine "völlige Veränderung des Charakters der Bundeswehr". ...

Er zeigte sich auch offen für die Aufnahme von in Deutschland lebenden Ausländern in die Bundeswehr. Für Bewerber ohne deutschen Paß müßte es dann allerdings auch "eine vereinfachte Möglichkeit der Einbürgerung" geben. Die Gefahr einer Entwicklung der Bundeswehr zu einer "Unterschichtenarmee" nach dem Aussetzen der Wehrpflicht sieht der Wehrbeauftragte nicht. "Wir haben zurzeit die am besten gebildete und ausgebildete Armee der Welt." Die Bundeswehr biete Bildungschancen und Aufstiegsmöglichkeiten, die es woanders nicht gebe, deswegen sehe er "die Gefahr einer Verrohung nicht".<<

16.11.2017

BRD: Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtet am 16. November 2017: >>"Das ist unfußbar "Bundeswehr kämpft mit kaputten Panzern

Die Bundeswehr sieht sich einem Bericht zufolge mit ausgeprägten Ersatzteil-Engpässen konfrontiert. Von 244 Kampfpanzern seien derzeit nur noch 95 einsatzbereit. ...

Strukturelle Mängel an der Spitze?

"Das ist unfußbar", kommentierte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich. Trotz aller Bekundungen der Spitze des Ministeriums zur Verbesserung des Beschaffungswesens lägen "tiefgreifende Mängel" vor, die struktureller Art seien, erklärte der Verteidigungsexperte.

"Wie soll die Truppe denn in Übung gehen, einsatzbereit sein, wenn ein Drittel des Bestandes schon in der Nutzung, also in Übung und Einsatz, ausfällt und nicht repariert werden kann, weil Ersatzteile fehlen und nicht beschafft werden können?", sagte Hellmich und fügte hinzu: "Es muß die Frage gestellt werden, wer die Verantwortung für dieses Desaster trägt." ...

Beim Kampfpanzer Leopard 2 handelt es sich um eines der wichtigsten Waffensysteme des Heeres. Das bis zu 65 Tonnen schwere und maximal 72 km/h schnelle Kettenfahrzeug kann aus seiner Hauptwaffe, der Glattrohrkanone im Kaliber 120 Millimeter, verschiedene Spezialgeschosse auf bis zu sechs Kilometer entfernte Ziele abfeuern. ...<<

Infolge der Steigerung von Auslandseinsätzen, Aussetzung der Wehrpflicht (ab 1. Juli 2011), der Reduzierung der Streitkräfte von 330.000 auf 180.000 Soldaten und wegen ungenügender Finanzierung ist die Bundeswehr heute von der zivilen Gesellschaft entkoppelt und praktisch nicht mehr verteidigungsfähig.

Folgen der "Frankfurter Schule"

01.11.2003

BRD: Der deutsche Jurist und Historiker Erhardt Bödecker schreibt am 1. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>Die gnadenlose und rechtlose Behandlung besiegtter Gegner reicht bis in die Gegenwart

Wehe den Besiegten

... Die kollektive Kriminalisierung aller Deutschen blieb nicht bei der Erlebnisgeneration stehen, sondern wurde auf die deutsche Geschichte ausgedehnt. Soziologen und Politologen der USA machten unsere Vorfahren ebenfalls zum Gegenstand des Schuldvorwurfs, sie konstruierten eine Kausalkette, die von Luther über Friedrich den Großen bis zu Hitler führte.

Die Berufung Hitlers auf diese Kontinuität war unberechtigt, seine geistige Wiege stand in Wien, nicht in Preußen. Das wußten die ausländischen Umerzieher. Trotzdem war eine positive Rückbesinnung auf Preußen politisch nicht erwünscht, sie war politisch nicht korrekt. Lediglich eine herabsetzende Darstellung oder, wie man heute sagt, eine kritische Darstellung der preußischen Geschichte, wurde akzeptiert. ...

Die Abtretung von Gebieten, die Zahlung von Kontributionen und die Befriedigung von Schadensersatzansprüchen gehörten auch unter dem neuen Völkerrecht zu den Folgen einer erlittenen Kriegsniederlage. Gebietsabtretungen allerdings nicht in dem Umfang, wie man sie Deutschland auferlegte. Das "Wehe den Besiegten" nach den beiden Weltkriegen bestand in der Gnadenlosigkeit und der Mißachtung des Rechts durch die Sieger, bestand vor allen Dingen in ihrem abstoßenden Überlegenheitsdünkel und in der Demütigung aller Deutschen.

Diese Demütigung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Befehl zur Umerziehung der Deutschen verschärft. Wir Deutsche verloren unsere Geschichte, die auf zwölf Jahre des Nationalsozialismus reduziert wurde.

Mit einer überdimensionierten politischen Bildungsarbeit in Universitäten, Schulen, Stiftungen, Parteieinrichtungen, Gewerkschaftsinstituten und Medien wird nicht nur das verfälschte Geschichtsbild, sondern auch die Existenz der Parteien, ihrer Funktionäre und der ungebührliche Zugriff auf die steuerlichen Mittel gerechtfertigt. Schlagworte wie Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit dienen als Knüppel in der politischen Auseinandersetzung. Mit Verfassungsschutzinstitutionen schützen sich die etablierten Institutionen, unter anderem Parteien, Gewerkschaften, Länderregierungen und Mandatsträger, vor Kritik oder ihrer Veränderung. Das alles ist Ausfluß der beiden großen Glaubenskriege des 20. Jahrhunderts. ...

"Wehe den Besiegten": ... Den Deutschen wurde ihre Geschichte genommen ...<<

12.12.2020

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jepsen erscheint am 12. Dezember 2020 folgender Bericht über die Partei "Die Grünen" (x1.014/...):

>>Die Grünen als Steigbügelhalter der globalen Finanzelite

"Nur wo Grün draufsteht, ist echte Diktatur drin" - das Plakat eines Demonstrierenden gegen die Verabschiedung des neuen Bevölkerungsschutzgesetzes irritierte mich. Und veranlaßte eine Revision meiner Geschichte mit den Grünen.

Ein Standpunkt von *Antonia von Fürstenberg*

Damals, in den siebziger Jahren, war ich jung und verliebt in einen Ökobauer aus Schleswig-Holstein. Die Grünen gab es noch nicht, dafür Alternative, die in Kommunen wohnten und staubtrockene Biobrote backten. Das Bewußtsein erweiterte sich durch LSD und Lesezirkel zu Marx und Menstruation. Anti-Atomkraft-Demos einten die Progressiven aus den Städten und die Biohippies auf dem Land. Meine Schwester, die ich als Landei so oft wie möglich besuchte, lebte in West-Berlin.

Direkt gegenüber ihrer Wohnung war eine von bärtigen Elementen frequentierte Kneipe. Da trank man Bier, rauchte Gitanes und wollte den Kapitalismus abschaffen. Im Keller wurde der

"Extradienst" gedruckt, ein von der Stasi gefördertes SEW-Organ. Als er eingestellt wurde, kam dort der "Stachel" heraus - bis heute das Organ der Grünen.

Der "Stachel" war aus der Zeitschrift "Rebell" der marxistisch-leninistischen "Revolutionären Jugend" hervorgegangen. Einige Jahre später zog ich nach West-Berlin und wurde Theater-schaffende in der alternativen Szene. Wir waren "die Guten", progressiv und kreativ. Allerdings störte mich schon damals eine Neigung zur moralischen Rigidität "der Guten", was die Meinung und das Verhalten von Andersdenkenden betraf. Erinnerste es mich doch an die Enge und Doppelmoral meiner katholisch geprägten Jugend.

Wie damals wurde auch in diesen mehr oder weniger "linksprogressiven" Bewegungen ausgeschlossen und diffamiert, wer sich nicht brav an das vorgegebene Schwarz-Weiß Narrativ hielt. Hausbesetzungen waren gut, Biobauern waren gut, Rio Reiser und die "Einstürzenden Neubauten" waren gut und in Ostberlin holte man sich billigen Lesestoff und ging ins Berliner Ensemble.

Als die Grünen 1980 gegründet wurden, wählten "die Guten" grün und lasen das Szeneblatt der Linksalternativen, die taz. "Die Schlechten" waren im kapitalistischen Schweinesystem zu finden. Konzerneigner waren schlecht. Springerpresse war schlecht. Privateigentum war schlecht, jedenfalls solange wie man selbst noch nichts hatte.

Ehen wurden verachtet und Kinder als gleichberechtigte Sexualwesen integriert in die Erwachsenenwelt. Als Mutter gefiel mir das nicht.

Dann sah ich über vierzig Jahre später Werbevideos für den "Great Reset", dem Motto des Weltwirtschaftsforums 2021: Dort wird ein junger, sympathisch aussehender Mann gezeigt, der anscheinend nur noch vor die Tür geht, um sich sein von einer Drohne geliefertes Essen abzuholen. Er arbeitet im home office, isst kein Fleisch, hat kein Privateigentum und schont die Umwelt vor Überbevölkerung, indem er auf die Zeugung von Kindern verzichtet. Die Welt ist multilateral und refugees welcome. Sollte körperlich ein Organ ausfallen, bekommt er ein neues gedruckt.

Ein "Guter" in der von Klaus Schwab propagierten "Schönen Neuen Welt" lebt vorwiegend kontaktlos. Er achtet auf seinen klimaneutralen Fußabdruck und hat der Sinnlichkeit, der menschlichen Berührbarkeit, der Unordnung und Widersprüchlichkeit des Lebens und des Denkens abgeschworen.

So jemand ist fremdgesteuert und vermeidet Kontamination mit Wahrheiten, die von denen vom Staat proklamierten abweichen. In einem anderen Video des WEF werden Horrorvisionen einer von Gesundheits-, Umwelt- und sozialen Katastrophen zerstörten Welt gezeigt. Dann, auf Knopfdruck, verwandeln sich diese in eine grüne Idylle.

Statt rauchender Schornsteine tummeln sich dank des "Great Reset" muntere Fischchen im kristallklaren Wasser.

Es ist nicht wahr, daß Reiche gegen die Klimarettung sind. Reiche mögen keine arbeitslos Herumlungernden und Dreck vor der Haustür. Sie lieben Kontrolle über andere, menschenleere Strände, gesunde Ernährung und sattgrüne Golfplätze inmitten intakter Natur.

Für sich und wenige andere. Das lassen sie den Rest der Menschheit etwas kosten. Wie der "Great Reset" aussehen wird, das verrät ein "Weißbuch" mit Vorschlägen zur Umsetzung der in dem Buch "CoviD-19 - Der große Umbruch" proklamierten Zukunftsziele. Hier einige Auszüge:

Bis zu 84 % aller Arbeitsprozesse sollen digital oder virtuell (Videokonferenzen) ausgeführt werden. Es besteht also kein direkter menschlicher Kontakt. Home office und social distancing werden zum Lebensmodell.

Etwa 50 % aller Aufgaben sollen automatisiert werden, d.h. der menschliche Input wird drastisch reduziert, auch bei der Fernarbeit.

Beschleunigung der Digitalisierung bei der Weiterbildung/Umschulung (z.B. durch Anbieter

von Bildungstechnologie). Vermittlung von Bildungseinheiten via künstlicher Intelligenz (KI) und Algorithmen statt durch menschlichen Kontakt und Austausch.

34 % der derzeitigen Organisationsstrukturen sollen *"umstrukturiert"* werden - d.h. bestehende Organisationsstrukturen werden für veraltet erklärt, um Platz für neue zu schaffen. Diese bieten durch digitale Strukturen eine umfassende Kontrolle über alle Aktivitäten der Mitarbeiter.

Durch die Umstrukturierungen entstehen Lohnskalen mit extrem niedrigen Löhnen, wodurch das ebenfalls geplante *"universelle Grundgehalt"* oder *"Grundeinkommen"* - ein Lohn, mit dem man kaum überleben kann -, unabdingbar wäre. Es würde die Bezieher abhängig von einem digitalen System machen, ohne Kontrolle über ihre Daten.

Der *"Great Reset"* sieht ein Kreditsystem vor, bei dem alle persönlichen Schulden *"erlassen"* würden - gegen Aushändigung aller persönlichen Vermögenswerte an ein Verwaltungsorgan oder eine Agentur.

Das wäre möglicherweise eine globale Institution wie der IWF. Die WEF-Videos wie das Weißbuch propagieren im Namen der Klimarettung eine Menschen wenig zuträgliche Zukunft.

Es scheint, daß in Zeiten einer "Pandemie", die rigide Maßnahmen und massive Grundrechtseinschränkungen der Regierungen begründet, die Bürger und Bürgerinnen der Welt darauf vorbereitet werden sollen, sich mit home office, social distancing und dem dauerhaften Verzicht auf Geselligkeit, Kultur und Reisen abzufinden. Das nämlich ist das Programm des großen Umbruchs eines Klaus Schwab, Gründer des WEF, und seiner milliardenschweren Mitstreiter. Viele davon aus dem Silicon Valley.

Die oppositionellen, einstmals systemkritischen Grünen unterstützen dieses Umerziehungsprogramm im Namen der Klimarettung. Sie sind zu einer Jubeltruppe der Regierung geworden. So stimmten sie mit einer Ausnahme geschlossen in der Abstimmung zum neuen "Bevölkerungsschutzgesetz" der Vorlage der CDU/SPD Regierung zu.

Erstaunlich ist auch, daß die grünen Gentechnikverhinderer jetzt in ihrem Parteiprogramm umschwenken auf eine Befürwortung der Gentechnik. Wer sich der CDU als verlässlicher Koalitionspartner andienen will, muß sich für Gentechnik öffnen. Und für eine verkürzt getestete Genimpfung eintreten, die unser Leben bedrohen und vielleicht unsere DNA verändern und diese Veränderungen vererbbar machen wird.

Die Vergesellschaftung von Eigentum hingegen paßt zu den Grundwerten der Grünen, die sich aus marxistisch-leninistischen Strömungen formte. Jetzt wird diese Ideologie reaktiviert, um den Mittelstand zu entmächtigen, ihn abhängig und lenkbar zu machen.

Allerdings legen sich hier die grünen Befürworter eines Staatssozialismus ins Bett mit der Finanzelite. Mit Inbrunst wird diese Prostitution verschleiert und zum heroischen Klimarettungsakt erklärt. Damals, in den 70ern und 80ern des 20. Jahrhunderts, waren die Grünen gegen Umweltverschmutzung und das System.

Trotz des Dogmatismus linker Fundamentalisten waren sie aber auch anarchisch, bunt und innovativ. Gegenwärtig dominiert die graue Farbe sozialistischer Einheitsdenker.

Regeln und Gehorsam, Zwang und Unterdrückung individueller Grundrechte kennzeichnen das neue grüne "Wir".

Grüne eint das traurige Symbol der Maske. Diese Lust am Masochismus wird begleitet von einer schäumenden Wut gegen Andersdenkende. Da werden Maskenfreie durch Freiburg gehetzt, Demonstrierende in Berlin von Linksgünen und der Antifa massiv angefeindet und, wie in Leipzig, zusammengetreten.

Die grüne Politikerin Claudia Roth, bekannt für ihr Overacting, gefällt sich in moralischer Entrüstung über eine Provokation eines AfD-Abgeordneten im Bundestag und verstößt dabei gegen Hygieneregeln.

Deutlich wird: Es geht nicht um die Gesundheit, es geht allein um die Macht. Heute wird die linke Forderung nach internationaler Solidarität zum Umbau von nationalen Verfassungen und demokratischen Grundrechten benutzt. Das begünstigt die Errichtung einer globalen Klima- und Hygieneschutzregierung unter weitgehender Auflösung der Nationalstaaten. Umverteilung des Kapitals durch Schuldenerlaß gegen Überlassung aller persönlichen Vermögenswerte wird glorifiziert: *"Du wirst nichts haben und du wirst glücklich sein"* (Video WEF), denn dein Staat gewährt dir ein Grundeinkommen und wacht immer über dich.

Demokratieersetzung durch "Bevölkerungsschutzgesetze" bereiten den großen Umbruch vor - mit den Grünen als klimarettendes Aushängeschild.

Die grüne Bewegung hat es weltweit geschafft, bei Regierungen anzudocken, deren Führungspersonal einerseits beste Verbindungen zu globalen Konzernen, andererseits eine gewisse Neigung zu totalitären Strukturen haben, ob sie nun Biden, Macron oder Merkel heißen. Und Grüne überschlagen sich in Anbiederungen an die noch halbwegs demokratischen Regierungen, um endlich in Machtpositionen zu kommen, die ihnen erlauben, gemeinsam mit der Hochfinanz eine "Neue Weltordnung" zu schaffen, wie sie schon im Koalitionsvertrag 2018 zwischen CDU/CSU und SPD avisiert wird.

In den auf dem WEF vertretenen Visionen sorgt der Staat für das Leben der Bürger, aber er steuert es auch bis in intimste Vorgänge hinein. Er kontrolliert Zeugung und Gebärfähigkeit durch *"planned parenthood"*, einem Instrument der Eugenik.

Auch die neue Genimpfung könnte sterilisierend wirken.

Der Staat dirigiert das digitalisierte Leben, er fördert im Sinne eines Transhumanismus die Verschmelzung von Mensch und Maschine. Allerdings diskret angeleitet durch eine globale Finanzelite, deren immenser Besitz natürlich nicht ins Allgemeingut übergegangen ist. Diese Großkapitaleigner nehmen durch finanzielle Zuwendungen mittels Stiftungen und internationalen Organisationen Einfluß auf Politik, Medien, Wissenschafts- und Gesundheitseinrichtungen.

Das Weltwirtschaftsforum ist das Instrument zur Vernetzung dieser Kapitaleigner mit Staaten, die als Erfüllungshelfer einer globalen Umstrukturierung dienen.

Junge, idealistische Klimaaktivistinnen wie Greta Thunberg und Luisa Neubauer werden umworben und in Abhängigkeitsverhältnisse hineinmanövriert. Damit Politiker mit den globalen Wirtschaftsplayern zu einem weltweiten privaten Netzwerk verschmelzen, werden sie, so sie Ehrgeiz zu skrupelloser Führung zeigen, in einem Fünfjahresprogramm zu "Young Global Leader" ausgebildet und treten dann, laut WEF-Mitteilung, einer Alumni Gesellschaft bei, *"um ihre Führungsreise abzuschließen."*

Alumni dienen als Stewards des Forum of Young Global Leader, unterstützen den Auswahlprozeß und fungieren als wertvolle Mentoren für neue Mitglieder. Unsere Alumni sind für unseren anhaltenden Erfolg von entscheidender Bedeutung, da sie neue Kooperationen oft unterstützen und anleiten und dazu beitragen, die wirkungsorientierte Denkweise der Gemeinschaft zu fördern."

Teilnehmer dieses Programms waren Jens Spahn und Emmanuel Macron. In diesem Jahr ist die Grüne Annalena Baerbock von den Alumni für das Programm auserkoren.<<

Rechtschreibreform

31.10.1997

BRD: Der "Rheinische Merkur berichtet am 31. Oktober 1997 über den Niedergang der deutschen Sprachkultur (x268/155-156): >>Viele osteuropäische Wissenschaftler mit Deutschkenntnissen sind inzwischen gezwungen, auf Kongressen in der Bundesrepublik den Kopfhörer aufzusetzen, um der Simultanübersetzung zu lauschen. Die Konferenzsprache ist Englisch. Nicht selten quälen sich deutschsprachige Wissenschaftler auf deutschem Boden vor deut-

schem Publikum auf englisch. Es ist wohl eine Art Bildungsdünkel die Ursache für die Beliebtheit des Englischen in deutschen Breiten.

... Viele Ausländer finden gerade die hektische Orientierung am angloamerikanischen Vorbild als unsouverän und provinziell.<<

29.07.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 29. Juli 2000 (x887/...): >>Ein Lehrstück über den Umgang der Politik mit deutscher Kultur

Experten schätzen, daß in Deutschland an die vier Millionen Analphabeten leben. Diese beklagenswerte, im Wachsen begriffene Minderheit darf sich dieser Tage glücklich schätzen: Sie bleibt unbehelligt von einer Farce, die den Schreibkundigen das Lachen gefrieren läßt.

Die vor erst zwei Jahren von einem Häufchen Bürokraten und Politikern selbstherrlich erlassene "Rechtschreibreform" ist gescheitert. Jetzt schickt sich die verantwortliche Kommission an, wesentliche, besonders lächerliche Teile des Machwerks höchst offiziell zurückzunehmen. Ohne die Ratschlüsse dieses restlos kompromittierten Gremiums abzuwarten, erscheint der neue Duden am 25. August bereits mit einer Reihe hausgemachter Rücknahmen der Reform.

Ohnedies haben Nachrichtenagenturen, Verlage und Zeitungen von Anfang an eigene Versionen der neuen Schreibe entwickelt. Eine unüberschaubare Zahl von Hausschreibordnungen wird dem deutschen Leser seitdem serviert.

Das Ostpreußenblatt hat, gemeinsam mit einer kleinen Schar von standhaften Medien, die "Reform" von Beginn an ignoriert. Alle großen Tageszeitungsredaktionen sind indes weitgehend mitgezogen und wissen in diesem Moment wahrscheinlich noch nicht, in welcher Orthographie ihr Blatt im September erscheinen wird.

Millionen neu angeschaffter Wörterbücher, Rechnerprogramme, Schulbibeln etc. landen jetzt im Müll, teure Nachschulungskurse waren umsonst. Das schlimmste aber ist: Nach diesem absurden Theater ist die Autorität einer zentralen, einheitlichen Rechtschreibung dahin. Ganz gleich, was irgendeine Kommission jetzt noch ausheckt, von nun an spätestens schreibt jeder wie er will. Damit ist der deutsche Sprachraum ins Mittelalter zurückgefallen. Die bedauernden Schüler, denen man wohlfeil erklärt, sie lernten nicht für die Schule sondern fürs Leben, werden bis auf weiteres mit einer Orthographie versorgt, die außerhalb der Lehranstalten nur noch Schmutzeln hervorruft.

Das Ausland klopft sich auf die Schenkel. In Frankreich etwa, wo die eigene Sprache als hohes Kulturgut besonders geachtet und gepflegt wird, mag man kaum glauben, wie die Deutschen das Idiom Schillers und Goethes zerstückeln.

Schuld an dem Fiasko haben die Politiker, die sechzehn Kultusminister nebst Ministerpräsidenten der Länder, parteiübergreifend und allesamt. In Schleswig-Holstein ging Heide Simonis gar soweit, einen Volksentscheid gegen die Reform glattweg zu übergehen: Direkte Demokratie und "Bürgerbeteiligung" ja, aber nur solange die Richtung stimmt, lautete die Kieler Marschrichtung.

Zufall oder Methode: Die Rechtschreibtragödie fiel just in eine Zeit, da Goethe-Institute reihenweise geschlossen wurden. Während andere Länder mit Eifer die Wahrung und Verbreitung ihrer Sprache weltweit vorantreiben, hat es fast den Anschein, als hätten sich in der Bundesrepublik einflußreiche politische Kreise darauf geeinigt, dem Deutschen den Garau zu machen. In jedem Falle fehlt der sogenannten politischen Elite offenkundig einiges an Respekt vor der Kultur unseres Landes.

Jetzt werden sich "Experten" abermals den Kopf zerbrechen, wie denn nun die Reform der Reform auszusehen hat. Dabei steht der - einzige - Ausweg längst fest: Ohne Wenn und Aber zurück zur alten, bewährten Orthographie. 90 Prozent der Deutschen, so wollen Schätzungen wissen, haben sie ohnehin nie aufgegeben. Doch diese Blamage werden sich die "Fachleute" und Kultusminister in jedem Falle ersparen wollen. Auf Kosten der hundert Millionen

Deutschsprachigen werden sie eine weitere Version ausbrüten, die dann im Durcheinander der diversen "Hausorthographien" verpuffen darf.

Rückblickend bleibt die Frage: Wie konnte es eigentlich geschehen, daß ein so wertvolles Gut wie die Schriftsprache ausgerechnet den Kultusministerien anheimgegeben wurde? Haben nicht gerade jene Institutionen in vierzig Jahren Schul- und Universitätsreformerei bewiesen, zu was sie fähig sind? Deutschland, das einst Wissenschaftler und Techniker in alle Welt exportierte, bittelt in Indien um Computerspezialisten. Noch ein paar "Rechtschreibreformen" und wir dürfen den Tag erwarten, da ein Bundeskanzler "Green Cards" an asiatische Deutschlehrer verteilt.<<

21.02.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Februar 2004 (x887/...): >>Die Frankfurter Allgemeine vom 16. Februar sieht die deutsche Sprache durch die weiterhin umstrittene Rechtschreibreform erheblich beschädigt:

"Das ist die bittere Einsicht im Rechtschreibstreit: Es ging noch nie um die Sache, sondern allenfalls darum, ein Projekt durchzusetzen, koste es, was es wolle. Daß damit die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung nicht nur hierzulande, sondern vor allem im Ausland erheblich beschädigt und dem Deutschen als Wissenschafts- und Kultursprache möglicherweise der Todesstoß versetzt wird, das wird zumeist nicht bedacht. Wann endlich bringt ein Politiker den Mut auf, sich für das Ende des Rechtschreibwahnsinns einzusetzen?"<<

04.09.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. September 2004 (x887/...): >>Der Schriftsteller und Humorist Vicco von Bülow alias Loriot geht in der Bild vom 26. August die Rechtschreibreform hart an und stellt sie in einen größeren Zusammenhang:

"Jede Form der billigen Vereinfachung und Verstümmelung beraubt unsere Sprache ihrer Wirkung. Wir sind auf dem Wege, unser wichtigstes Kommunikationsmittel so zu vereinfachen, daß es in einigen Generationen genügen wird, sich grunzend zu verständigen.

Keine Regierung darf es sich erlauben, eine Kulturnation zu einer Klasse von Schülern zu degradieren, denen nicht die geringste Anstrengung zumutbar ist. Es wäre mir peinlich, müßte ich mit Hilfe meiner geliebten Sprache zum Ungehorsam gegen den Staat aufrufen. Ich möchte auch nicht erleben, daß mir ein junger Mensch versichert, ihm sei es egal, woher er komme. Denn ich müßte ihm sagen: 'Dann ist es auch wurscht, wohin du gehst.'<<

11.03.2006

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. März 2006 (x887/...): >>**Demontage der Kultursprache Deutsch**

Deutliche Zeichen für die Demontage der Kultursprache Deutsch sind der stupide Umgang mit der sogenannten Rechtschreibreform und die Zerstörung der deutschen Sprache durch ein Übermaß an gezielt importierten oder gedankenlos übernommenen Anglizismen, die auch von staatlicher Seite betrieben, zumindest aber hingenommen wird. ...

Zu der stümperhaften Rechtschreibreform stellte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) fest, sie sei "ein famoses Beispiel dafür, wie mühsam die Politik gelegentlich Lösungen für Probleme sucht, die sie selbst ohne Not geschaffen hat".

Er kommentierte damit den am vorletzten Donnerstag gefaßten Beschluß der Kultusministerkonferenz, einige der am meisten kritisierten groben Mängel der Rechtschreibreform wieder zu beseitigen und zugleich "wahlweise" Lösungen dort zu erlauben, wo einige reformierte Schreibweisen dem Schreibempfinden allzusehr entgegenstanden. Der niedersächsische Kultusminister Bernd Busemann (CDU) meinte nach dem Änderungsbeschluß: "Wir sind am Ende eines qualvollen Weges."

Die 1996 von Staaten des deutschen Sprachraums beschlossene Rechtschreibreform, die für

Ämter und Schulen vom 1. August 1998 an gilt und deren Ziel es war, die Rechtschreibung zu vereinfachen, wurde zu einer politischen Blamage, an deren Ende die Auflösung der Einheitlichkeit der Rechtschreibung in diesem deutschen Sprachraum stehen könnte. Jedenfalls ist die "Ruhe an der Rechtschreibfront" noch nicht abzusehen, und statt eines Reglements zeichnet sich ein Durcheinander ab. ...<<

11.11.2006

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. November 2006 (x887/...): >>**Treu zur Sprache**

Auch nach zehn Jahren hat sich die Rechtschreibreform nicht durchgesetzt

Die Deutschen wissen, daß ihre Sprache der wichtigste Kulturträger ist - und sie halten diesen Besitz hoch. Die Sprache in Schrift und Wort erschließt das kulturelle Erbe.

Zehn Jahre nach dem verhängnisvollen Beschluß der Kultusminister, die deutsche Sprache einer Rechtschreibreform zu unterwerfen, lehnt eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger die neuen Schreibregeln ab. Nach einer Umfrage, die die Zeitschrift "Deutsche Sprachwelt" zum Tag der deutschen Sprache 2006 veröffentlichte, lassen 56 Prozent der Befragten nur die traditionellen Rechtschreibregeln gelten, 16 Prozent richten sich nach einem eigenen Regelwerk, lediglich 28 Prozent halten sich an die neue Staats-Orthographie.

Und nicht alle aus freien Stücken: Da viele Unternehmen entschieden haben, für ihren Schriftverkehr die reformierten Regeln anzuwenden, fühlen sich 60 Prozent der Berufstätigen dazu verpflichtet, aber fast die Hälfte aus dieser Befragten-Gruppe ist "Neuschreiber" gegen die eigene Überzeugung.

Das Erlanger Unternehmen "Textfex" hatte diese Zahlen erhoben, indem es Bundesbürger verschiedener Alters- und Berufsgruppen nach dem Zufallsprinzip auswählte und befragte. Die Untersuchung förderte auch zutage, wie sprachempfindlich die Deutschen, jedenfalls die angesprochenen Bürger mit "Bildungshintergrund" sind. 36 Prozent der Befragten wenden sich von Waren oder Dienstleistungen ab, wenn diese fehlerhaft oder schlecht beschrieben werden, 37 Prozent sind allerdings schon so abgehärtet, daß sie sich trotz schlechter Texte nicht den Konsum verleiden lassen.

Immerhin 18 Prozent bekommen das Erbarmen mit den Sprachtrotteln und würden sogar mehr bezahlen, wenn dafür Bedienungsanleitungen oder Produktwerbung besser geschrieben wären. Überhaupt: Medien und Werbewirtschaft werden häufig für schlechtes Deutsch getadelt (14 und elf Prozent der Fälle), einsame Spitzenreiter bei den Sprachschlampen sind aber jene Personen, die sich zum öffentlichen Leben rechnen lassen.

Der "Verein Deutsche Sprache" (Dortmund), der nächste Woche in sein zehntes Jahr geht und nach seinen Angaben inzwischen schon 27.000 Mitglieder zählt, und die anderen Sprachschützer müßten sich jetzt einer zweiten Aufgabe stellen: Da immer mehr junge Menschen kaum noch lesen wollen, dafür aber länger Radio hören, müssen die Rundfunk-Beiträge als Sprachvorbild kritisch analysiert werden.

In vielen Sendungen, auch bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten, wird nach täglicher Beobachtung nur noch Rumpfdeutsch gesprochen mit einem bedenklich hohen Anteil englischer Vokabeln - die oft genug sogar sinnwidrig gebraucht werden. Schmerzhafte wird die Rundfunk-Sprache, wenn es um Feinheiten der Grammatik geht, etwa um die Zeitenfolge zwischen Haupt- und Nebensatz. Solche Sprachästhetik gibt es höchstens noch auf Papier, von geübten Schreibern.

Und: Zum Glück gibt es immer noch gute Stimmen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, aber die Sprachliebe scheint auch dort eine Generationenfrage zu sein. Junge Sprecher haben nicht nur Vokalklang frei nach Schnauze, sondern auch, wie es sich anhört, eine tiefe Abneigung gegen korrekte Konsonanten. Das "r", immer schwer zu sprechen, wird regelmäßig zu einem langen "a" gequält. Wenn die Intendanten weiter so wenig Wert auf Sprechausbildung legen,

geht auch noch die phonetische Qualität ihrer "Sendah in den Kellah".<<

DDR 2.0

11.03.2000

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 11. März 2000 (x887/...):
>>Ein unterschätztes "Mädchen"

Angela Merkel dürfte im April an die CDU-Spitze gelangen

In der Partei nennt man sie "das Mädchen". Doch der Spitz- oder Kosename ist eine Unterbreitung. Machtbewußt wie kaum ein anderer Politiker hat Angela Merkel ihren Durchmarsch an die Parteispitze fast geschafft. Wenn nicht alle Eindrücke täuschen, dürfte die 45jährige Pastorentochter aus Mecklenburg-Vorpommern am 10. April als Nachfolgerin von Wolfgang Schäuble an die CDU-Spitze gewählt werden. Damit wird die CDU künftig mehr nach links driften, wenn die Bundestagsfraktion mit ihrem neuen Vorsitzenden Friedrich Merz nicht gegensteuert.

Der unaufhaltsame Aufstieg der Angela Merkel begann mit der verlorenen Bundestagswahl 1998, nachdem sie in den letzten Jahren der Kohl-Ära als Umweltministerin und stellvertretende CDU-Vorsitzende eine unauffällige Rolle gespielt hatte. Kohl hatte die aus dem "Demokratischen Aufbruch" der DDR kommende Politikerin in den wilden Wendezeiten entdeckt, weil sie ihre Arbeit als stellvertretende Regierungssprecherin des letzten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere vorzüglich verrichtete. Fortan stand sie im System Kohl für die Ost- und Frauenquote.

Erst Schäuble erweckte die in der Rostockerin - in Hamburg geboren - steckenden Talente und beförderte sie, nachdem er den CDU-Chefsessel von Kohl übernommen hatte, zur Generalsekretärin. Eloquent ging Frau Merkel ans Werk. In der Familienpolitik setzte sie mit dem im Dezember verabschiedeten Grundsatzpapier andere Akzente. Seitdem gehören für die CDU homosexuelle Lebensgemeinschaften auch "irgendwie" zu den Familien.

In der aktuellen Finanz- und Spendenkrise spielte Frau Merkel die Rolle der rückhaltlosen Aufklärerin. Da sie nicht mit dem Finanzsystem des "Patriarchen" in Verbindung gebracht werden konnte, stand sie im Gegensatz zu dem sich immer stärker selbst verstrickenden Schäuble im Ruf einer glaubwürdigen Politikerin. ...

Die alten Herren der CDU haben "das Mädchen" unterschätzt.<<

03.04.2004

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. April 2004 (x887/...): >>Auf dem Weg zu einer "DDR light"?

... Instrumentalisierter Antifaschismus war schon als Aushängeschild und Drohgebärde unverzichtbar für das DDR-Regime. Sind nun im wiedervereinigten Deutschland an die Stelle der im SED-Staat alles beherrschenden "Sieger der Geschichte" heute die fast ebenso einflußreichen "politisch korrekten" Gutmenschen getreten? ...

Wer heute eine "rechte" Position bekämpft, muß sich - ebenso wie dereinst in der DDR - damit nicht inhaltlich auseinandergesetzt haben, braucht weder Sekundärliteratur noch Quellen, sondern muß nur allgemeines Einverständnis mit den "Anständigen" und "Gutwilligen", nur seine "Betroffenheit" signalisieren. Im Unterschied allerdings zu den Zeiten der organisierten Antifa-Aufmärsche der SED-Ära geschieht heute die fröhliche Hatz auf "Rechte" völlig freiwillig. ...

Jedem im konservativen Lager Stehenden hätte eine gewalttätige Vergangenheit wie die des Joschka Fischer politisch das Genick gebrochen. Ideologische Jugendsünden werden eben nur dann verziehen, wenn sie aus der linken Ecke kamen. Sympathisantentum ist nur dann "in", wenn es Marx und Lenin, Mao und Ho Chi Minh galt.

Argumente, daß Grenzen zwischen Opfern und Tätern oft fließend seien - besonders in Dikta-

turen, daß man alles in seiner historischen Bedingtheit sehen müsse und jeder ein Kind seiner Zeit und seiner Umwelt sei und daß deshalb Pauschalisierungen stets problematisch seien - solche Argumente kann sich zwar jeder Russe zugute halten bezüglich der sieben Jahrzehnte unter Lenin, Stalin, Breschnew und Konsorten, sie gelten jedoch nicht für die Deutschen im 21. Jahrhundert bezüglich der zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches.

Deshalb muß noch immer "bewältigt" werden, müssen wir auch fast sechs Jahrzehnte nach Kriegsende noch immer die potentiellen "willigen Vollstrecker" ... als TV-Serien-Monster zur Abschreckung vorgeführt bekommen - und sei es bis zum Erbrechen! Unter der "Moralkeule" des Holocaust muß sich jede neue Generation immer wieder erneut als zur Erbsünde verdammt Volk fühlen.

Kann es da noch verwundern, daß auch die CDU/CSU - unter dem permanenten medialen Druck stehend, die letzten "alten Zöpfe" doch endlich abzuschneiden und endlich "moderner" zu werden - in panischer Angst lebt, in den Verdacht des "Rechtsextremismus" zu geraten, und immer "zeitgeistschnittiger" wird? Nachdem die Parteiführung in der Abtreibungsdebatte schon längst die Segel gestrichen hat, läßt sie nun auch die Homo-Ehe unangetastet, schreibt klammheimlich das christliche Ehe- und Familienbild ab, akzeptiert Deutschland als Einwanderungsland.

Typisch insbesondere ihr Umgang mit Parteifreunden wie Philipp Jenninger, Steffen Heitmann oder Martin Hohmann, aber auch die von ihr selbst angeregten und schnell wieder abgewürgten Debatten über Doppelstaatsbürgerschaft, Leitkultur oder Patriotismus. Bei all dem folgt sie nicht nur den Vorgaben des linken Medienkartells, sondern auch den beiden Kirchen, die "mit heraushängender Zunge atemlos japsend der Zeit hinterherlaufen", wie seinerzeit schon Kurt Tucholsky erkannte.

Der englische Bestseller-Autor Frederick Forsythe schrieb hierüber im Juni 2000 einen Brief an den CDU-Politiker Erwin Teufel. Forsythe nannte die "Political Correctness" in Deutschland eine "neue und absurde Religion, die die Herrschaft in Ihrem Vaterland, Herr Ministerpräsident, übernommen zu haben scheint".

Und an anderer Stelle: "Ein bedeutender britischer Konservativer sagte einst zu einem politischen Gegner: 'Mein Herr, ich lehne alles ab, was Sie sagen, aber ich würde bis zum Tode für Ihr Recht kämpfen, es sagen zu dürfen.'

Die PC-Fanatiker haben das ins Gegenteil verkehrt: 'Ich lehne alles ab, was Sie sagen, und ich werde bis zu Ihrem beruflichen und politischen Tod kämpfen, wenn Sie auch nur versuchen sollten, es zu sagen.'

Das ist, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, der Grund, warum ich heutzutage beunruhigt bin, wenn ich nach Deutschland komme. Statt lebendiger und offener Debatte gibt es hier nur Friedhofsruhe."

Kann es da noch verwundern, daß manche schon davon sprechen, die Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts nähere sich einer "DDR light" an?<<

Die CDU-Politikerin Angela Merkel wurde am 22. November 2005 zur Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Nach der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "Vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet.

Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die Demokratie zwangsläufig auf der Strecke, denn eine unabhängige Demokratie steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt"). Die privaten Zeitungen und Zeitschriften sowie die öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten entwickelten sich schließlich zu linkslastigen Propagandamedien, in

denen mehrheitlich keine ausgewogene, neutrale oder unabhängige Berichterstattung und freie Meinungsäußerungen mehr stattfanden.

Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima entschied sich Bundeskanzlerin Merkel für eine Kehrtwende in der deutschen Atompolitik. Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgermerkt derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

Im Jahre 2015 gab die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (ohne Zustimmung des Bundestages) das große Willkommenssignal. Daraufhin kamen mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten unkontrolliert und nicht registriert nach Deutschland. Bei diesen angeblich politisch Verfolgten (gemäß Grundgesetz Artikel 16a), Kriegsflüchtlingen (gemäß Genfer Konvention) und Wirtschaftsmigranten handelte es sich hauptsächlich um muslimische Männer, vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie den Maghrebstaaten (Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen) und der Sahelzone (u.a. Nigeria und Eritrea).

Wer es wagte, diese selbstmörderische "Asylpolitik" bzw. den Anfang einer systematischen Umvolkung zu kritisieren, wurde durch die Meinungsmedien sofort als Nazi beschimpft und ausgegrenzt. Kanzlerin Angela Merkel beschloß praktisch im Alleingang, mindestens 1,1 Millionen Flüchtlinge und Migranten ins Land zu holen.

Das US-Magazin "TIME" wählte Angela Merkel im Dezember 2015 zur "Person des Jahres" (x323/43).

Infolge der illegalen Masseneinwanderung aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika explodierten nachweislich die "asylbedingten Kosten". Allein für 2016/17 ging das Bundesfinanzministerium von etwa 43 Milliarden Euro aus. Diese "asylbedingten Kosten" sind zukünftig jährlich von den deutschen Steuerzahlern aufzubringen. Im Jahre 2017 stellte Bundeskanzlerin Merkel ("Wir schaffen das ...") vor der Bundestagswahl nochmals klar, daß es mit ihr keine Obergrenze für Flüchtlinge geben wird und weiterhin ein verstärkter Familiennachzug erfolgen sollte.

Die von Bundeskanzlerin Merkel angeordneten politischen Destabilisierungsmaßnahmen (Beispiele: Beseitigung der bisherigen stabilen Stromversorgungssicherheit durch die sog. Energiewende, unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten gemäß ESM-Vertrag, Masseninvasion von Migranten infolge der illegalen Grenzöffnung im Jahre 2015) dienen nicht dem Wohle des deutschen Volkes und fügten der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu.

Die arglistig durch die eigene Regierung eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen werden die staatlichen Institutionen und den deutschen Industriestandort unweigerlich komplett ruinieren sowie die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und letzten Endes das gesamte Land unaufhaltsam zerstören.

Oktober 2021

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 10/2021 berichtet im Oktober 2021: >>>16 Jahre Merkel: Eine Höllenfahrt

_ von Werner Brüningner

Die Kanzlerschaft der Rautenfrau wird ein dunkler Fleck in der deutschen Geschichte bleiben. Bilanz eines Systemwandels.

Als farblose Kandidatin war die scheidende Kanzlerin einst angetreten. Nahezu perfekt hatte es die Physikerin verstanden, sich nach der Wende 1989 chamäleongleich anzupassen. Ihr Aufstieg in der CDU vollzog sich zunächst unauffällig und still, ja beinahe klandestin (heimlich). Eine Frau ohne Eigenschaften, Überzeugungen und Werte. Zur richtigen Zeit am rechten Ort, von Helmut Kohl und maßgeblichen Parteigranden gefördert - nur so konnte diese mediokre Gestalt emporkommen.

Lange hatten Freund und Feind Merkels ausgeprägten Machtinstinkt und ihre Chuzpe sträflich unterschätzt. Vor ihrer Bindungs- und Ortlosigkeit, ihrem eigentümlich unausgelüfteten, neurotisch verklebten Charakter, der Vulgarität ihrer Züge, den trüben Fischaugen und dem Medusenhaften ihres Wesens schien man nur durch den Schild eines Perseus gefeit.

Die ganze Banalität, die sie umgab, zeugte zu keiner Zeit von irgendeiner Würde des Geistes und barg auch kein Geheimnis. Ihre teigige Erscheinung und der lispelnde Sprachgestus eines aufmüpfigen Kindes schienen tatsächlich in einer Korrespondenz zu stehen mit den irren Vabanquespielen, deren unheilvolle Folgen sie den Deutschen jahrzehntelang in selbstherrlichster Manier aufnötigte.

Ihre abgrundtiefe Unkenntnis der deutschen, europäischen und Weltgeschichte und ihr Hofieren der Klima- und Genderhysteriker taten ein Übriges und flankierten die babylonischen Verhältnisse, die bald eintraten.

Die Volksfeindin

Merkel machte Politik für Unpolitische, zugeschnitten auf den herunternivellierten Homo bundesrepublicanus. Ihre eigene Partei entkernte sie bis zur Unkenntlichkeit. Unliebsame Kritiker, wie noch verbliebene Konservative oder christliche Lebensschützer, ließ sie zeitig verbannen und ersetzte sie durch eine Clique ihr ergebener, vornehmlich weiblicher Jasager und dilettantischer Nichtskönner, die der Lebenswirklichkeit der einfachen Menschen völlig entfremdet waren und sich den Staat restlos zur Beute machten.

Mit ihrer gesetzwidrigen Entscheidung, im Sommer 2015 Millionen Fremde ins Land eindringen zu lassen, setzte Merkel eine künstlich erzeugte Völkerwanderung in Gang und gab das definitive Startsignal für den großen Austausch. Und während der ungarische Ministerpräsident die Grenzen seines Territoriums mit fünf Meter hohen Zäunen abriegeln ließ, reißt der endlose Strom einer geduldeten Conquista bis heute nicht ab.

Weder das selbstkastierte Parlament, das ihr diesen frechen, eklatanten Rechtsbruch einfach durchgehen ließ, noch diejenigen, "die schon länger hier leben", hatte sie zuvor befragt. Nach außen hin stets unterwürfig, nach innen verächtlich gegenüber dem Eigenen - so balancierte sie sich über ihre Amtszeit hinweg.

"Ist mir egal", ließ die Chefnihilistin seinerzeit verlauten, "ob ich schuld bin am Zustrom der Flüchtlinge, nun sind sie halt da." Übermütig krächte sie, das Volk sei ja schließlich "jeder, der in diesem Land lebt". Und natürlich: "Wir schaffen das!" Deutschland müsse sich eben "verändern", schwadronierte sie einfältig. Es ist dies der hoffärtige Jargon der einstigen FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda, den sie niemals ablegte. Ungläubig fragt man sich damals wie heute, ob die Handlungen dieser Unseligen wirklich noch aus einer gesunden Geistesverfassung herrühren konnten. Und es zeigte auch, daß sie letztlich nichts anderes war als ein Lakai überstaatlich agierender Pressure-Groups.

Assassinen ziehen seitdem ihre Blutspur durch Deutschland und Europa. Schwer bewaffnete Familienclans in No-go-Areas bestimmen, was Recht ist und was Unrecht. Morde, Vergewaltigungen, Diebstähle, Erpressungen und aufdringliche Okkupation des öffentlichen Raumes sind an der Tagesordnung. Zahlreiche Kindergärten stehen unter islamistischem Einfluß, an vielen Schulen terrorisieren jugendliche Migrantengangs deutsche Schüler, vor allem Christen und Juden sind die Opfer. Eine restlos kaputtgesparte Polizei hütet sich einzuschreiten.

Wir aber sollen zu all dem nach den Worten der Ex-Kanzlerin auch noch ein "freundliches Gesicht" zeigen. Ihr zerstörerischer Plan der Integration von Millionen kulturfremden Migranten ist grandios gescheitert, ebenso ihr brüchiger, auf Erpressung begründeter Pakt mit dem türkischen Wesir. Für die vielen Opfer ihres Tuns - oder besser: ihres Unterlassens - hörte man von ihr niemals auch nur irgendeine Art von Schuldeingeständnis oder ein Wort der Reue. Bis heute scheint Merkel nicht willens, ihre Schuld zu begreifen. Und sie steht wie ein Sinnbild für die Unfähigkeit zu trauern.

Unter dem trügerischen Schein weitgehender Liberalität hatte man in ihrer Ära die übertragene Macht zur Willkür geschändet. Die Deutschen selbst aber tragen einen großen Anteil Mitschuld, denn sie hatten sie in Wahlen mehrfach hintereinander legitimiert und marschierten im Zuge der Lemminge größtenteils freudig mit. Viel zu lange erduldeten sie die schleichende Despotie, begeisterten sich für das Allerfremdeste und schluckten willig alles, was von oben kam. Unter der Ägide der Dauerkanzlerdarstellerin gaben sie ihre ihnen gemäße Art weitgehend auf: ihre religiöse Subjektivität und ihr Rechtsempfinden, ihre soldatischen Tugenden, ihre ästhetischen und musischen Dispositionen. Ihre Potenz jedoch wurde dabei verbraucht.

Die Antidemokratin

Unter Merkels Stabführung mutierte die einst stabile deutsche Demokratie binnen weniger Jahre zu einem Spottgebilde, in dem es keine Luft zum Atmen, zur freien individuellen Entfaltung und ungehinderter Meinungsäußerung mehr gibt. Unter dem Mäntelchen einer universalen Humanitas und vermeintlicher Alternativlosigkeit camouflierte sie ihren Abscheu gegen das Eigene.

Ein System aus Worthülsen hatte sich etabliert, das sich, begleitet von zerschmetterten Werten, über alle Bereiche der euphemistisch bejubelten, gottlosen Zivilgesellschaft erstreckt, assistiert von einem Scheinparlament, in das erst die Alternative für Deutschland wieder abweichende Meinungen einbrachte. Die AfD, das ist eine jener "kleinen Gruppen aus unserer Gesellschaft, die sich anmaßen zu definieren, wer das Volk ist", hieß das in echt Merkelscher Diktion.

Wie von einem unstillbaren inneren Zwang gelenkt, schien sie immer das zu tun, was den Deutschen über viele Generationen hinaus unermesslichen Schaden zufügen würde. Gleich einer Nachtwandlerin, die sich mit entflammtem Streichholz in ein Dynamitdepot begibt, suchte diese Herostratin (Verbrecherin aus Geltungssucht) stets aufs Neue irgend etwas, das Feuer fangen konnte. Während einer Auslandsreise befahl sie in nie zuvor gesehener Hybris gar, daß die demokratische Wahl eines Landesoberen, die ihr nicht genehm war, "rückgängig" gemacht werden müsse. Und sie wurde rückgängig gemacht: ein seit dem Preußenschlag 1932 in Deutschland wohl einmaliger Fall. Das Schlimmste aber war, daß sie sich dabei dennoch als lupenreine Demokratin wähnte.

Ihre im Taumel völligen Mißverständnisses und bar jeder Liebe zu ihrem Volk vollzogene Politik war nicht nur grenzenlos dumm, sondern darüber hinaus unsagbar zerstörerisch. Anders aber als die alten grauen Gestalten im SED-Zentralkomitee im Herbst 1989, die wohl bei aller ihnen innewohnenden Borniertheit und Beschränkung dennoch eine vage Ahnung ihres völligen Scheiterns hatten, fehlten Merkel Größe, Einsicht und Weisheit, welche ihr die Umkehr hätten anraten müssen.

Künftige Historikergenerationen werden sich einmal fragen, ob ihre Regentschaft nicht einfach nur ein schauerliches Zwischenspiel der Geschichte gewesen sei. Und ob in ihrer Amtsführung nicht lediglich ein unglückseliger Umstand lag, der einer inferioren Minderbegabung mehr oder weniger durch Zufall das Zepter in die Hand gespielt hatte.

Ruchlosigkeit regierte, niedere Dämonen hatten Einzug gehalten.

Die Pandemie kam ihr am Ende der Amtszeit äußerst gelegen. Sofort nutzte sie die Unsicherheit in der Bevölkerung aus, um ihre Pläne am Parlament vorbei zu mauscheln und notdürftig rechtskonform zu drapieren. Wer sich dagegen wehrte, war plötzlich ein sogenannter Verschwörungstheoretiker. Und bei den Herrschenden in Politik und Medien wurde, ohne jede Hemmung oder Scham, wieder das DDR-Vokabular von der "Zersetzung" und der "staatsfeindlichen Hetze" en vogue.

Die Verfluchte

Die Herrschaft Merkels bedeutete eine tiefe Veränderung für das Seelenheil der zuvor noch halbwegs gesunden deutschen Nation. So glichen diese Jahre einem düsteren Interregnum, in

dem die Ruchlosigkeit regierte und niedere Dämonen Einzug gehalten hatten. Mit ihrem baldigen Abgang ist ein bössartiger Bannfluch von diesem Land genommen.

Ihre fürchterliche Bilanz gleich einer Höllenfahrt: Deutschland wurde zu einem Failed State. Europa ist tief gespalten, die Bundeswehr entmannt und die Wirtschaft ruinierte. All dies wird flankiert von denunziatorischem Blockwartmief, Hexenjagden auf Oppositionelle, irrsinnigen Auslandseinsätzen, kultureller Verwahrlosung, hektischem Atomausstieg, Sanktionierung der Homo-Ehe und Genderterror.

Ihr Handeln konnte und durfte kein gutes Ende nehmen - und muß früher oder später juristisch geahndet werden. Ihr eigenes Volk aber hat sie in einer unklaren Verantwortlichkeit für all ihre Hasardspiele zurückgelassen, und es mag ihr Glück sein, nicht in Zeiten leben zu müssen, in denen verhaßte Potentaten vom Pöbel noch durch die schmutzigen Gassen ihrer Kapitalen geschleift wurden. Kommende Geschlechter aber werden ihren Namen verfluchen.

*Werner Bräuninger (*1965) ist Autor zahlreicher Sachbücher zu Themen der Zeitgeschichte, darunter Claus von Stauffenberg. Die Genese des Täters aus dem Geiste des Geheimen Deutschland" (2002) und "Dux: Mussolini oder der Wille zur Macht" (2018). Zuletzt erschien sein apokalyptischer Roman "Was wir lieben mußten". ...<<*

Die 4. Gewalt der Medien

31.10.2014

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 31. Oktober 2014 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die 4. Gewalt der Medien (x946/...): >>Der Journalismus als Herrschafts-Instrument

Die Medien können heute dem Menschen die Möglichkeit umfassender Information und Horizontenerweiterung bieten. Dies setzt aber eine wache Haltung voraus, in der er nicht einfach naiv oder autoritätsgläubig übernimmt, "was schwarz auf weiß geschrieben steht" oder mit sonorer Stimme von "da oben" verkündet wird, sondern es selber durchdenkt und auf seine Stimmigkeit überprüft.

Eine solche Haltung ist indessen noch nicht weit verbreitet, wie man in den Redaktionen sehr wohl weiß. So sind die Medien außerordentlich wirksame Instrumente der Beeinflussung und Meinungsmache, da die von ihnen verwendeten Begriffe unmittelbar in das Bewußtsein der Menschen eindringen, dieses unbemerkt prägen und so Verhalten und Handeln großer Massen steuern können.

Daher haben die modernen Machtstaaten das größte Interesse daran, die Medien direkt oder indirekt in ihren Dienst zu stellen. In Diktaturen versteht sich die mediale staatliche Propaganda von selbst. Daß dies in "Demokratien" nicht anders ist, nur versteckter stattfindet, dafür müssen die meisten Menschen erst aufwachen.

Macht braucht Medien

Die Macht ist darauf angewiesen, daß sie durchgehend funktioniert, d.h. daß der Wille der Herrschenden, der sich in Gesetze und Verordnungen ergießt, befolgt und notfalls von den Staatsdienern mit den verschiedenen Mitteln des Zwanges durchgesetzt wird. Die Herrschaft funktioniert um so besser und reibungsloser, je bereitwilliger die Untertanen den Willen der Herrschenden ausführen und ihr Leben danach einrichten.

Diese Bereitwilligkeit kann in dem Maße erzeugt werden, als die Herrschenden Sinn und Notwendigkeit ihrer Vorhaben den Untertanen durch öffentliche Verlautbarungen und Erklärungen so nahe bringen, daß diese sie einsehen oder zumindest durch den Druck einer entstandenen "öffentlichen Meinung" für sich keine andere Möglichkeit sehen und sich daher fügen.

Diese "öffentliche Meinung" kann nur durch dienstbare Journalisten hergestellt werden, aus deren möglichst flächendeckenden Informationen, Kommentaren und Diskussionen die Sug-

gestion einer "öffentlichen Mehrheitsmeinung" aufsteigt, die dem Willen der Herrschenden entspricht. Sie wird daher zu Recht "veröffentlichte Meinung" genannt.

In Diktaturen wurde und wird diese Arbeit der Medien am Bewußtsein der Menschen offen als Regierungs-Propaganda (lat. propagare - verbreiten) bezeichnet, die von einem entsprechenden Propaganda-Ministerium (nach Orwell: "Wahrheits-Ministerium") gesteuert wird.

In den modernen "demokratischen" Machtstaaten verbietet sich das, da es darum geht, den demokratischen Schein zu wahren. Hier erhalten die Medien offiziell den Rang einer unabhängigen Instanz, welche die drei klassischen Gewalten der Legislative, Exekutive und Judikative als vierte Gewalt zu kontrollieren habe.

Abgesehen davon, daß die Unabhängigkeit der drei klassischen Gewalten durch das Parteiensystem, das alle drei durchdringt, längst nicht mehr besteht, ist auch eine unabhängige Presse als vierte Gewalt eine täuschende Fassade. Denn, wie wir gesehen haben, bedürfen die "demokratischen" Machthaber für das Funktionieren ihrer naturrechtswidrigen Macht, d.h. zur Überwältigung des Willens der Untertanen, ebenfalls der Medien, die sie sich daher auf alle mögliche versteckte Weise dienstbar machen, wozu natürlich auch gehört, sie mit Journalisten, die einer Regierungspartei angehören oder ihr nahe stehen, zu durchsetzen.

Daß auch in der "Demokratie" die Medien, besonders natürlich die parteiverseuchten staatlichen Fernsehanstalten, Propaganda-Agenturen der herrschenden Politik sind, ist gegenwärtig an der geradezu zum Krieg hetzenden "Ukraine-Berichterstattung" für jedermann offensichtlich geworden.

Und zum Glück rebellieren auch immer mehr Menschen dagegen. Elisabeth Noelle-Neumann, die Gründerin des Umfrageinstitutes Allensbach, machte schon früh darauf aufmerksam. Sie sagte einmal zu dem damaligen FAZ-Journalisten Udo Ulfkotte. "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit."

Die weltweit angesehene Meinungsforscherin und Professorin für Kommunikationswissenschaften war eine der wenigen unabhängigen Köpfe in der öffentlichen Arena und erfreute sich in den Medien keiner Beliebtheit, *"weil sie etwas auszusprechen wagte, das in Deutschland als Tabu galt: die systematische Beeinflussung und Steuerung von Menschenmassen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Noelle-Neumann nannte es die "Schweigespirale", wenn Massenmedien wie das Fernsehen Minderheitenmeinungen öffentlich als Mehrheitsmeinungen darstellten und die Menschen nicht aufmuckten, sondern aus Angst vor sozialer Isolation einfach dazu schwiegen.*

Aus der Schweigespirale, als wissenschaftliche Theorie in der Kommunikationsforschung von Noelle-Neumann schon in den 1970er-Jahren formuliert, ist in den seither vergangenen Jahrzehnten ein noch weitaus mächtigerer und bösartigerer Dämon geworden, der uns Bürger heute rund um die Uhr fest im Griff hat. Er manipuliert uns. Und dieser Dämon lügt. Vor allem in Kriegen."

Es erhebt sich die Frage, wie und wo die verborgene Verzahnung von Macht und Medien in Deutschland konkret geschieht.

Wer hat die Macht in Deutschland?

Nun ist aber zum Verständnis des politischen Willens der Herrschenden die Erkenntnis wichtig, daß es nicht ihr originär eigener ist, daß sie nicht die wirklich Herrschenden sind.

Abgesehen von der Einbindung Deutschlands in den Beinahe-Bundesstaat EU, der bereits ca. 80 % der Gesetze des Bundestages vorgibt, sind nach der nüchternen Feststellung des US-Geostrategen Brzezinski Westeuropa und Mitteleuropa und damit auch die EU amerikanisches Protektorat, tributpflichtige Vasallenstaaten. Sie bilden den geostrategischen Brückenkopf des US-Imperiums für die Ausdehnung seiner indirekten und direkten Herrschaft nach Zentralasien.

Dieses Unterordnungsverhältnis wird notdürftig als "transatlantische Partnerschaft", als ein Bündnissystem von befreundeten Staaten kaschiert, das Brzezinski ironisch ein System der indirekten und scheinbar konsensbestimmten Hegemonie der Vereinigten Staaten nennt, in dem diese im Mittelpunkt eines ineinander greifenden Universums stehen, in dem die Macht durch dauerndes Verhandeln, im Dialog, durch Diffusion und dem Streben nach offiziellem Konsens ausgeübt wird, selbst wenn diese Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington, ausgeht.

In einem Anfall von Aufrichtigkeit gestand Wolfgang Schäuble am 18.11.2011 auch ein: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Zu diesem indirekten Herrschaftssystem gehört die Einbindung in das US-geführte europäische Söldnerheer der NATO, in dem die Vasallenstaaten die Herrschaft und Ausbreitung des US-Imperiums auch militärisch unterstützen müssen.

Ein wesentliches Element der indirekten US-Herrschaft über die Vasallenstaaten ist nach Brzezinski die Einflußnahme auf deren Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien, d.h. ihre psychische und karrierefördernde Einbindung in die Interessen und Ziele der USA.

Diese Einflußnahme und Einbindung der Eliten geschieht in Deutschland in transatlantischen Organisationen wie *Atlantik-Brücke*, *Aspen-Institut*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Atlantische Initiative*, *American Academy*, *American Jewish Committee*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik*, *European Council on Foreign Relations* und anderen, die als private Vereine mit hehren Zielen der deutsch-amerikanischen Freundschaft und der Völkerverständigung auftreten.

Im nicht jedermann zugänglichen Inneren werden aber in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen Elite-Zirkeln und dem CIA "young-leaders" (junge Führer) für Führungsaufgaben primär in Politik und Medien herangebildet. Dies öffnet ihnen den Zugang zu weiteren US-dominierten Zirkeln und Veranstaltungen. "Es ist wie eine Gehirnwäsche. Nur merken die deutschen Teilnehmer in der Regel nicht, daß sie einer proamerikanischen Gehirnwäsche unterzogen werden."

Verzahnung

Hier werden also die maßgebenden politischen Marionetten und journalistischen Propagandisten gemeinsam vorbereitet und indoktriniert, und sie unterstützen oder auch ermahnen sich gegenseitig für die amerikanischen Interessen. Neben führenden Politikern wie Angela Merkel, Thomas de Maiziere, Helmut Schmidt, Hans-Peter Friedrich, Cem Özdemir, Peter Altmeier, Karl-Theodor zu Guttenberg z.B. sind oder waren Alpha-Journalisten wie Kai Diekmann (Bild), Günther Nonnenmacher (FAZ), Josef Joffe (Zeit), Thomas Bellut (ZdF), Thomas Roth (ARD) mit transatlantischen Organisationen in Verbindung.

Unter diesen nimmt die Atlantik-Brücke eine besonders rührige Stellung ein. Sie wurde 1952 auf Anregung von John McCloy, früherer Weltbankpräsident, Vorstandsvorsitzender von Rockefellers Chase Manhattan Bank und Hoher Kommissars für die BRD, also führender Kopf der amerikanischen Besatzungsmacht, von dem Bankier Eric M. Warburg ins Leben gerufen. Marion Gräfin Dönhoff, Mitherausgeberin der Wochenzeitung *Die Zeit*, gehörte zu den Gründungsmitgliedern.

Der frühere CDU-Bundesschatzmeister Walter Leisler Kiep war von 1984 bis 2000 Vorsitzender. Heute hat Friedrich Merz (CDU) den Vorsitz, zugleich Mitglied der Trilateralen Kommission, einer von David Rockefeller gegründeten Lobbyorganisation der Finanzwirtschaft, der auch die stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Edelgard Bulmahn (SPD) angehört.

Allein in den Jahren 2006 bis 2012 werden in den Jahresberichten der Atlantik-Brücke 88 Journalisten erwähnt, davon 26 aus dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien, darunter

Jörg Schönenborn (ARD), Ingo Zamberoni (ARD), Theo Koll (ZdF), Ingo van Kampen (ZdF), Claus Kleber (ZdF), Klaus-Peter Sieglöck (ZdF), Friedbert Meurer (Deutschlandradio). 3 Journalisten waren von der Bild Zeitung, 9 von der ZEIT, 3 von der FAZ, 2 vom Spiegel, 3 aus dem Springer Verlag, 4 vom Stern, 6 vom Tagesspiegel.

Die Atlantik-Brücke vergibt einen nach dem ehemaligen US-Botschafter in Deutschland Vernon A. Walters benannten Preis "an Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße um die deutsch-amerikanischen Beziehungen verdient gemacht haben", wie es offiziell heißt.

Verschwiegen wird, daß Walters Geheimdienstkoordinator der USA im Ausland und operativer Leiter der CIA war. "Er bezeichnete den Vietnamkrieg bis zuletzt trotz seiner Millionen Opfer als einen der nobelsten und selbstlosesten Kriege, den die Vereinigten Staaten je geführt haben. Und es war genau dieser CIA-Mann Walters, der in Europa die Grundzüge für das geheime Gladio-Netzwerk (der NATO) aufbauen ließ. ...

Er war an allen politischen Brennpunkten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit subversiven Aktionen maßgeblich beteiligt, so im Koreakrieg (1950-1953), beim Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Mossadegh im Iran (1953) ... und beim Militärputsch in Brasilien (1964)." Er war verantwortlich für die CIA-Operation zur Unterstützung des Militärputsches in Chile (1973) "und bei Aktivitäten zum Abwürgen der Nelkenrevolution in Portugal (1974).

Seine Spuren sind zu finden bei opferreichen Aktionen gegen demokratische Entwicklungen in Angola, Guatemala, Nicaragua und bei den jahrelangen Menschenrechtsverletzungen durch die Militärregimes in Südamerika (Operation 'Condor'), bei denen Hunderttausende Menschen ermordet, verschleppt oder gefoltert wurden. Und nach diesem CIA-Mann benennt die Atlantik-Brücke, welche das alles verschweigt, heute einen Preis. Und Menschen wie die Bundeskanzlerin Merkel oder Bild-Chef Diekmann sind dort Mitglied."

Methoden

Die Amerikaner verlassen sich bei der systematischen Beeinflussung der deutschen Eliten nicht allein auf ihre "Schulung" in den genannten Vereinen und Veranstaltungen. Sie wissen die Bereitschaft durch ein beliebtes Schmiermittel noch zusätzlich zu fördern.

"In Deutschland ansässige transatlantische Organisationen konnten 2014 US-Fördergelder dafür beantragen, wenn sie Deutsche so beeinflussen, daß die proamerikanische Interessen vertreten, etwa beim von den USA geforderten Freihandelsabkommen. ... Für jede gut vorbereitete Manipulation deutscher Meinungsführer bei uns gab es zwischen 5.000 und 20.000 Dollar von der US-Botschaft, je nach Wichtigkeit der beeinflussten Eliten."

Bewerbungs-Formulare konnten sich die US-nahen Clubs von der Webseite der US-Botschaft herunterladen, was offenbar in ausgiebigem Maße geschah, da sich die Botschaft dort ausdrücklich für die zahlreiche Teilnahme bedankte.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem System der Einfluß der Geheimdienste auf die Medien, wobei die deutschen Geheimdienste wiederum genauso von den USA abhängig sind wie die anderen staatlichen Stellen.

"Die FAZ ermunterte mich ausdrücklich dazu, den Kontakt zu westlichen Geheimdiensten zu verstärken und freute sich, wenn ich die mitunter von dort zumindest in Stichworten vorformulierten Berichte mit meinem Namen versah", schildert Ulfkotte.

Ein Artikel wurde ihm einmal gar von zwei Mitarbeitern des BND in der FAZ-Redaktion in Frankfurt formuliert und "Absatz für Absatz weitgehend vorgegeben." Aufgabe dieser beiden war es, Berichte für renommierte deutsche Zeitungen zu schreiben. "Der BND machte das damals mit Wissen deutscher Medienhäuser, nach Angabe seiner Mitarbeiter bei vielen Zeitungen so."

"Man kann einen Journalisten billiger haben als eine gute Hure, für einige hundert Dollar im Monat. Mit diesen Worten zitierte der Redakteur Philip Graham von der Washington Post

einen CIA-Agenten über die Bereitschaft und den Preis jener Journalisten, die gewillt waren, für die CIA Propaganda-Berichte in Artikeln zu verbreiten. Natürlich mit Rückendeckung der Arbeitgeber. ...

Und der BND war der verlängerte Arm der US-Geheimdienste, eine Art Tochterorganisation. Man hat mir beim BND zwar nie Geld angeboten. Aber das brauchte man bei mir und vielen deutschen Kollegen auch gar nicht. Wir fühlten uns so großartig, wenn wir Auftragsschreiber eines Geheimdienstes waren oder irgendwie für ihn arbeiten durften."

Dabei kann keiner die "Informationen" des Geheimdienstes nachprüfen. Man druckt das einfach. "Ich habe daran zwar freiwillig mitgewirkt, aber mir wurde auch mitgeteilt, daß ich entlassen werden könne, wenn ich da nicht mitmache", so Ulfkotte aus seiner Erfahrung. Nachfragen bei befreundeten Anwälten bestätigten ihm, daß dies nach der gängigen Rechtsprechung ein Kündigungsgrund sei.

Aber auch das große Netz der Auslandskorrespondenten ist für den BND interessant. Es ist "die perfekte Tarnung, um über unverdächtige 'Journalisten' heikle Recherchen erledigen zu lassen." Der BND hat neben 6.000 festangestellten Mitarbeitern auch noch rund 17.000 "informelle" Mitarbeiter, die ganz normale Berufe haben, zu denen offenbar wesentlich zahlreiche Journalisten gehören.

"Das ist weltweit so. Denn wie ich im Laufe der Jahrzehnte im Ausland zwangsläufig mitbekam, war bei amerikanischen oder britischen Zeitungen fast jeder Auslandsreporter zugleich auch für die nationalen Geheimdienste tätig. Man muß das einfach im Hinterkopf haben, wenn man glaubt, in Medien 'neutrale' Berichterstattung vor sich zu haben."

Netzwerke

Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat in einer empirischen Untersuchung festgestellt, daß im Zeitraum von 2002 bis 2009 von 219 leitenden Journalisten 64 im Zusammenhang mit 82 Organisationen bzw. Strukturen standen, in denen Kontaktpotential mit Repräsentanten von Staat und/oder Konzernen sowohl Deutschlands als auch anderer Länder bestand. Dabei handelte es sich nur um Verbindungen, "die mit der Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit nicht unmittelbar zu tun hatten." Diese 64 Journalisten arbeiteten bei 13 der insgesamt 14 Leitmedien."

Krüger untersuchte insbesondere die Netzwerke von vier besonders mit den Einrichtungen, Instituten, Stiftungen, Konferenzen und Tagungen der Eliten verbundenen US-nahen Alpha-Journalisten: Klaus-Dieter Frankenberger, bei der FAZ verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik; Josef Joffe, Mitherausgeber der Zeit; Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Welt, und Stefan Kornelius, Außenpolitik-Ressortleiter der SZ.

Drei von ihnen hatten schon vor 2002 eine starke Verbindung zu den USA: Frankenberger war 1985-86 Mitarbeiter eines Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus und 1990 Marshall Fellow der Harvard-University. Kornelius war von 1996 bis 1999 USA-Korrespondent der SZ in Washington. Und Joffe studierte an der Universität in Washington, promovierte in Harvard und lehrte später jeweils auch als Dozent an beiden Orten.

Die Netzwerke der vier Top-Journalisten haben auffällige Gemeinsamkeiten: "In allen vier spielen nicht nur Organisationen eine Rolle, die sich mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen, sondern auch speziell mit der Festigung der transatlantischen Beziehungen, also der Partnerschaft zwischen der USA und Deutschland bzw. Europa, die zu einem großen Teil über ... die Nato vermittelt wird. Alle vier waren Teilnehmer der *Münchener Sicherheitskonferenz*, die historisch aus der Nato heraus erwachsen ist. Frankenberger und Joffe waren Mitglieder der (von David Rockefeller initiierten) *Trilateralen Kommission*.

Joffe und Stürmer waren in der *Atlantik-Brücke* involviert ... Joffe und Kornelius waren im *American Institute for Contemporary German Studies* involviert sowie im *American Council on Germany* ... Frankenberger war Beiratsmitglied der *Atlantischen Initiative*, ... Kornelius saß

im Präsidium der *Deutschen Atlantischen Gesellschaft*, die Lobbyarbeit für die Nato macht. Joffe war Teilnehmer der geheimen *Bilderberg-Konferenz*, ... sowie Kurator der *American Academy* in Berlin und des *Aspen Institute Deutschland* und hat die US-Fachzeitschrift *The American Interest* mitbegründet.

Weitere gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Organisationen waren die *Bundesakademie für Sicherheitspolitik* (Frankenberger, Kornelius), die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik* (Kornelius, Joffe, Stürmer) sowie deren Organ *Internationale Politik* (Kornelius, Frankenberger, Joffe).

Alle vier Journalisten zeigten aus diesem US- und Nato-geprägten Milieu heraus eine weitgehende Übereinstimmung in ihrem "journalistischen Output" auf. Sie argumentierten ganz im Sinne der Außen- und Sicherheitspolitik der amerikanischen und deutschen Regierung. Sie fordern einen geographisch bis zum Hindukusch und wirtschaftlich bis zu den Ursachen des Terrorismus erweiterten Sicherheitsbegriff, und "erwähnen einen Katalog von Bedrohungen, wie er ähnlich oder gleichlautend in den offiziellen Dokumenten von Bundesregierung, EU, Nato und USA vorkommt."

Sie erklären, daß der Kalte Krieg zu Ende, das Zeitalter der klassischen Landesverteidigung oder das 'Westfälische System' der souveränen Staaten überholt und eine neue Zeit angebrochen sei. "Einig sind sich alle vier, daß Deutschland das Bündnis mit den USA (bzw. die transatlantischen Beziehungen bzw. die Nato) pflegen sollte, um den Bedrohungen angemessen begegnen zu können."

Angesichts der Ablehnung deutscher kriegerischer Einsätze durch die Mehrheit der Deutschen fordern sie "verstärkte Anstrengungen der Politik, den Bürgern die Notwendigkeit des Militäreinsatzes in Afghanistan zu vermitteln" und "offensiv für mehr militärisches Engagement zu werben." Alle vier verlangen, "daß Deutschland die Ansprüche der Nato erfüllen und somit seine Bündnistreue ... unter Beweis stellen sollte."

"Nicht vergessen werden sollten die historischen Leistungen, die die USA und die Nato seit Ende des Zweiten Weltkrieges für die Bundesrepublik erbracht haben. Alle vier Journalisten führen dies an und erwähnen teilweise Dankbarkeitsgefühle oder kritisieren die Undankbarkeit der Deutschen."

Uwe Krüger untersuchte auch die Berichterstattung über die Münchner Sicherheitskonferenz mit dem Ergebnis: Die Welt, FAZ und SZ, von denen jeweils ein hochrangiger Journalist auch regulärer Teilnehmer war, berichteten detailliert die Auffassungen der Eliten, ohne sie zu hinterfragen oder die Kritik der Friedensbewegung zu würdigen. Da die Berichterstattung nicht nur von den zuvor beleuchteten Journalisten geleistet wurde, weist dies "auf eine generelle Elitenorientierung dieser Redaktionen zumindest in diesem Themenfeld hin."

Man wußte ja von dieser Verschwörung. Hier wird ihre Theorie wissenschaftlich bestätigt.

...<<

Bevölkerungsaustausch durch Massenmigration

06.09.2015

BRD: Die Tageszeitung "Westfälische Nachrichten" berichtet am 6. September 2015:

>>Flüchtlinge - Deutschland öffnet seine Grenzen

Dank einer Ausnahmeregelung sind am Wochenende weit mehr als 10.000 Menschen aus Ungarn über Österreich nach Deutschland gekommen - bis zum späten Sonntagabend wurden insgesamt mehr als 20.000 erwartet.

Sie saßen zuvor zum Teil tagelang in Ungarn fest. Bei ihrer Ankunft in Deutschland waren viele entkräftet. Hunderte Menschen - etwa am Hauptbahnhof in München - empfingen die Flüchtlinge mit Applaus.

Zuvor hatte sich die Lage in Ungarn weiter zugespitzt. Am Budapester Ostbahnhof hatten

Tausende tagelang kampiert. Viele von ihnen machten sich zu Fuß in Richtung österreichische Grenze auf. Angesichts der dramatischen Situation vereinbarten Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr österreichischer Amtskollege Werner Faymann in Absprache mit der ungarischen Regierung eine Ausnahmeregelung. Demnach durften die Flüchtlinge ohne bürokratische Hürden und Kontrollen einreisen. Wien verwies auf eine "Notlage" an der ungarischen Grenze.

Ungarn stellte Busse bereit und brachte die Flüchtlinge bis zur österreichischen Grenze. Züge, darunter auch viele Sonderzüge, brachten die Menschen schließlich nach Deutschland - das wichtigste Anlaufziel war der Hauptbahnhof in München. Alleine am Samstag reisten 7.000 Flüchtlinge per Zug über München nach Deutschland ein. Rund 2.500 Menschen wurden direkt in andere Bundesländer weitergeleitet.

In Ungarn selbst leerten sich die Flüchtlingslager nach und nach. Nach wie vor reisten Flüchtlinge jedoch zur österreichischen Grenze, um von dort weiter nach Westen zu kommen.

Aus Serbien kamen indes deutlich weniger Flüchtlinge nach Ungarn. Laut ungarischen Medien dürfte das Regenwetter ein Grund dafür sein. Am Sonntag zeichnete sich allerdings wieder ein Anstieg ab.

Gestern berieten die Spitzen der großen Koalition in Berlin über Konsequenzen aus der Flüchtlingskrise.

So viele Flüchtlinge wie noch nie nach NRW

Mit Applaus und Willkommen-Plakaten sind mehr als 1.000 Flüchtlinge in Dortmund begrüßt worden. Die Kinder, Frauen und Männer, die über Ungarn nach Deutschland auf dem Weg waren, kamen mit zwei Zügen im Hauptbahnhof der Stadt an. Hunderte Menschen bereiteten ihnen einen herzlichen Empfang.

Innenminister Ralf Jäger ging davon aus, daß am Sonntag so viele Flüchtlinge nach NRW gekommen sind wie noch nie an einem Tag. Die meisten Flüchtlinge wurden anschließend auf Kommunen verteilt. Die Bezirksregierungen richteten Krisenstäbe ein.<<

11.09.2015

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 11. September 2015: >>Die Blitzwende der Flüchtlingskanzlerin

Der Entschluß der Kanzlerin, Tausende Syrer aus Ungarn einreisen zu lassen, wirkte wie eine Ad-hoc-Entscheidung. Aber ihre Haltung in der Flüchtlingsfrage ist das Ergebnis jahrelanger Planspiele.

In der Generaldebatte im Bundestag war die Flüchtlingskrise das große Thema. Linken-Fraktionschef Gysi gab der Bundesregierung eine Mitschuld an der Lage. Merkel verteidigte die Politik der großen Koalition.

Angela Merkel hat am Mittwoch im Bundestag Sätze gesagt, die auf sie selber gemünzt zu sein schienen. "Wir erleben immer wieder, daß es in Europa Herausforderungen gibt, bei denen es ganz besonders auf uns ankommt, auf Deutschland, auf Deutschlands Kraft und auf Deutschlands Stärke", sagte sie.

Und: "Wir wissen: Auch in der Euro-Krise haben wir nicht immer alle zusammengestanden, sondern da stand Deutschland manchmal ganz schön alleine da, so jedenfalls meine Erinnerung. Aber was wir immer wieder erlebt haben - das sollte uns Mut machen -, ist, daß es genau diese Bereitschaft und diese Kraft Deutschlands sein kann, die schließlich den Weg für eine europäische Lösung freimacht."

Im Kern erhob Merkel einen deutschen, genau gesagt sogar ihren eigenen Alleingang zum Führungsprinzip. Sie selbst würde das vehement bestreiten und stets sagen, es gehe um den gemeinsam verabredeten Weg zu Entscheidungen, die von allen getragen werden. Aber die Kraft und Stärke Deutschlands als Schlüsselfaktor für derartige Entscheidungen zu bezeichnen - das hat sich in ihrem Amt lange niemand mehr getraut.

Applaus von allen Seiten

Es war ein Auftritt, bei dem Merkel vier Mal Applaus aus allen Fraktionen des Bundestages bekam - Union, SPD, Grüne, Linkspartei. In ähnlich angespannten Situationen, zum Beispiel bei Merkels Regierungserklärungen zur Bankenkrise oder zur Energiewende, gab es kein einziges Mal beziehungsweise nur einmal einen so breiten Beifall.

Angela Merkel hat es geschafft, das Wirken ihrer angeblich so undemokratisch großen Regierungskoalition als einen Segen für Deutschland darzustellen. Das muß ihr erst einmal jemand nachmachen - besonders bei einem so brisanten Thema wie der Zuwanderung.

Merkels Entschluß, zusammen mit Österreich die EU-Abreden über das Weiterreiseverbot von Flüchtlingen außer Kraft zu setzen, war eine ähnliche Blitzwende wie nach dem Reaktorunfall von Fukushima. Wieder einmal zeigte die Bundeskanzlerin, daß sie dem Satz folgt, Gesetze seien für Menschen da und nicht umgekehrt. So hatte es auch schon Helmut Schmidt 1962 bei der Hamburger Flutkatastrophe gehalten, als er kurzerhand das Verbot inländischer Bundeswehreinmärsche ignorierte.

Es gibt immer Kritiker, die solche Flexibilität für den Präzedenzfall gesetzloser Zustände halten, und so ist es auch diesmal. Die Reiseerlaubnis für die in Ungarn gestrandeten, nach Deutschland drängenden Flüchtlinge sei reine Gefühlspolitik. Die Bundesregierung habe sich von Aufsässigen erpressen lassen. Auch bei vielen anderen Themen gewinne künftig, wer genügend eindrucksvolle Fernsehbilder produziert. Solche Gedanken sind oft zu hören.

Die CSU nimmt diese Stimmungen mit ihrer scharfen Kritik an Merkels Entscheidung auf. Sie habe die CSU mit der Aufenthaltsbewilligung einfach überrollt, sagen CSU-Politiker - ein schmerzhafter Beweis dafür, daß die Schwesterpartei in Berlin derzeit nur wenig zu melden hat, wenn es darauf ankommt.

Die Stimmungen vermischen sich mit der Angst von SPD, Linkspartei, CSU (und genauso auch französischer, polnischer oder dänischer Parteien), die massenhafte Einwanderung könne den Arbeitsmarkt ins Chaos stürzen. Sie vermischen sich mit der Angst, der Islamische Staat könne in den Flüchtlingszügen Attentäter nach Deutschland schleusen.

Schröders Kalkül in der Serbienkrise 1999

In die seelische Gemengelage hinein wirkt auch das Trauma des ganzen historischen Europas, die unterschwellige Erinnerung an die Invasionen der Hunnen, Araber, Mongolen und Türken. Ungarns Grenzzaun, Frankreichs Abwehrhaltung, Polens Wunsch nur nach christlichen Flüchtlingen entspringen nicht zuletzt dieser Gedächtniswelt. Deutschland ist das Gefühl nicht fremd.

Gerhard Schröder drängte 1999 auf das militärische Vorgehen der Nato gegen Belgrad, weil er ohne den Regimewandel in Slobodan Milosevics Serbien eine Flüchtlingswelle aus dem Balkan fürchtete. Und nun öffnet Angela Merkel aus einer Eingebung heraus Europas Tore?

Der Eindruck täuscht. Die Flüchtlingswelle kam plötzlich, aber keineswegs überraschend. Seit Jahren schaut Merkel argwöhnisch auf manche nur äußerlich stabile Mittelmeeranrainer. Da lauert Potential für noch viel mehr Flüchtlingsströme. Der Einsatz für eine diplomatische Lösung in der Ukraine entspringt derselben Sorge.

Ruhe in die Aufregung bringen

Merkels scheinbare Ad-hoc-Entscheidungen sind oft das Ergebnis jahrelanger stiller Planspiele. Das ist keine Verklärung von Fehlentscheidungen, die es selbstverständlich gibt; es ist in diesem Fall aber der Grund für die Entschlossenheit, mit der sie das Ruder herumreißt. Ihr Satz gegenüber der "Rheinischen Post", für das Grundrecht auf Asyl gebe es keine Obergrenze, ist nicht einfach dahergesagt.

Ein Zuwanderungssturm auf ein mental unvorbereitetes Europa bringt die ganze Konstruktion der EU in ungutes Schwingen, so wie 1989 die DDR-Flüchtlingswelle. Wie damals Helmut Kohl, so will Merkel heute Führungsstärke zeigen, und zwar nicht durch Krieg, sondern da-

durch, daß mit Selbstvertrauen Ruhe in die Aufregung kommt.

Merkels simple Botschaft "Wir schaffen das" ist an ganz Europa gerichtet. Ihr öffentliches Vertrauen in Deutschlands Stärke soll in der EU dieselbe Wirkung erzielen wie eine Zusicherung Barack Obamas in der Nato. Gleichzeitig soll die Bevölkerung nicht glauben, sie müsse mit ihrer Hilfsbereitschaft ein Staatsversagen kompensieren.

Noch ist die Finanzierung gesichert

Im Gegenteil. Staat und Wähler sollen eine Einheit sein. Ob das funktioniert, ist völlig offen. Bei den Lichterketten gegen Übergriffe hat das vor zehn Jahren geklappt. Die Sorge, Herostraten würden das politische Establishment nun von Anschlagort zu Anschlagort hetzen, war grundlos. Statt dessen wandelte sich Deutschland weiter zur positiven Weltoffenheit.

Ob das diesmal auch so ist? Auf die Notlage antwortet Merkel nicht mit dem Drängen nach mehr Luftangriffen auf den Islamischen Staat, sondern mit Häusern und Lehrern für Flüchtlinge. Das kostet Milliarden. Noch ist die Finanzierung gesichert. Wenn die Flüchtlingszahl aber weiter zunimmt, werden eines Tages vielleicht Steuererhöhungen denkbar.

Sie würde nur Merkel durchsetzen können, denn auf der linken Seite des politischen Spektrums gilt in Notlagen weithin der psychologisch verräterische Satz: Wir müssen die Reichen zur Kasse bitten. Im Klartext heißt das: Sollen doch andere helfen. Unbedingte Solidarität zum deutschen Markenzeichen machen - das kann derzeit nur Angela Merkel.<<

06.01.2016

BRD: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 6. Januar 2016: >>So viele Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland

- Im vergangenen Jahr wurden so viele Asylanträge wie nie zuvor in Deutschland gestellt - insgesamt 476.649.

- Der mit 34 Prozent größte Anteil der Asylbewerber kommt aus Syrien.

- Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Schutzsuchenden liegt deutlich höher: Dem Innenministerium zufolge wurden fast 1,1 Millionen Personen registriert.

Im Jahr 2015 haben mehr als eine Million Flüchtlinge Deutschland erreicht. Bis zum 31. Dezember registrierten die Behörden genau 1.091.894 Schutzsuchende, wie das Bundesinnenministerium in Berlin mitteilte. ...<<

01.02.2016

BRD: "ZEIT ONLINE" berichtet am 1. Februar 2016 über die Flüchtlingskrise: >>Flüchtlinge kosten Deutschland 50 Milliarden Euro

Das Institut der deutschen Wirtschaft prognostiziert wegen der Flüchtlingskrise hohe Kosten für 2016 und 2017. Vor allem Unterkunft und Verpflegung seien teuer.

Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge werden den Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft 2016 und 2017 knapp 50 Milliarden Euro kosten.

Im laufenden Jahr fielen für Unterbringung und Verpflegung von rund 1,5 Millionen Asylbewerbern 17 Milliarden Euro an, berichtete die *Rheinische Post* unter Berufung auf eine IW-Studie. Hinzu kämen weitere fünf Milliarden Euro für Sprach- und Integrationskurse.

Im kommenden Jahr erhöhen sich die Unterbringungskosten dem Bericht zufolge auf 22,6 Milliarden Euro, wenn die Zahl der Migranten auf 2,2 Millionen steigt. Zusammen mit den Integrationskosten fielen 27,6 Milliarden Euro im Jahr 2017 an, zitierte das Blatt aus der Prognose des arbeitgebernahen Instituts.

26.02.2017

BRD: Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft "DIE FREIE WELT" berichtet am 26. Februar 2017 (x902/...): >>Merkel schafft das "deutsche Volk" ab

"Wir haben uns nicht für die Einheit Deutschlands eingesetzt, um als "Deutsche" beseitigt zu werden."

Veröffentlicht von Willy Wimmer

Der Bundeskanzlerin darf man nichts mehr durchgehen lassen. Das hat das deutsche Volk bei der Migrationsentwicklung seit 2015 erfahren können. Die Bundeskanzlerin erhob sich über das Gesetz und verfügte eigenmächtig, wie zu verfahren sei. Seither hat der Deutsche Bundestag in einer All-Parteien-Bewegung die Vorgehensweise der Bundeskanzlerin gestützt. Anstatt Sie wegen der Außer-Kraftsetzung deutschen und europäischen Rechts zur Rechenschaft zu ziehen, hat das Berliner Parlament es hingenommen, unsere Grenzen absolut schutzlos zu lassen.

Wir sind die Eingeborenen von Merkelonien

Die Bundeskanzlerin geht jetzt einen Schritt weiter. Sie schafft das "deutsche Volk" eigenmächtig ab. Wie die Äußerungen der Bundeskanzlerin seit einiger Zeit deutlich machen, geht sie gezielt vor. Unsere Gesetze fegt sie beiseite, denn das "deutsche Volk" sind nun mal die "deutschen Staatsbürger" und nicht alle Menschen, die sich auf dem Territorium Deutschlands aufhalten. Aber wer weiß es denn? Vielleicht wird "Deutschland" durch diese Dame abgeschafft. Anders kann man nicht werten, was die Bundeskanzlerin vor wenigen Tagen auf dem CDU-Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern von sich gegeben hat.

...<<



Abb. 75 (x322/Titelblatt): Volksaustausch ...

27.10.2018

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/3): >>>**Volksaustausch ? Regierungstausch!**

_ von Jürgen Elsässer

Der Volksaustausch ist kein Hirngespinnst, sondern Realität. Im Jahr 2015 ließen sich zwei Millionen Ausländer in Deutschland nieder (darunter knapp 900.000 Asylsuchende), während eine Million Inländer wegzogen. Zwei Millionen rein, eine Million raus - das nennt man Austausch. Keiner hat diejenigen, "die schon länger hier leben" - so Angela Merkel über unser Volk - gefragt, ob sie ausgetauscht werden wollen. Die Demokratie ist in dieser Überlebensfrage suspendiert. ...

Selbst wenn morgen die Grenzen, die Merkel unter Bruch von Grundgesetz und Asylrecht im September 2015 geöffnet hat, wieder geschlossen würden, stünde das deutsche Volk vor einer existentiellen Bedrohung. Die entscheidenden Schlachten werden in den Kreißsälen geschlagen. ...

Die Demographiebombe explodiert in den Klassenzimmern: Dort sehen sich unsere Kinder in immer mehr Städten einer Übermacht an Orientalen gegenüber, die wie die neuen Herrenmenschen auftreten: Unsere Jungs müssen unterwürfig, unsere Mädchen willfährig sein. Und die Lehrer schauen weg.

Das Schicksal der nordamerikanischen Indianer sei uns eine Mahnung. Sie begrüßten die in England verfolgten Pietisten am Anfang mit offenen Armen. Doch den frommen Kolonisten folgten bald Bewaffnete. Hätten die Rothäute statt naiver Willkommenskultur mehr Selbstschutz praktiziert, hätten sie vermutlich überlebt.

Der Fisch stinkt vom Kopf her. Nun heißt es entweder - oder: Wenn die Regierung das Volk austauscht, muß das Volk die Regierung austauschen. Jeder Kompromiß, jede Verzögerung hat irreparable Folgen. Oder wollen wir die letzten Mohikaner werden?<<

Corona-Plandemie

30.01.2020

Schweiz: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ruft am 30. Januar 2020 eine "gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite" aus, um die Ausbreitung des Coronavirus zu verhindern.

30.03.2020

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. März 2020: >>>**Durch Corona-Shutdown droht Massenarbeitslosigkeit: Operation gelungen, Deutschland tot?**

Nicht nur aus der Wirtschaft, sondern auch aus der Medizin werden immer mehr Zweifel an Nutzen und Verhältnismäßigkeit des Corona-Shutdowns laut. Experten befürchten bei einem längeren wirtschaftlichen Stillstand eine Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen. Für den Flensburger Lungenfacharzt und Ex-SPD-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wodarg ist das Coronavirus ohnehin nur eines von vielen Viren, das Erkrankungen der Atemwege auslösen kann. Auch der Internist Claus Köhnlein aus Kiel kritisiert die Panikmache rund um Covid-19 und bemängelt zudem die Unzuverlässigkeit der Tests.



Droht uns eine neue Weltwirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit wie in den 1930er Jahren?

Schützenhilfe erhalten beide Ärzte vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München. Dessen Chef Clemens Fuest warnt davor, das Herunterpegeln der Volkswirtschaft auch nur einen Tag zu verlängern. In der jüngsten ifo-Expertise, die auch dem Bundeswirtschaftsminister vorliegt, heißt es:

"Schon bei einer Shutdown-Dauer von zwei Monaten reduziert sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts zwischen 7,2 und 11 Prozentpunkten, bei drei Monaten zwischen zehn und 20 Prozentpunkten. Aus der astronomischen Höhe der Kosten folgt, was dringend zu empfehlen ist, jeden denkbaren Betrag zu leisten, der die Dauer des Shutdown verkürzt." <<

Mai 2020

Schweiz: Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 32, berichtet im Mai 2020 über die Gefährlichkeit des "Corona-Virus" (x356/74): >>Hochrenommierter Mikrobiologe hält Corona-Maßnahmen für "kollektiven Selbstmord"

Sucharit Bhakdi ist Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie. Er ist emeritierter Professor der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und war von 1991 bis 2012 Leiter des dortigen Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene.

In einem Interview vom 19.03.2020 erklärte Bhakdi - einer der meistzitierten Experten auf dem Gebiet der medizinischen Mikrobiologie -, daß es "falsch" und "gefährlich irreführend" sei, das neue Corona-Virus für die ihm zugeschriebenen Todesfälle hauptverantwortlich zu machen, da Vorerkrankungen und die Luftverschmutzung in chinesischen und norditalienischen Städten eine wichtigere Rolle spielten. Die zu diesem Zeitpunkt diskutierten oder beschlossenen Maßnahmen bezeichnete er als "grotesk", "sinnlos", "selbsterstörerisch" und "kollektiven Selbstmord", der die Lebenserwartung der Senioren verkürzen werde und von der Gesellschaft nicht akzeptiert werden dürfe.

Es folgte am 26. März 2020 ein offener Brief an die deutsche Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, in dem Bhakdi ihr bisher unbeantwortete Fragen stellte. Verkürzt lauten diese:

1. Wurde bei den Hochrechnungen, die sagen, daß fünf Prozent aller infizierten Menschen schwer erkranken und beatmungspflichtig werden und damit das Gesundheitssystem bald angeblich im Übermaß belasten werden, zwischen symptomfreien Infizierten und tatsächlichen, erkrankten Patienten unterschieden?
2. Wurde überhaupt nach anderen Corona-Viren gesucht, die seit langem im Umlauf sind und sich laut einer von Bhakdi angeführten Studie in der Gefährlichkeit nicht von SARS-CoV-2 unterscheiden?
3. Hat es bereits eine stichprobenartige Untersuchung der gesunden Allgemeinbevölkerung gegeben, um die Realausbreitung des Virus zu validieren, oder ist dies zeitnah vorgesehen?
4. Gedenkt Deutschland weiterhin, "Corona-Tote" zu melden, sobald festgestellt wird, daß das Virus beim Tod vorhanden war - unabhängig von anderen Faktoren? Wie soll dann zwischen echten Corona-bedingten Todesfällen und zufälliger Viruspräsenz zum Todeszeitpunkt unterschieden werden?
5. Welche Bemühungen werden unternommen, um der Bevölkerung andere Faktoren der erschreckenden Situation in Italien näherzubringen (u.a. Luftverschmutzung, weniger verfügbare Betten in den Intensivstationen)? So könne man den Menschen verständlich machen, daß Szenarien wie in Italien oder Spanien in Deutschland nicht realistisch seien. Bereits zuvor wurde die universitäre E-Mail-Adresse des emeritierten Professors Bhakdi deaktiviert, nach Protesten aber ebenfalls reaktiviert. Ein Akt der Zensur?

"Drakonische Maßnahmen, die die Grundrechte der Menschen auf so umfassende Weise einschränken, dürfen doch nur verhängt werden, wenn es gesicherte Hinweise dafür gibt, daß ein neues Virus überaus gefährlich ist. ... Gab es je einen solchen wissenschaftlich begründeten Hinweis für COVID-19? Aus meiner Sicht lautet die einfache Antwort: Nein."

Professor Dr. Sucharit Bhakdi, Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie, ehemaliger Leiter des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Universität Mainz. (Tilman Knechtel)<<

27.03.2021

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 27. März 2021 (x1.000/...): >>>**Covid-Impfung: Bhakdi warnte EMA vor Blutgerinnseln**

... Laut eines Berichts der norwegischen Tageszeitung Dagbladet vom 21. März 2021 wurden fünf Patienten mit Blutgerinnseln, Blutungen und einer niedrigen Thrombozytenzahl ins Universitätskrankenhaus Rikshospitalet von Oslo eingewiesen. Zwei der Personen seien nun gestorben. Eine zusätzliche Person starb bereits in der zweiten Märzwoche. Alle Patienten wurden laut dem Bericht vorher mit AstraZeneca geimpft.

Unter Berufung auf den medizinischen Leiter der Arzneimittelbehörde, Steinar Madsen, berichtet das Blatt, daß interessanterweise alle Patienten jünger als 55 Jahre seien. Aus anderen Ländern häufen sich ähnliche Berichte. In Deutschland etwa hatte das Gesundheitsministerium 13 Fälle von Blutgerinnseln im Gehirn nach einer Impfung mit AstraZeneca gemeldet: Es handelt sich dabei um zwölf Frauen und einen Mann zwischen 20 und 63 Jahren. Drei der Frauen verstarben.

Nach einem kurzzeitigen Impfstopp wird das umstrittene Impfmittel nun wieder verabreicht. Die europäische Arzneimittelbehörde EMA hält den Impfstoff für "sicher". Zwölf prominente Wissenschaftler und Ärzte sehen das völlig anders: In einem offenen Brief an die EMA äußerte die Gruppe bereits vor Monaten Bedenken, ob Kardinalfragen bezüglich der Sicherheit der Impfstoffe vor ihrer Zulassung von der EMA angemessen behandelt wurden.

Die Autoren, angeführt von Dr. Sucharit Bhakdi, emeritierter Professor für Medizinische Mikrobiologie und Immunologie und ehemaliger Lehrstuhlinhaber am Institut für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz, warnten eindringlich vor der Gefahr, daß die Impfungen Blutgerinnsel hervorbringen könnten. Bezeichnenderweise kam jedoch darauf von der EMA keine Antwort.

Aber die prognostizierten folgenschweren Nebenwirkungen, vor denen die Autoren in ihrem Schreiben an die EMA warnten, treten nun zuhauf auf. Das läßt doch aufhorchen! Warum reagiert die EMA auf diese Warnungen nicht? Und was genau steckt dahinter? Angesichts der massiven Impfschäden und der Impftoten ist die Justiz aufgerufen, die Versäumnisse der EMA genauestens zu untersuchen.

Aufgrund der Brisanz der Lage und um weitere Schäden zu begrenzen, wenden sich die Autoren jetzt direkt an die Öffentlichkeit. Sehen Sie nun einen 8-minütigen Auszug aus einem Interview, das Prof. Dr. Bhakdi der Plattform RESPEKT plus im Februar 2021 gab. Hier erklärt er einen tragischen Wirkmechanismus der Covid-Impfungen und appelliert eindringlich, die Impfungen bis zur Klärung der Sachverhalte einzustellen. ...

"Wenn ich jetzt aufstehe und sage: "Ich habe Probleme mit der Corona-Impfung", dann tue ich das aus Notwendigkeit, weil ich daran glaube. Und ich möchte Ihnen kurz erklären, warum ich dran glaube, daß diese Impfung, zumindest in der Form, wie sie jetzt vorliegt, noch nicht angewandt werden sollte." ...

"Also wir befürchten zweierlei: Erstens, daß Menschen mit Vorerkrankungen geimpft werden und diese Nebenwirkungen nicht mehr vertragen und dann werden sie sterben. Und unsere zweite ganz große Sorge ist, daß auch jüngere Menschen krank, schwer krank, schwerstkrank werden, weil man nicht ausgeschlossen hat, das diese neuartigen genbasierten Impfstoffe vielleicht ganz andere Nebenwirkungen erzeugen könnten." ...

"Aber dann kommt's schlimmer. Es gab ganz tragische Nebenwirkungen - Lähmungen, ja. Jetzt kommen noch Dinge, die Sie nicht kennen, weil sie nicht in den Zeitungen erscheinen und das finde ich so was von gefährlich. Es gibt Frauen, die ihre Kinder verloren haben, es gibt Menschen, die erblindet sind, es gibt Menschen, die plötzlich keine Plättchen (?) hatten und verblutet sind. Sie haben also Schlaganfälle gehabt, sie haben Blutungen in der Haut gehabt. Und das Ganze kommt nicht zusammen, weil man es nicht erklären kann.

Und dann - Entschuldigung - gehen die Behörden hin und sagen, es kann keinen Zusammenhang geben, das finde ich nicht in Ordnung. Es kann sehr wohl einen Zusammenhang geben und ich erlaube mir Ihnen jetzt, unsere Gedanken hierzu zu machen, weil es wichtig ist, daß alle Leute dran denken. Nun, schauen Sie mal, diese neuen, genbasierten Impfstoffe, die, gerade die in Deutschland gebraucht werden von Biontech und Moderna - da ist das Gen von diesem Virus gefangen, damit fängt das Virus den Türgriff und wir wollen Antikörper machen dagegen und deswegen ist das Gen für dieses Eiweiß hier verpackt und dieses Gen wird gespritzt in die Muskeln.

Wo geht das Gen hin, wenn es gespritzt wird, es ist nicht ein Paket, es sind ungefähr eine Milliarde Pakete. Wenn Sie glauben, daß die Gene, die zehn Milliarden Päckchen, in der Muskulatur liegenbleiben, dann sind Sie einem Irrglauben verfallen. Ein Großteil gerät in die Lymphknoten, ein noch größerer Teil gerät in die Blutbahn. Und wenn diese Päckchen einmal in der Blutbahn sind, dann werden sie die Blutbahn nie wieder verlassen, weil die Auskleidung der Blutgefäße ist wie die Tapete an ihren Zimmern, dicht, da kann dieses Paket nicht mehr heraus.

Und es verteilt sich im ganzen Körper, in ihrem Körper, in allen Organen, von oben bis unten, in den kleinsten Gefäßen. Die Zellen, die diese Pakete aufnehmen werden, sind erstens, die Muskelzellen selbst an Ort und Stelle, zweitens, die Zellen in den Lymphknoten, drittens, die Blutzellen, die die Viren umgeben. Aber viertens, das ist wahrscheinlich das wichtigste von allen, es sind die Zellen, die die Gefäße auskleiden, denn es ist bekannt, daß diese kleinen Päckchen sehr gerne von der Gefäßauskleidung aufgenommen werden. Wo wird das stattfinden?

Niemand weiß es, weil die Hersteller von diesem Impfstoff nie nachgesehen haben. Das ist das, was wir monieren, es sind zu wenig präklinischen Untersuchungen gemacht worden. Wir wissen gar nicht, wo das hinget. Aber die Vorhersage von uns ist, wer sucht, der wird finden, und Sie werden sehen, daß diese Gene zu einem guten Teil in Ihre Gefäßwandzellen gehen. Wo? Dort, wo das Blut am langsamsten fließt, denn dann haben die Zellen genug Zeit, sie aufzunehmen. OK? Und das in ihren kleinsten Gefäßen. Die sehen Sie nicht, das sind Kapillaren in Ihren Organen, sie sind in Ihrem Gehirn, Rückenmark, schließlich überall." ...

"Was wird passieren? Niemand weiß es, weil meine Damen und Herren, liebe Zuhörer, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen und Kolleginnen Wissenschaftler: Diese Art von Versuch ist in der Geschichte der modernen Forschung nie durchgeführt worden. Es gibt kein Modell. Sie, die geimpft werden, sind das Modell, und es ist ein faszinierendes Modell. Wenn das stimmt, das würde bedeuten, daß tatsächlich die Gefäßtapeten kaputt gemacht werden an vielen Stellen in ihrem Körper, an vielen Organen.

Was passiert dann? Normalerweise, wenn die Tapete gerissen ist, wird die Blutgerinnung angeworfen, die Blutgerinnung. Das Blut müßte eigentlich in ihren kleinen Kapillaren fest werden. Ein unglaublich erschreckender Gedanke.

Ein Gedanke, der mir sagt: "Ich werde mich nie impfen lassen bis das geklärt ist, ob das passieren kann. Ich will nicht, daß das Blut in meinen Adern gerinnt und zwar in allen Organen. Sie wissen nicht wo. Was passiert, wenn sich ein Gerinnsel bildet? Ihr Organ bekommt nicht genug Sauerstoff. Klar, vielmehr braucht es nicht geben. Damit können sie verdammt krank werden, verdammt krank, bis hin zu Gelähmtsein, bis hin zu Erblindung. Sie können Herzinfarkt bekommen. Alles kann passieren." ...

"Gestern hat mein lieber, toller Kollege Christoph K. mir eine Mail zugeschickt ...: In Amerika ist ein sehr kundiger Arzt hingegangen und hat geguckt, ob in den Notfallaufnahmen nach Covid-Impfungen Laborwerte da waren. Und bei den Unter-40-jährigen - haltet Euch fest - hat er festgestellt, daß 50 % klare Zeichen dafür, daß die Gerinnung "angeworfen" wurde. Diese Menschen waren so krank, daß sie als Notfälle aufgenommen werden mußten." ...

"(Denn wenn das der Fall ist,) und jetzt bin ich fertig, dann würde ich einen Vorschlag machen: Diejenigen, die sich immer noch impfen lassen wollen, sollen es tun. Aber kommt niemand hin und versucht, Menschen, die sich nicht impfen lassen wollen, zu zwingen, direkt oder indirekt und vergeßt es mit diesen Impfausweisen. Vergeßt alles, bis ihr ausgeschlossen habt, daß wir unrecht haben. Ich kann euch nicht genug sagen: Ich wünschte mir, wir hätten unrecht ..."<<

30.07.2021

Österreich: Die österreichische Wochenzeitung "Wochenblick" berichtet am 30. Juli 2021 über die möglichen Folgen der Corona-Impfung: >>"Es ist der Sinn des Spike-Proteins, das Blut zu verklumpen"

Mike Yeadon

Mike Yeadon, Ex-Pfizer-Forschungsleiter, stand von Anfang an gegen die Corona-Doktrin auf. Um eine Verschwörungstheorie gehe es hier nicht. Ihm sei rasch klar gewesen: "Es ist ein internationaler Plan. Da gibt es nichts theoretisches daran."

Yeadon sorgt sich um seine Kinder und Enkelkinder. Normalerweise werden Totimpfstoffe gegen Krankheiten verwendet. Die experimentellen mRNA-Genspritzen seien nicht vergleichbar mit einer solchen Impfung.

Es gebe zwei Hauptprobleme mit den "Impfungen" nach Yeadon:

Spike-Proteine: Der Körper wird zur Fabrik dieser Proteine. Es sei das erste Mal, daß ein solcher Prozeß bei Menschen künstlich in Gang gesetzt wird. Das Spike-Protein führt zur Blutverklumpung. Das sei keine Ausnahme, sondern der Sinn des Spike-Proteins.

Es braucht Jahre, um eine herkömmliche, wirksame Impfung ordentlich zu überprüfen. Über die Nebenwirkungen der mRNA-Stoffe wissen wir viel zu wenig. Wir wissen nicht, welche Nebenwirkungen die Geimpften in den nächsten Jahren ereilen.

Als Pharmazeut sei Yeadon entsetzt darüber, daß derartige, experimentelle Stoffe Anwendung finden. Am schlimmsten sei es, daß Schwangere geimpft werden. Wer Schwangeren diese Stoffe verabreiche, sei ein leichtsinniger Idiot, so Yeadon. Er appelliert an die Frauen: "Wenn Sie schwanger sind oder einen Kinderwunsch haben, lassen Sie sich auf gar keinen Fall 'impfen', tun Sie es nicht!"

Mike Yeadon verstehe nicht, wieso seine Kollegen nicht kündigten. Sie wüßten genau was vor sich gehe. Er habe bereits einen Job aus diesem Grund hingeworfen, er schäme sich, daß er für eine derartige Industrie gearbeitet habe. Man hoffe einfach, daß die Verabreichung der experimentellen Stoffe mit Notzulassung schon helfen würde. Und dieser Versuch werde an Milliarden von Menschen durchgeführt.

Yeadon verweist auf die tausenden von Nebenwirkungen. Diese seien auf der Plattform VAERS einsehbar: "Überprüfen Sie dort die tausenden von Nebenwirkungen. Ich kann nichts für Sie tun, wenn Sie sich das nicht selbst ansehen."

Influenza für junge Menschen gefährlicher als Corona

Würde man die Patienten ordentlich über die Gefahren informieren, so wie es erforderlich ist, würden sie sich nicht impfen lassen, ist sich Yeadon sicher. Der Impfstoff werde nicht angewendet, weil es sich um eine gesundheitliche Krise handle, sondern aus anderen Gründen. Denn es gebe genügend Medikamente, um dieser gesundheitlichen Krise wirksam zu begegnen. Statt dessen würde man den Menschen aber einfach die experimentellen Stoffe, deren Wirkung nicht bekannt ist, spritzen. Fakt sei jedenfalls, daß die mRNA-Stoffe nicht sicher seien. Das zeigten die Nebenwirkungen bereits eindeutig.

So werden wir belogen: Das Virus sei auch nicht annähernd so tödlich, wie man uns erzählt. Für junge Menschen - eigentlich sogar für alle im erwerbsfähigen Alter - sei die Influenza sogar gefährlicher als Corona. Und das zeige, daß etwas sehr Seltsames vonstatten gehe. Der starke Anstieg der Todesrate bei älteren, vorerkrankten Menschen stehe zudem vielmehr in

zeitlichem Zusammenhang mit dem Start der Impf-Kampagnen.

Eine Verbindung hält er durchaus für denkbar: Denn normalerweise tastet man sich bei ausführlichen Zulassungsstudien langsam über gesunde ältere Menschen an die Auswirkungen auf Risiko-Patienten heran. Dies sei in der Eile nicht geschehen, die Vorab-Daten für gebrechliche ältere Menschen seien vor der Notfall-Zulassung dünn gewesen.

Mike Yeadon: "Es ist Mord, diesen Stoff zu verabreichen." Denn Covid sei bei weitem nicht so tödlich wie behauptet. Gleichzeitig seien die Impfstoffe toxisch. Das Nutzen-Risiko-Verhältnis rechtfertige die Verabreichung solcher Stoffe nicht im geringsten.<<

26.10.2021

BRD: Der deutsche Manager Stefan Oelrich (*1968, Leiter der Division Pharmaceuticals, Bayer AG, Germany) verglich während der World Health Summit-Veranstaltung, die vom 24.-26. Oktober 2021 in Berlin stattfand, die mRNA-Impfung mit einer Gentherapie (x1.034/...): >>"Die mRNA - Impfungen sind ein Beispiel dafür, Gentherapie zu verkaufen."

Auf dem "World Health Summit" spricht der Bayer Vorstand Stefan Oelrich, welcher gleichzeitig auch Mitglied des Aufsichtsrates der Charité ist. Geladen sind Menschen wie Hirschhausen, Siemens, Özlem Türecci, Roche und auch Spahn, Wieler sowie von der Leyen. Ganz besonders sticht die Aussage von Bayer Manager Oelrich hervor, denn dieser spricht an, daß vor zwei Jahren eine derartige Gentherapie undenkbar gewesen wäre, aufgrund der ablehnenden Haltung der Menschen. Dank dieser Pandemie hat sich das geändert.

"... Ultimately, the mRNA vaccines are an example for that CELL and GENE THERAPY. I would like to say, if we had surveyed, two years ago, in the public, would you be willing to take GENE or CELL THERAPY and inject it into your body, we would have probably had a 95% refusal rate. I think this pandemic has also opened many people's eyes to innovations in a way that was, maybe, not possible before. ..."

Übersetzung ins Deutsche:

"... Letztlich sind die mRNA-Impfstoffe ein Beispiel für jene ZELL- UND GENTHERAPIE. Wenn wir vor zwei Jahren eine öffentliche Umfrage durchgeführt hätten: "Wären sie bereit, eine GEN- ODER ZELLTHERAPIE anzunehmen und diese sich in Ihren Körper injizieren zu lassen?", dann hätten wir wahrscheinlich eine Ablehnungsquote von 95 Prozent gehabt. Meines Erachtens hat diese Pandemie vielen Menschen in Bezug auf Innovationen in gewisser Weise die Augen geöffnet, wie es vorher vielleicht nicht möglich war. ..."

Herr Oelrich ist Mitglied des Aufsichtsrates des Universitätsklinikums Charité, Mitglied des Aufsichtsrates des Berliner Instituts für Gesundheit und Mitglied des Vorstandes der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland. Er leitete auch Sanofi Deutschland, welches 2018 durch einen Pharmaskandal durch die Medien ging.

Seine Aussage am World Health Summit überrascht in keinster Weise, denn Politiker, Manager, Medien, können offen Skandale, Lügen und Korruption ansprechen, die Bevölkerung vertraut weiterhin in die Kommunikation der Obersten. ...<<

"Energiewende"

30.06.2011

BRD: Am 30. Juni 2011 beschließt der deutsche Bundestag den Atomausstieg, um die sogenannte Energiewende einzuleiten.

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011 eine durch Seebeben erzeugte Flutwelle große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.

Nach dieser Flutwelle an der japanischen Nordostküste beschloß der deutsche Bundestag am 30. Juni 2011 im Rahmen der sogenannten Energiewende den endgültigen Atomausstieg (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgermerkt derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

Dr. Ing. Günter Keil berichtet später über die Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland (x865/...): >>>Merkels Energiewende: Extrem teuer, aber direkt in die Sackgasse

Der ideologisch begründete, von allen anderen Industrieländern als schwer verständlich angesehene radikale Umbau der deutschen Energiewirtschaft, der einen massiven Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung sowie der Stromerzeugung mit Biogas mit dem Ziel der Zurückdrängung von Kohle und Kernkraft anstrebt, wird bereits seit mehreren Jahren verfolgt. Dieses wegen seiner Widersprüche zur Physik, der zahlreichen und unverständlichen schweren Versäumnisse und der absehbaren Unbezahlbarkeit unerreichbare Ziel wird zur Ausschaltung störender Einflüsse des freien Marktes mit immer neuen Gesetzes-Instrumenten der Planwirtschaft verfolgt, wobei die derzeitige konservativ-liberale Bundesregierung seltsamerweise die Energiepolitik der Grünen übernommen hat.

Mit der im März 2011 überstürzt beschlossenen und nur politisch motivierten Stilllegung von 8 Kernkraftwerken und damit dem Wegfall eines wichtigen Teils der nicht vom Wetter und vom Tageslicht abhängigen Stromversorgung wurde die bereits kritisch gewordene Situation noch zusätzlich verschärft.

Die Regierung war schon lange von allen renommierten Fachleuten und Institutionen vorgewarnt. Kein einziges der heute immer größer werdenden Probleme war unvorhersehbar.

Und sie hat den dramatischen Kurswechsel von 2011 ohne jede Vorwarnung und Konsultation der stark betroffenen und geschädigten Nachbarländer exekutiert - eine Rücksichtslosigkeit, die sich vermutlich noch rächen wird.

Die im Herbst 2010 verkündete Energiewende hatte tatsächlich das Jahr 2050 als Planungshorizont. Keine Nation dieser Welt hat jemals etwas auch nur annähernd Absurdes in ihrer Wirtschafts- oder Energieplanung vorgelegt. Mittlerweile beträgt die Haltbarkeit deutscher energiepolitischer Ankündigungen bis zu ihrer Änderung nur noch Monate.

Die deutsche Energiepolitik in den vergangenen eineinhalb Jahren gleicht einer Fieberkurve. Ihre schnellen Kurswechsel sind für die Wirtschaft schlimm genug. Was dabei aber leider unverändert beibehalten blieb, sind ihre fundamentalen Fehler aus der Vergangenheit: Die planwirtschaftlichen und damit stets zu hohe Kosten verursachenden staatlichen Maßnahmen, die unter dem Sammelbegriff "Erneuerbare Energien-Gesetz" bekannt sind. Und die Reihe dieser Fehler wird konsequent verlängert.

Die Regierung zappelt jetzt in den selbst gelegten Fallstricken. Die durch ihre Fehler verursachten Probleme werden noch durch neue und stets planwirtschaftliche Fehlentscheidungen zu verzögern versucht, was nur neue Schäden hervorruft und immer das gleiche Resultat ergibt: Die Risiken steigen weiter und die Stromverbraucher müssen es bezahlen. ...

Die Grundfehler der Energiewende

Der Kern des Kurses der Regierung ist das Erneuerbare Energien-Gesetz. Es weist ... grundsätzliche Fehler auf, die sich durch die strikte Durchsetzung und Ausweitung dieses Gesetzeswerks in eine Bedrohung des Standorts Deutschland verwandelten, ohne der Umwelt zu helfen ...

Das Ziel, bei der Stromerzeugung von fossilen Energieträgern wegzukommen, wurde mit einer falschen Förderungspolitik angegangen: Man wählte bestimmte Techniken dafür aus, anstatt Einsparziele für die Energieträger vorzugeben und die Wahl der dafür geeigneten Techniken bzw. deren Weiterentwicklung dem industriellen Wettbewerb zu überlassen.

Damit schuf man Förderreservate für bestimmte Techniken, von denen sich die für das sonnenarme Deutschland weitgehend ungeeignete Photovoltaik als ein finanzielles Faß ohne Bo-

den bei gleichzeitigem äußerst geringem Nutzen erwies - außer für China. Als ebenso ungeeignet für die Stromversorgung eines Industrielandes erwies sich auch die unzuverlässige Windkraft.

Der Grundidee, der das EEG dienen sollte, nämlich die Umwelt zu schützen, wurde es nur ganz am Beginn dieser Entwicklung gerecht. Jede Energietechnik, auch die "grünen", deren Potential in die Leistungsregion von Hunderten von Megawatt oder darüber ausgebaut wird, wird damit zwangsläufig zu einer von Umweltschützern stets verdammten "Großtechnologie" - mit allen zugehörigen Nachteilen wie Flächenverbrauch und Verlust an Energiepflanzen, Rohstoffverbrauch, Umweltbelastungen durch schädliche chemische Emissionen der Photovoltaik oder Lärmbelastungen durch Windkraft; von der Landschaftsverwundung gar nicht zu reden. Man hat am Ende nur alte Umweltprobleme gegen neue, problematischere ausgetauscht.

Das EEG hatte von Anfang an planwirtschaftliche Tendenzen, die sich mit den extrem zunehmenden Subventionen für die ausgewählten "Erneuerbaren" zur Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors in einen von Planwirtschaft gefesselten Sektor auswuchsen. Diese Planwirtschaft wird von der Regierung weiter ausgebaut. Mit den zwangsläufigen Folgen, die eine Planwirtschaft kennzeichnen: Verschwendung in Milliardenhöhe; starke Energiekostensteigerung, "Energiearmut", Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, Abwanderung der Industrie, am Ende Arbeitslosigkeit.

Die Regierung will bis 2030 die Stromerzeugung aus "Erneuerbaren" auf 50 % bringen und bis 2050 auf 80 %. Allerdings ist selbst eine auch nur teilweise sichere Versorgung des Landes mit Wind- und Solarstrom nicht möglich. "Die Stromeinspeisung sämtlicher Photovoltaik- und Windkraftanlagen kann zeitweise nahe null Prozent liegen, während hohe Einspeiseleistungen von mehr als 50 Prozent der installierten Erneuerbaren Energien nur an 5 bis 10 Prozent der Jahresstunden erbracht werden", stellte der Bundesverband Energie und Wasserwirtschaft BDEW in seinem Monitoringbericht Ende 2011 nüchtern fest.

Deshalb wird jetzt die gesamte Stromversorgung doppelt aufgebaut: Mit einem gewaltigen Anteil der "Erneuerbaren" und dazu ein mindestens 80 % der gesamten Stromnachfrage abdeckendes Netz von Kohle- und Gaskraftwerken. Stromimporte müssen dann die restliche Lücke ausfüllen. Zudem muß das Übertragungsnetz enorm ausgebaut werden, weil die meisten Windräder leider im Norden stehen, wo ihr Strom nicht gebraucht wird. Durch Offshore-Windparks werden es noch mehr. ...

Wann kommt das Ende?

Betrachtet man die bereits heute spürbaren und die unausweichlich noch eintretenden Auswirkungen, dann handelt es sich um ein mit gleichermaßen höchsten wie irrationalen Ansprüchen garniertes Projekt, das bei ausreichend langer Durchführung die Bürger ohne jede nützliche Gegenleistung ausplündern und den Standort Deutschland gegenüber seinen Konkurrenten jeglicher Wettbewerbsfähigkeit berauben wird.

Die Frage ist, wie groß der durch die Planwirtschaft angerichtete Schaden erst werden muß, wie viele Familien die Energiearmut noch treffen muß, wann die Energiewende-Heuchelei insbesondere bei den ehemals die Marktwirtschaft hoch haltenden Parteien aufhört und wie viele Industriebetriebe erst das Land verlassen müssen, bis eine Regierung die Notbremse zieht.<<

17.11.2012

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. November 2012 (x887/...): >>>Mit der Energiewende in den Atom-Gau

... Eine Studie im Auftrag des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2010 ging von 14 Tagen ohne umfassende Stromversorgung aus. Untersucht wurden die Konsequenzen eines länger andauernden und flächendeckenden Stromausfalls in Deutschland.

Das Fazit des Berichts: "... ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern." Sofort ausfallen würden Tankstellen, Fahrstühle, Wasserwerke, Ampeln, Geldautomaten, Supermarktkassen und die meisten Telefonnetze. Nach drei Tagen würde die ärztliche Versorgung zusammenbrechen und würden Versorgungsengpässe bei der Lebensmittelversorgung entstehen. In den Krankenhäusern wären dann die Dieselpreserven für die Notstromaggregate aufgebraucht, bei den Lastwagen wären die Tanks leergefahren. Was in Deutschland überhaupt an Vorsorgemaßnahmen getroffen wurde, ist auf die Überbrückung von Stromausfällen von Stunden, bestenfalls einigen Tagen ausgelegt.

Drei Monate vor der Fukushima-Katastrophe im Dezember 2010 fertiggestellt, wird in der Bundestagsstudie das "heißeste Eisen" im Zusammenhang mit einem lang andauernden Stromausfall allerdings nicht einmal erwähnt: die Kühlung der deutschen Atomkraftwerke. Mit einem Netzzusammenbruch würden auch die Kernkraftwerke wie alle übrigen Kraftwerke vom Netz gehen, sie müßten runtergefahren werden.

Damit ist es allerdings nicht getan. Selbst nach dem Abschalten müssen die Brennstäbe soweit heruntergekühlt werden, daß eine Kernschmelze verhindert wird - und zwar jahrelang. Erst nach zehn Jahren ist die Nachzerfallswärme der Brennstäbe soweit gesunken, daß sie überhaupt transportfähig sind. Um die Kühlwasserpumpen für die Brennstäbe und die Leittechnik der Kraftwerke am Laufen zu halten, ist nach einem Zusammenbruch des Stromnetzes der Rückgriff auf Notstromaggregate nötig. Im Fall der AKWs sind diese so leistungsfähig, daß sie problemlos in der Lage sind, den Strombedarf von Kleinstädten abzudecken. Der Dieserverbrauch ist entsprechend.

Sobald die in den Kraftwerken vorhandenen Dieselvorräte für die Notstromaggregate aufgebraucht wären, müßte Nachschub herangeschafft werden - unter den Bedingungen eines "Kollaps der gesamten Gesellschaft", der sich nach der Prognose der Bundestagsstudie alsbald landesweit einstellen würde.

Welches Szenario droht, wenn auch nur in einem der 17 aktiven oder stillgelegten deutschen Kernkraftwerke der Versuch mißlingt, die Kühlung der Brennstäbe zu sichern, läßt sich am japanischen Fukushima absehen. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Katastrophe hat sich ausgerechnet mit dem überstürzten Ausstieg aus der Atomenergie und dem ungebremsen Ausbau der erneuerbaren Energien ohne Vorhandensein wichtiger Voraussetzungen wie leistungsfähiger Leitungsnetze oder Speichermöglichkeiten für die Solar- und Windenergie um einiges erhöht.<<

11.03.2016

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 11. März 2016: >>Fukushima Der große Schwindel der deutschen Energiepolitik

... Das Unglück von Fukushima wird zum Auslöser der deutschen Energiewende verklärt. Doch das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Der Atomausstieg sollte die Grünen bremsen, was auch gelang. ...

Spätestens hier muß man festhalten, daß die Fukushima-Katastrophe die deutsche Energiewende weder ausgelöst noch begründet hat. ...

Operation Grünen-Bremse

Der nach Fukushima von der Bundesregierung eingeleitete Atomausstieg war somit kein Ausfluß einer neu motivierten Energiewendepolitik - denn der damit einhergehende Rückschlag für den Klimaschutz wurde ja noch nicht einmal ansatzweise diskutiert. Im Grunde ging es der schwarz-gelben Koalition um Macht: Es galt, den damals steilen Aufstieg der Grünen in den Umfragen zu bremsen. ...<<

Schlußbemerkungen: Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 die letzten 6 Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland die wichtigsten Stützpfeiler der deutschen Stromversorgung zerstört. Die letzten 6 Kernkraftwerke sind derzeitig strategisch ungemein wichti-

ge Grundlastkraftwerke (die praktisch rund um die Uhr laufen). Aufgrund fehlender Energiespeicher werden die stets zur Verfügung stehenden riesigen Kraftwerke (6 KKW mit einer Nettoleistung von 8.113 Megawatt) gegenwärtig immer häufiger eingesetzt, um bedrohliche Spannungsschwankungen innerhalb des deutschen Stromnetzes auszugleichen.

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen sollte die deutsche Bundesregierung sofort eine angemessene Laufzeitverlängerung von mindestens 15 Jahren für alle noch in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke beschließen.

Windkraftwerke und Solaranlagen sind nicht grundlastfähig

Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen hängt von den Wetterbedingungen ab, deshalb ist keine bedarfsgerechte, geregelte Stromerzeugung möglich. Windkraftwerke verursachen während der Stromerzeugung zwar weder Abgase noch Schadstoffe, aber sie ersetzen auch kein einziges konventionelles Kohlekraftwerk oder Kernkraftwerk, da die ständige Versorgungssicherheit nicht gewährleistet werden kann.

Regenerative Energieträger sind ohne entsprechende Speichermöglichkeiten völlig unsinnig!

Auch der Neubau von zusätzlichen 100.000 Windkraftanlagen wäre wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten, denn Windkraftwerke sind nachweislich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen.

Die Windkraft- und Photovoltaikanlagen können aufgrund von physikalischen Begrenzungen ohne entsprechende Speichermöglichkeiten letztlich nur ergänzende Funktionen innerhalb der Energieerzeugung übernehmen. Die unregelmäßige Stromeinspeisung von Wind- und Sonnenstrom verursacht fast täglich schwierige Netzschwankungen, die von den Netzbetreibern mit kostenintensiven Maßnahmen geregelt werden müssen, um Netzzusammenbrüche zu vermeiden. Infolge der zunehmenden Erweiterung der Windenergie und der dramatischen Reduzierung der konventionellen "Schattenkraftwerke" wird die Stabilisierung der Stromnetze und die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit spätestens ab 2023 nicht mehr möglich sein.

Die Abschaltung der letzten 6 deutschen Kernkraftwerke von 2021-2022 ist wegen der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Grund- und Mittellaststromerzeugung unverantwortlich

Obwohl die Netzbetreiber bei ihren Planungen davon ausgehen, daß 2023 immer noch konventionelle Reservekraftwerke mit einer Leistung von rund **66.400 Megawatt** (80 % der Stromnachfrage von etwa **83.000 Megawatt**) in Deutschland zur Verfügung stehen müssen, um bei Windstille, nachts und an bewölkten Tagen den Strombedarf decken zu können, sind ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von **30.000 Megawatt** (je 15.000 Megawatt Stein- und Braunkohlekraftwerke) sowie einige Gaskraftwerke für die Grundlast vorhanden.

Aufgrund der Regelbarkeit der konventionellen Kraftwerke kann der Strom sekundengenau nach Bedarf produziert werden. Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz. Der Stromverbrauch richtet sich leider nicht danach, ob der Wind weht und ob die Sonne scheint, deshalb ist der gleichzeitige Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohle ideologischer Wahnsinn.

Die Abschaltung der letzten 6 deutschen Kernkraftwerke von 2021-2022 wird letzten Endes zum Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes führen

Die Kürzung der konventionellen Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022 muß zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen.

In der Bundesrepublik Deutschland fehlen ab 2023 ständig mindestens 50.000 Megawatt Strom, deshalb ist die Abschaltung der letzten 6 Kernkraftwerke unmöglich.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die ge-

plante Abschaltung der letzten 6 Kernkraftwerke nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Grund- und Mittellaststromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich.

Mögliche Ursachen für einen flächendeckenden Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes

Eine im Winter typische Dunkelflaute genügt bereits, um zukünftig einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen.

Beispiel: Mitte Januar 2023 herrschen in Mitteleuropa 5-10 Grad Kälte und starke Schneefälle. In Deutschland ist es seit Tagen windstill und neblig. Die Sonne ist nur selten zu sehen. Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen fällt aufgrund der ungünstigen Witterungsverhältnisse (starke Schneefälle, Windstille und Nebel verursachen tagelange Dunkelflauten) fast komplett aus.

Infolge der winterlichen Kälte gerät die Stromversorgung des Landes in eine äußerst bedrohliche Situation, denn Deutschland benötigt wesentlich mehr Strom, als es selbst produzieren kann. Die normale Netzfrequenz des deutschen Stromnetzes beträgt 50 Hertz. Falls die Netzfrequenz z.B. wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung unter 47,5 Hertz sinkt, kommt es zwangsläufig zu einem flächendeckenden Stromausfall (Blackout) im gesamten Land.

Ein flächendeckender Stromausfall würde in der Bundesrepublik Deutschland ein bis dahin nie für möglich gehaltenes Massensterben von Menschen und Nutztieren verursachen

Die deutsche WDR/SWR-Fernsehsendung "Planet Wissen" berichtet am 26. September 2019:

>>Blackout in Deutschland - ohne Strom mit Folgen

Von *Jens-Steffen Scherer*

Ein flächendeckender Stromausfall ... (würde) unsere verwundbarsten Stellen treffen. Zu groß ist unsere Abhängigkeit von Strom. Entsprechend dramatisch wären die Folgen, selbst wenn uns für nur wenige Tage der Saft ausgeht. ...

Die ersten Minuten nach dem Blackout

Unmittelbar nach dem Eintreten des Blackouts in Deutschland kommt es zum Ausfall aller Kommunikationsnetze. Weder Internet noch Fernsehen funktionieren; und auch wenn Handys noch für einige Stunden Akku haben, besitzen sie dennoch keinen Netzempfang. Als einzige Informationsquelle bleibt vorerst nur das batteriebetriebene Radio.

Durch den Ausfall aller Ampeln und Beleuchtungen kommt es auf den Straßen außerdem unmittelbar zu vielen Autounfällen und Verletzten. Der Blackout verursacht schon nach wenigen Minuten die ersten Todesopfer.

Am Bankautomaten läßt sich kein Geld mehr abheben und die Zahlung per EC-Karte ist nicht mehr möglich. In den Krankenhäusern springen die Notstromaggregate an, um den Betrieb lebensnotwendiger Maschinen zu gewährleisten. Mit jeder weiteren Stunde führt das allgemeine Chaos in den meisten Bereichen zu Personalmangel.

... Durch den Ausfall der Ampeln kommt es zu vielen Verkehrsunfällen

Ein Tag nach dem Blackout

Nach 24 Stunden wächst die Verunsicherung in der Bevölkerung. Polizei und Feuerwehr versuchen an möglichst vielen Orten Patrouille zu fahren, um die Menschen zu informieren und - wenn möglich - die größten Notfälle per Analogfunk an die Zentrale weitergeben zu können.

Mit dem restlichen Bargeld werden Supermärkte leergekauft. Gleichzeitig geben die letzten Akkus von Laptops und Handys ihren Geist auf.

Während in der Industrie viele Anlagen nicht mehr gesäubert oder gekühlt und deshalb beschädigt werden, sterben in den deutschen Mastbetrieben Hunderte Millionen Kühe, Schweine und Hühner, weil sie nicht mehr versorgt werden können.

Zwei Tage nach dem Blackout

Schon nach 48 Stunden ohne Strom wird die Lage kritisch. Es beginnen ernsthafte hygienische Probleme in Krankenhäusern, Altenheimen und auf den Straßen, da die Müll- und Wasserentsorgung nicht mehr gewährleistet ist - es besteht Seuchengefahr.

Die Feuerwehr versucht noch so gut wie möglich die Kanalisation zu spülen. Das Abwasser der Kläranlagen kann nur noch in Flüsse abgeleitet werden.

In den Krankenhäusern werden zudem die Medikamente knapp und die Notstromaggregate haben keinen Diesel mehr, um weiteren Strom zu erzeugen. Die Zahl der Todesopfer steigt.

Drei Tage nach dem Blackout

Nach spätestens drei Tagen gehen vielen Menschen die Lebensmittelreserven aus und durch die nur wenigen verlässlichen Informationen steigt die Ungewißheit in der Bevölkerung weiter. Aus Verzweiflung schließen sich die ersten kleineren Gruppen zusammen, um auf Beutezug nach Nahrung und Wertsachen zu gehen. Die Anzahl an Überfällen und Einbrüchen steigt, auch begünstigt dadurch, daß viele Kriminelle aus den elektronisch gesicherten Gefängnissen entkommen.

... Die Anzahl an Einbrüchen und Überfällen steigt nach einem Stromausfall

Eine Woche nach dem Blackout

Eine Woche nach dem Blackout brechen auch die letzten Notstromversorgungen in den Rechenzentren zusammen. Da die Reaktoren nicht mehr ausreichend gekühlt werden können, drohen in den acht verbleibenden Atomkraftwerken Deutschlands nun die Kernschmelze und damit der Super-GAU. ...<<

Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes würde sich zwangsläufig zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören. Plünderungen, Zerstörungen und Brandstiftungen, Mord und Totschlag, Hungertod, Epidemien, Not und hoffnungslose Verelendung sowie die Freisetzung von Radioaktivität würden in der Bundesrepublik Deutschland ein bis dahin nie für möglich gehaltenes Massensterben von Menschen und Nutztieren verursachen.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtet am 2. Juni 2014 über die Stilllegung von Atomkraftwerken: >>**Zurück zur grünen Wiese**

... Um ein Atomkraftwerk abzuschalten, muß die Uran-Spaltung zur Energiegewinnung im Kern eines Reaktors gestoppt werden.

Hierfür werden in das Becken mit den Brennstäben sogenannte Steuerstäbe eingeführt, die jene Neutronen einfangen, die die Uran-Spaltung auslösen. Dieser Vorgang unterbricht die Kettenreaktion zur Energieerzeugung in einem Kraftwerk.

Wenn ein Kernkraftwerk für immer vom Netz gehen soll, sind noch weitere Schritte notwendig. Denn die Brennstäbe bleiben auch in einem heruntergefahrenen Kraftwerk noch sehr heiß und müssen ein bis fünf Jahre in einem Abklingbecken außerhalb des Reaktors gekühlt werden. Nur damit kann ein Schmelzen der Brennstäbe und eine Freisetzung von Radioaktivität vermieden werden. ...<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtet am 8. April 2006: >>**Wenn mit dem Wind die Angst kommt**

Weißrußland 20 Jahre nach Tschernobyl

Inmitten von Wald und Wildnis schläft das Monster. Unter einer 300.000 Tonnen schweren Decke aus Stahl und Beton. Sie soll die Umgebung vor der radioaktiven Strahlung schützen. Als der Block 4 der Kernkraftanlage Tschernobyl vor 20 Jahren explodiert, kommt es zur Kernschmelze. Die Radioaktive Rauch- und Aschewolke zieht nach Norden. Die 1986 freige-

setzte Radioaktivität war 400 mal größer, als die der Explosion von Hiroshima und Nagasaki zusammen. Etwa zwei Drittel des radioaktiven Fallout von Tschernobyl gingen nach dem 26. April 1986 in Weißrußland nieder.

Von Anja Schrum und Ernst-Ludwig von Aster

Liquidatoren, so werden noch heute alle Menschen genannt, die nach der Katastrophe eilig nach Tschernobyl geschafft wurden. Feuerwehrleute, und Soldaten aus der gesamten Sowjetunion: **insgesamt 800.000 Menschen kamen, um das strahlende Inferno einzudämmen.** Die meisten von ihnen sind inzwischen tot. ... Die Gefahr liegt heute weniger in der Luft, sondern viel mehr im Boden. An vielen Stellen ist die Humusschicht der Wälder mit dem radioaktiven Element Cäsium verseucht - Pilze und Wurzeln saugen es auf. ...

Unter der Stahl-Beton Decke des Reaktorblocks 4 sind immer **noch 20 Tonnen Kernbrennstoffe.** Sicher liegen sie dort nicht, die Konstruktion, der sogenannte Sarkophag ist undicht. ...<<

Allein im Kernkraftwerk Brokdorf befinden sich zum Beispiel **193 Brennelemente mit einer Schwermetallmasse von insgesamt 103 Tonnen.**

Falls es zu einer Kernschmelze der Brennelemente in den Abklingbecken und der Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen sollte, würden vermutlich große Teile der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete der 9 Nachbarländer unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen. Die radioaktiven Strahlen führen je nach Verstrahlung unabwendbar binnen weniger Stunden oder Tagen zum Tod. Kein Arzt und keine Medikamente können den schleichenden Strahlentod verhindern. Alle tödlich verstrahlten Opfer sterben unter furchtbaren Qualen, falls sie keine starken Schmerzmittel erhalten.

Die Abschaltung der letzten deutschen Kernkraftwerke gefährdet nicht nur die Bundesrepublik Deutschland sondern auch unsere direkten Nachbarländer

Falls es zu einem gefürchteten Super-Gau in den 7 Abklingbecken (Kernschmelze der Brennelemente und Freisetzung von tödlicher Radioaktivität) kommt, würden die freigesetzten radioaktiven Stoffe je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen auch in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Geheimkrieg des globalen Terrorimperiums

12.04.2020

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 12. April 2020 (x1.000/...): >>>Verdeckte Kriegsführung & teuflische Besessenheit

Der einzelne Mensch für sich genommen ist potentiell gut, schöpferisch, liebenswert. Daß er aber dennoch unter den Einfluß teuflischer Besessenheit geraten kann, wird längst von Medizin, Psychologie, Religion und Bildung attestiert.

Dieser Dokumentarfilm legt daher einmal den Finger auf teuflisch besessene Eliten, die einen hybriden, sprich verborgenen Krieg gegen die gesamte Menschheit führen. Ihre hybride Kriegsführung fordert mehr Menschenleben als jeder frühere, konventionelle Krieg. Der Film dokumentiert zehn wichtige Schauplätze solcher Kriegsführung. ...

Matthäus 8, 16: "Als es aber Abend geworden war, brachten sie viele Besessene zu Jesus; und er trieb die Geister aus mit seinem Wort, und er heilte alle Leidenden." Der Mensch an sich ist gut, schöpferisch - liebenswert. Daß er allerdings unter teuflische Besessenheit geraten kann, wird seit je von allen Religionen attestiert. Längst müssen aber auch Medizin, Psychologie, Wissenschaft, Bildung usw. kapitulierend zugeben, daß das Unerklärlichste unter dem Himmel einzig durch teuflische Besessenheit erklärbar wird. Laut Evangelien bestand der Dienst von Jesus Christus etwa zu einem Drittel aus Dämonen-Austreibungen.

Was sind die typischen Merkmale teuflisch Besessener? Jede vernünftige Kommunikation mit

ihnen ist von vorneherein absolut unmöglich. Sie kennen kein Mitgefühl, kein Erbarmen, keine Einsicht, keine Reue. Weder Logik noch Wahrheit ist bei ihnen vorhanden. Besessene sind nur und einzig auf ihre eigenen Triebe, Begierden, Interessen, Lüste, Süchte usw. fixiert.

Es gibt viele Arten der Besessenheit: von Unreinheiten bis zu blutigen Exzessen, von Boshafigkeiten bis zu mörderischen Quälstüchten, von der Pädophilie bis zum Kannibalismus, von der Kleptomanie bis zur Volksplünderung, von notorischer Streitsucht bis zur gnadenlosen Zerstörungswut, von der Rechthaberei bis zum diktatorischen Meinungszwang, von der Gewohnheitslüge bis zum professionellen Dauerbetrug jeder Gattung usw. usf.

Die Probleme, die sie verursachen, sind unzählbar. Wie bringt man es z.B. einem kleinen Kind bei, falls seine Eltern teuflisch besessen sind? Dieselbe Frage muß leider auch auf Völkerebene gestellt werden: Wie bringt man es ahnungslosen Völkern bei, deren Regierungen in den Bann teuflisch Besessener geraten oder gar selber von dieser Sorte sind? Wer hier vor schnell religiösen Extremismus wittert, irrt. Bedauerlicherweise ist genau diese Tragik zu einem Hauptproblem der Weltgemeinschaft geworden.

Was wir alle wie kleine Kinder nicht hören wollen, muß aber dennoch einmal deutlich gesagt sein: Völker, nehmt es zur Kenntnis, daß teuflisch Besessene einen hybriden, sprich verborgenen Krieg gegen die gesamte Menschheit führen. Sie meinen, von satanischem Wahn getrieben, die ganze Welt unterwerfen und beherrschen zu müssen. Wir dürfen dabei die Abwesenheit von Bomben nicht weiter mit der Abwesenheit von Krieg verwechseln! Denn seit Jahren treiben solch wahnhaftige Eliten diese neue Form des Krieges voran - er kann bedenkenlos als Dritter Weltkrieg auf hybrider, sprich vielfältiger und vor allem verborgener Ebene bezeichnet werden.

Ihr Ziel: eine Neue Weltordnung unter ihrer totalen Kontrolle. Ihre hybride Kriegsführung richtet dabei mehr Schaden auf allen Ebenen an und fordert mehr Menschenleben als jeder frühere Krieg, der mit konventionellen Waffen, sprich Bomben usw. geführt wurde. Die gute Nachricht: So wie es schon immer einen Weg gab, die Einwirkung teuflischer Mächte zu bannen, gibt es einen solchen auch auf aktuell höherer Ebene. Jesus war ständig damit beschäftigt, den Einfluß dämonischer Wesen außer Kraft zu setzen. Auch aus der Gewalt gegenwärtig besessener Eliten gibt es daher einen Ausweg. Doch darüber mehr am Schluß.

1. Demographie

Wie in jedem Krieg steht auch im hybriden Krieg die psychische Vernichtung des Zielobjektes an erster Stelle. In demographischer Hinsicht wird seine Vernichtung vorab durch psychologisch-soziale Maßnahmen eingeleitet: so etwa durch die Bekämpfung traditioneller Rollenbilder, durch Schwächung der Institution Ehe, durch immer zahlreichere Formen der Empfängnisverhütung, durch Förderung von Abtreibungen bis mittlerweile schon nach der Geburt, u.v.m. Der soziale Niedergang wird durch diese Eingriffe effektiver besiegelt als durch jeden Bombenkrieg. Millionen potentieller "Feinde" werden gar nicht erst geboren.

2. Nationalstaaten

Um ihrer Neuen Weltordnung willen treiben hybride Kriegstreiber gezielt den Untergang aller bestehenden Nationalstaaten voran. Einmal mehr werden Flüchtlingsströme als "Migrationswaffe" verwendet - übrigens ein sowohl altbekanntes als auch bewährtes Mittel von Militärs und Geostrategen. Ursachen für Migrationswellen liegen in gezielt geführten Kriegen, Konflikten und Revolutionen. So werden unsere Sozialsysteme gleichsam hybrid bombardiert - mit dem Ziel, alle Nationalstaaten zu destabilisieren und sie durch die Errichtung eines einzigen sozialistischen Gesellschaftssystems zu ersetzen.

3. Technologien

Weltführende Wissenschaftler haben für diese Kriegstreiber Technologien entwickelt, mit denen sie die gesamte Menschheit beliebig lenken, nach Belieben krank machen und auch töten können: Atombomben, tödliche Viren als biologische Kampfmaschine, Gentechnologien,

Überwachungsgeräte an jeder Ecke und im Weltall - und tausenderlei mehr - gehören zu ihrer Standardausrüstung.

4. Gesundheit

Auch auf die Gesundheit zielt die hybride Kriegsführung ab: Fast alle ursprünglich natürlichen Heilmethoden wurden längst zur chemischen Arzneimittelbehandlung umgeleitet. Sollen unter dem Würgegriff der Pharma zunehmend alle Völker gelenkt, nach Belieben eingeschränkt, mit Verboten verhängt, noch restlos ausgeplündert und systematisch ruiniert werden?

Es wird Zeit, all dieses Treiben einmal gründlich zu untersuchen, ob sich hinter der vorgegebenen gesundheitlichen Vorsorge nicht etwa ein hybrider Kriegstreiber verbirgt. Pharma-Industrielle verdienen immerhin täglich Milliarden an unseren Krankheiten. Und obgleich ihre Produkte längst als Hauptursache fast all unserer Krankheiten entlarvt wurden, zeigen sich deren Verfilzungen zu allerlei Großmächten als so teuflisch unnachgiebig, daß bislang keinerlei Änderungen eintreten konnten.

5. Verarmung und Versklavung

Die hybride Kriegstaktik vernichtet gerade weltweit gezielt unsere Wirtschaft - mit Ziel auf die restlose Plünderung, Verarmung und Versklavung aller Völker. Um nur einmal zwei hybride Schachzüge unter tausenden ähnlicher zu nennen: Die zur Geldfälschung ermächtigte Hochfinanz, sprich die FED, reißt sich seit über 100 Jahren täglich Milliarden-Gewinne ohne sachliche Gegenleistung unter den Nagel. Durch immer teuflischere Derivate, sprich Finanzwetten und Börsentricks plündern die mit ihr verfilzten Geldeliten gnadenlos alle Nationen aus, treiben sie gezielt in den Ruin, in die Verarmung - in die totale Versklavung!

Muß die gegenwärtige Corona-Pandemie vielleicht sogar für die gezielte Verschleierung jenes weltweiten Finanz-Kollapses erhalten, der aufgrund kriminellster Finanzwetten entstanden ist? So könnte die Schuld am gerade stattfindenden wirtschaftlichen Totalzusammenbruch gleichsam dem Corona-Virus in die Schuhe geschoben werden.

6. Massenmedien

Seit Jahrzehnten belügen von finsterner Macht gesteuerte Massenmedien die Weltgemeinschaft, so daß bald jeder zweite Mensch der Meinung zustimmt, daß die Presse nicht die Wahrheit berichtet. Wie ist es zugleich möglich, daß sich dennoch nie etwas ändert? Zeigen sich hier derart starke Verfilzungen zu teuflischen Schattenmächten, daß sich keine unabhängige Regierung der Welt gegen sie zu erheben wagt?

7. Bildung

Eine weitere hybride Attacke zielt auf unsere Bildung. Ist der totale Zusammenbruch unserer Bildungssysteme das Ziel? Durch zum Beispiel unkontrollierte Migration, durch die zunehmend künstliche Intelligenz auf dem Weg der Digitalisierung? Bildungsermächtigte zwingen zumindest schon einmal weltweit unsere Kinder in Frühsexualisierung, in den Gender-Wahnsinn und vielerlei mehr.

Sollten eines Tages irgendwelche übergeordneten Mächte den Weltnetzstecker ziehen, zeigten sich dann nicht alle Völker in einem Moment als verdummt? Ein rasender Bildungszerfall ist daher im Ansturm. Der künftige Mangel an zuverlässigen Arbeitskräften ist voraussehbar. Ist der Totalzusammenbruch von Infrastruktur und Wirtschaft Programm? Die UNO und ihre hörigen Politiker treiben zumindest schon einmal allerlei sabotageähnliche Maßnahmen und Gesetze voran.

8. Wirtschaft

Auch unsere gesamte Wirtschaft steht im Kreuzfeuer dieser neuartigen, verdeckten Kriegsführung. Haben es die Saboteure unter dem Deckmantel des Umweltschutzes und der Reduzierung von CO2 gezielt auf unsere gesamte Produktion und den Konsum abgesehen? Zumindest wurde die gegenwärtige Klima-Hysterie mit Gruppen wie Fridays for Future oder Extinction

Rebellion von langer Hand geplant: Schon 2016 erschien das am grünen Tisch erarbeitete Strategiepapier "Wie man die Öffentlichkeit in den Notfallmodus führt".

"The Climate Mobilization" - eine US-amerikanische Gruppe hinter dem Strategiepapier - fördert die totale Mobilmachung der Gesellschaft zur Bekämpfung des angeblich menschengemachten Klimawandels. ... (Quelle: <https://www.theclimatemobilization.org/emergency-mode>) Die USA diktiert durch sie wieder das Vorbild: Die ganze Gesellschaft soll ihre individuellen Bedürfnisse für das große Ziel der Neuen Weltordnung unter dem Vorwand der Klimaretterung opfern.

9. Energieversorgung

Auch unsere Energieversorgung liegt im Fadenkreuz der hybriden Kriegstreiber. Deutschland und Westeuropa verlieren durch ihren Atom- und Kohle-Ausstieg gerade ihre Energie-Souveränität. Die untergejubelten "erneuerbaren, aber ineffizienten Energien" führen dabei gezielt in die totale Abhängigkeit von Energie-Importen.

10. Nahrungsversorgung

Nicht einmal vor unserer Nahrungsversorgung macht die verdeckte Kriegsführung halt: Landwirtschaftliche Produktionen werden immer mehr durch Vorschriften und Auflagen eingeschränkt. Folge davon ist das Bauernsterben und die sinkende Produktion von Nahrungsmitteln.

In dieser Weise könnte man noch vieles aufzählen: die hybride Kriegsführung gegen unsere Verkehrsplanungen und Infrastrukturen, gegen Natur und Wetter, gegen alle konservativen Trends in der Politik, gegen jede Religion außer gegen den Satanismus, den Angriff auf unsere Gesundheit durch flächendeckenden Mobilfunkausbau, welcher durch 5G noch drastisch verstärkt wird und fatale Folgen auch auf die Tier- und Pflanzenwelt haben wird, usw. usf.

Bezüglich aller Angriffsziele muß zusammenfassend festgestellt werden, daß sie systematisch den Ratschlag von Sun Tsu umsetzen. Sun Tsu war ein chinesischer Kriegsstratege der Antike, der schon etwa 500 Jahre vor Christus schrieb: "Die größte Kunst besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne Kampf zu brechen: Zersetzt alles, was im Lande des Gegners gut ist. Verwickelt die Vertreter der herrschenden Schichten in verbrecherische Unternehmungen. ... Verbreitet Uneinigkeit und Streit unter den Bürgern des feindlichen Landes. Hetzt die Jungen gegen die Alten. Zerstört mit allen Mitteln die Ausrüstung, die Versorgung, die Ordnung der feindlichen Streitkräfte. Entwertet alte Überlieferungen und Götter ..."

Abschließend also noch zur Frage, wie die Völker aus dem Würgegriff ihrer besessenen Angreifer befreit werden können. Das Geheimnis eines erfolgreichen Exorzisten, sprich Teufelsaustreibers, liegt bekanntlich in seinem gestählten, sprich unerschütterlichen Willen. Richtet er diesen gezielt gegen eingemietete Dämonen aus und befiehlt jenen, aus dem Besessenen herauszukommen, erzeugt er damit eine geistliche Feuersbrunst und die Dämonen fliehen in Panik. Genau dasselbe wird daher geschehen, sobald die unter dem hybriden Krieg gepeinigten Völker das diabolische Spiel durchschauen und Kraft ihres vereinigten Willens allen teuflischen Werken und dadurch Mächten den Riegel vorschieben.

Die synergische Entschlossenheit der Völker wird gleichsam jene stählerne Kette um den Teufel winden, wie es schon vor 2.000 Jahren prophetisch skizziert wurde. Offenbarung 20 bringt die Entmachtung der Wurzel allen Übels mit folgendem Bild zum Ausdruck: "Und ich sah einen Engel aus dem Himmel herabkommen, der den Schlüssel des Abgrundes und eine große Kette in seiner Hand hatte. Und er ergriff den Drachen, die alte Schlange, die der Teufel und der Satan ist; und er band ihn für tausend Jahre und warf ihn in den Abgrund und schloß zu und versiegelte über ihm, damit er nicht mehr die Nationen verführe ..." (V. 1-3).

Die geschundene Menschheit sollte allerdings nicht passiv darauf warten, bis irgendein Engel vom Himmel herabschwebt und diesen Job für sie ausführt - die erwachten Völker selber sind letztlich mit dieser Kette gemeint. Der Engel, wörtlich Gesandte, symbolisiert nur unser Zeit-

alter der Überwindung des Unbezwingbaren. Die aufrichtigen Völker selber aber sollen zu jener unüberwindbaren Kette, sprich allseitigen Einheit gegen hybride Bösewichte werden. Zu dieser Kette werden sie, wann immer sie gründlich über die hybride Tragik aufgeklärt werden. Zunehmend machen sie sich bereits in vereint stählernem Willen gegen diese üblen Werke und Mächte auf. Und auf diese Weise entziehen sie den Kriegstreibern unweigerlich jede teuflisch gesponserte Energie, jeden fremd verliehenen Mut, jede satanische Phantasie und Visualisierungsmacht. So geraten die zuvor Unbezwingbaren unaufhaltsam in geistige Schockstarren, versinken über Nacht in Furcht und Schrecken, in Verzagtheit und Ohnmacht. Die vereinigte Willenskraft der Völker und ihr synergischer Ruf des Guten soll, kann und wird all dem benannten Spuk ein Ende machen. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.12.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x025/79) = Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage, Seite 79.

x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4</u> . Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945</u> . Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2</u> . 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV</u> . Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972. Bonn 1984.
x169	Finkelstein, Norman G.: <u>Die Holocaust-Industrie</u> . Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. München 2002.

x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x182	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Das Wirtschaftswunder</u> . Unser Weg in den Wohlstand. Hamburg 1983.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4</u> . Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können</u> . Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x296	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit. Band 4</u> . Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe). Braunschweig 1975.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 3</u> . Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x301	Heumann, Hans (Hg.): <u>Geschichte für Morgen</u> . 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x310	Schweitzer, Eva: <u>Amerika und der Holocaust</u> . Die verschwiegene Geschichte. München 2004.
x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: <u>Verraten - verkauft - verloren</u> . Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Fichtenau 2016.
x318	Losurdo, Domenico: <u>Die Deutschen</u> . Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Compact Nr. 15. Berlin 2010.
x322	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Volksaustausch</u> . Geburtensturz und Überfremdung. COMPACT-Spezial Nr. 18. Werder (Havel) 2018.
x323	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Schwarzbuch Angela Merkel</u> . Originalzitate der Rautenfrau von 1990 bis heute. COMPACT Edition Nr. 3. Werder (Havel) 2016.
x343	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verrat am Wähler</u> . Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Spezial Nr. 14. Werder (Havel) 2017.
x356	Barmettler, André (Hg.): <u>Corona-Hysterie ohne Beweise</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 32. Mai 2020. Oberwil/Schweiz.

Internet

x858	http://horst-koch.de/68er-und-die-kernkraft/ - Oktober 2015.
x862	http://horst-koch.de/energiewende-gebote-oder-irrwege/ - Januar 2016.
x863	http://horst-koch.de/deutschenfeindlichkeit/ - Januar 2016.
x864	http://horst-koch.de/erneuerbare-energie-gegen-kernenergie/ - Januar 2016.
x865	http://www.eike-klima-energie.eu/news-cache/merkels-energiewende-extrem-teuer-aber-direkt-in-die-sackgasse/ - Januar 2016.
x877	http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html - September 2016.
x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ - September 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x890	https://www.bundestag.de/gg - Januar 2018
x892	http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&view=article&id - Januar 2018

x898	https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-themen/islam/spannungsfelder/-religionsfreiheit/ - April 2018
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.014	https://kenfm.de – Juni 2021
x1.034	https://corona-blog.net/2021/11/10/bayer-vorstand-die-mrna-impfungen-sind-ein-beispiel-dafuer-gentherapie-zu-verkaufen/ - November 2021